

16. Sitzung

am Dienstag, dem 11. Mai 2004, 15.00 Uhr
in München

Geschäftliches	1039	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/896)	
Nachruf auf den ehemaligen Abgeordneten Dr. Rudolf Wagner	1039	Staatsminister Erwin Huber	1056
Geburtstagswünsche für die Abgeordneten Hermann Memmel und Hans Rambold	1039	Christa Naaß (SPD)	1058
Aktuelle Stunde gemäß § 65 GeschO auf Antrag der Fraktion der CSU		Christian Meißner (CSU)	1058
„Hochschul- und Wissenschaftspolitik: Motor für Bayerns Zukunft“		Barbara Rütting (GRÜNE)	1059
Dr. Ludwig Spaenle (CSU)	1039	Kathrin Sonnenholzner (SPD)	1060
Wolfgang Vogel (SPD)	1041	Christa Götz (CSU)	1060
Ulrike Gote (GRÜNE)	1043	Verweisung des Regierungsentwurfes 15/882 in den Umweltausschuss	1061
Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU)	1045	Beschluss zum SPD-Antrag 15/301	1061
Adelheid Rupp (SPD)	1046	Abstimmung über Anträge , die gemäß § 59 Abs. 7 GeschO nicht einzeln beraten werden (s. Anlage)	
Gerhard Wägemann (CSU)	1047	Beschluss	1061, 1079
Dr. Christoph Rabenstein (SPD)	1048	Dringlichkeitsantrag der Abg. Markus Sackmann, Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter u.a. u. Frakt. (CSU)	
Walter Nadler (CSU)	1049	Keine weiteren Verzögerungen beim Bau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt (Drs. 15/186)	
Dr. Thomas Beyer (SPD)	1049	Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/547)	
Martin Neumeyer (CSU)	1050	und	
Ernst Weidenbusch (CSU)	1051	Dringlichkeitsantrag der Abg. Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Dr. Christian Magerl u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Staatsminister Dr. Thomas Goppel	1052	Verzicht auf die ICE-Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt (Drs. 15/215)	
Wahl des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes		Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/575)	
Ulrike Gote (GRÜNE)	1054	Heinrich Rudrof (CSU)	1062
Johanna Werner-Muggendorfer (SPD)	1055	Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	1062
Dr. Otmar Bernhard (CSU)	1055	Dr. Thomas Beyer (SPD)	1064
Geheime Wahl			
Gesetzentwurf der Staatsregierung			
zur Modernisierung der Verwaltung (Verwaltungsmodernisierungsgesetz – VerwModG) (Drs. 15/882)			
– Erste Lesung –			
hierzu:			
Antrag der Abg. Heidi Lück u.a. (SPD)			
Verwaltungsreform effizient und bürgernah; Staatliche Ernährungsberatung (Drs. 15/301)			

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 15/186..	1065	Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/698)	
Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 15/215.....	1066	und	
Antrag der Abg. Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Ruth Paulig u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner u.a. (SPD)	
Ermittlung und Festsetzung der Überschwemmungsgebiete (Drs. 15/304)		Hochwasserschutz 6: Bewirtschaftete Polder (Drs. 15/206)	
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/741)		Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/699)	
und		und	
Antrag der Abg. Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Ruth Paulig u.a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)		Antrag der Abg. Herbert Müller, Johanna Werner-Muggendorfer u.a. (SPD)	
Naturnahen Hochwasserschutz umsetzen (Drs. 15/305)		Keine Rückführung des Hochwasserschutzes (Drs. 15/296)	
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/742)		Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 15/750)	
und		Dr. Christian Magerl (GRÜNE)	1066
Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner u.a. (SPD)		Johanna Werner-Muggendorfer (SPD) ..	1068, 1072
Hochwasserschutz 2: Bayerns Flüsse brauchen mehr Raum – Neue Prioritätensetzung (Drs. 15/202)		Manfred Weber (CSU)	1069
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/737)		Staatssekretärin Emilia Müller	1072
und		Beschluss en bloc.....	1072
Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner u.a. (SPD)		Antrag der Abg. Dr. Sepp Dürr, Barbara Rütting, Eike Hallitzky u a. u. Frakt. (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)	
Hochwasserschutz 3: Entschädigungsregelungen für Landwirte (Drs. 15/203)		Umstellungsberatung für Großküchen und Kantinen (Drs. 15/199)	
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/738)		Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/736)	
und		Barbara Rütting (GRÜNE)	1073
Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner u.a. (SPD)		Christa Götz (CSU)	1075
Hochwasserschutz 4: Keine neuen Baugebiete in Hochwasser-Risikogebieten (Drs. 15/204)		Karin Radermacher (SPD)	1076, 1077
Beschlussempfehlung des Umweltausschusses (Drs. 15/697)		Staatssekretärin Emilia Müller	1076, 1077
und		Namentliche Abstimmung	1077
Antrag der Abg. Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner u.a. (SPD)		(Bekanntgabe des Ergebnisses siehe 17. Plenarprotokoll)	
Hochwasserschutz 5: Keine Öltanks in Hochwasser-Risikogebieten (Drs. 15/205)		Schluss der Sitzung	1077

(Beginn: 15.05)

Präsident Alois Glück: Ich eröffne die 16. Vollsitzung des Bayerischen Landtags. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde erteilt.

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte um ein Totengedenken:

(Die Anwesenden erheben sich)

Am 27. April verstarb der ehemalige Abgeordnete Dr. Rudolf Wagner im Alter von 92 Jahren.

Er gehörte von 1954 bis 1958 dem Bayerischen Landtag an und vertrat für den Wahlkreis Oberbayern den „Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten“. Dr. Wagner war Mitglied im Ausschuss für Ernährung und Landwirtschaft sowie im Ausschuss für die Geschäftsordnung. Aufgewachsen in der Bukowina, galt sein besonderes Engagement nach der Erfahrung von Krieg und Gefangenschaft den Landsmannschaften sowie den Kriegsgeschädigten.

All dies scheint uns weit entrückt ein Stück Geschichte, aber es ist in der Tat ein Stück Nachkriegsgeschichte und parlamentarische Geschichte Bayerns, die sich mit dem Verstorbenen verbindet. Der Bayerische Landtag wird Dr. Rudolf Wagner ein ehrendes Gedenken bewahren.

Sie haben sich zu Ehren des Toten von Ihren Plätzen erhoben. Ich danke Ihnen.

Am 7. Mai feierte Herr Kollege Hermann Memmel einen halbrunden Geburtstag und am 9. Mai feierte der Herr Kollege Hans Rambold einen runden Geburtstag. Den beiden Kollegen gratuliere ich herzlich.

(Allgemeiner Beifall)

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 1

Aktuelle Stunde

Für die heutige Sitzung war die Fraktion der CSU vorschlagsberechtigt. Sie hat eine Aktuelle Stunde zum Thema „**Hochschul- und Wissenschaftspolitik: Motor für Bayerns Zukunft**“ beantragt. Bekanntlich dürfen die einzelnen Redner grundsätzlich nicht länger als fünf Minuten sprechen. Auf Wunsch einer Fraktion erhält ein Mitglied zehn Minuten Redezeit. Dies wird auf die Gesamtredezeit der jeweiligen Fraktion angerechnet. Ergreift ein Mitglied der Staatsregierung das Wort für mehr als zehn Minuten, erhält eine Fraktion auf Antrag für eines ihrer Mitglieder zusätzlich fünf Minuten Redezeit. Ich bitte also auf das Signal zu achten.

Für den ersten Redebeitrag erhält Herr Kollege Dr. Spaenle das Wort.

Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! „Die Konflikte der Zukunft werden nicht mehr auf den Schlachtfeldern, sondern in den Hörsälen und Laboratorien entschieden“. Mit dieser Prognose setzte der frühere Bayerische Ministerpräsident Franz Josef Strauß in seinen letzten Lebensmonaten eine wichtige These. Ihre Richtigkeit hat sich in den vergangenen 15 Jahren nachdrücklich erwiesen. Hochschule und Wissenschaft sind seit Jahrzehnten bestimmende Konstanten der Bayerischen Landespolitik. Der Bau der ersten Neutronenquelle am Standort Garching unter Ministerpräsident Wilhelm Hoegner, die erste Welle der Universitätsgründungen nach dem Krieg unter Alfons Goppel und die Hochtechnologieansiedlungen unter Franz Josef Strauß stehen hierfür sinnbildhaft.

Seit eineinhalb Jahrzehnten geht Bayern konsequent den Weg der Investitionen in Wissenschaft und Forschung. Seit 1994 wurden 4,2 Milliarden Euro in diese strategischen Zukunftsfelder investiert.

Die zweite Staffel der Hochschulneugründungen und die gewaltigen Anstrengungen in den beiden zitierten Offensiven haben Bayern zum attraktivsten Wissenschafts- und Hochschulstandort in Deutschland gemacht. Die in wenigen Wochen einzuweihende neue Neutronenquelle, der Forschungsreaktor II in München-Garching ist hierfür das leuchtende Beispiel. Sie wird trotz aller ideologischen Störmanöver aus Berlin die Bedeutung des Wissenschaftsstandorts Bayern und Deutschland weit in die nächsten Jahrzehnte hinein bestimmen.

Diese dynamische Entwicklung des Standortes Bayern muss dauerhaft gesichert werden. Deshalb haben Forschung und Entwicklung und insbesondere der Ausbau des attraktivsten und leistungsstärksten akademischen Hochschulprofils unter allen Ländern der Bundesrepublik Deutschland weiter höchste Priorität. Für Wissenschaft und Forschung muss Bayern alle Anstrengungen in einem Masterplan bündeln.

Lassen Sie mich kurz das Szenario beschreiben, das die aktuelle Wissenschafts- und Hochschulpolitik bestimmt und die Herausforderungen umreißt: Die desaströse Entwicklung der öffentlichen Kassen und die Verantwortlichkeit für die tiefste Strukturkrise der letzten Jahrzehnte brauchen wir nicht besonders zu betonen; sie muss bestanden und in den Zukunftsfeldern Wissenschaft und Forschung kreativ gebündelt werden. Es dürfen keine Nachteile entstehen. Es besteht eine immer schärfer werdende Konkurrenz mit internationalen Wissenschaftsstandorten, nicht nur in Europa, sondern weltweit; auch hierfür ist die Erweiterung der Europäischen Union ein weiterer Markstein.

Die Behauptung Bayerns und der nationalen Spitzenposition in Feldern wie Hochschulgesetzgebung, Forschungsattraktivität und anderes ist wichtig. Ein zentraler Punkt ist die Bewältigung der großen Studierendenzahlen unter hochschulpolitischer Perspektive. Wir haben bis zur Mitte des nächsten Jahrzehnts die letzte geburtenstarke Kohorte und damit für Jahrzehnte die letzte Chance, uns auf Spitzenniveau akademische Arbeitskräfte am Standort Bayern zu sichern.

Ein weiteres Ziel ist die strategische Sicherung ausreichenden akademischen Nachwuchses weit über diesen Zeitpunkt hinaus. Das heißt also, von einem Untertunneln oder Überbauen des möglichen Studentenberges bei einem Anschwellen der Studierendenzahlen von heute 250 000 auf über 300 000 kann keine Rede sein. Wir brauchen über lange Zeit hinweg höhere Jahrgangsanteile an Studierenden, um für den Standort Bayern einen entsprechend qualifizierten Arbeitnehmerwachstum zu sichern. Wir haben uns in der Frage der Bewältigung der Krise der öffentlichen Haushalte für den Weg der Nachhaltigkeit entschieden,

(Zuruf der Abgeordneten Christine Stahl (GRÜNE))

unter dem strategischen Ansatz der Sicherung der Investitionsfähigkeit gerade für die Zukunftsfähigkeit von Wissenschaft und Forschung. Dies hat auch zu schmerzhaften Entscheidungen für die Hochschulen im Nachtragshaushalt geführt. Vermeidbar sind diese Beschlüsse unter der gerade skizzierten politischen Zielsetzung nicht gewesen.

Die Hochschulpolitik hat diese notwendigen Konsolidierungsanstrengungen von Beginn dieser Legislaturperiode an immer mit der zweiten Stufe der Hochschulreform in Bayern, dem Qualitäts- und Innovationspakt, verbunden.

Die Sicherung des Vertrauens in die Planbarkeit und Zuverlässigkeit der bayerischen Wissenschaftspolitik war dabei unser zentrales Anliegen. Der intensive Dialog zum Thema „Wissenschaft in Bayern“, den Staatsminister Goppel und die Wissenschaftsminister meiner Fraktion seit November führen, hat dabei – nach anfänglicher verständlicher Verärgerung auf Seiten der Betroffenen – erste Früchte getragen. Das Vertrauen auf die Fortsetzung des Reformprozesses in den Hochschulen ist wieder deutlich spürbar und an konkreten Entscheidungen abzulesen.

Wir brauchen ein magisches Viereck für die Hochschulpolitik in Bayern, um den Platz als die Nummer 1 zu sichern und fortzuentwickeln. Wir brauchen die Fortentwicklung des Hochschulrechts als zentralen Punkt der Hochschulreform in den kommenden Jahren und wir brauchen einen Profil- und Exzellenzbildungsprozess, der, verbunden mit Planungssicherheit und entsprechenden Zielvereinbarungen, den Hochschulen Entwicklungshorizonte und der Politik Sicherheit gibt, was die Frage von Absolventen und entsprechend qualifizierten akademischen Nachwuchs angeht.

Wir müssen uns der wichtigsten hochschulpolitischen Veränderung der letzten Jahrzehnte stellen, dem so genannten Bologna-Prozess, das heißt der Anpassung des zweistufigen Abschlusssystem an unseren Hochschulen an ein drei- oder mehrstufiges Bachelor-Master-System.

In der Frage der Studienbeiträge für unsere Studierenden zur Verbesserung der Lehre wollen wir ganz bewusst einen weiteren Schwerpunkt setzen. Die Reform des Hochschulrechts ist dabei die prioritäre und wichtigste Maßnahme. Die Ansätze von 1998 bieten hierfür die gesicherte und erfolgreich erprobte Basis. Anders als viele andere

Länder in der Bundesrepublik und auch anders als Baden-Württemberg bauen wir hier auf dem profiliertesten Hochschulgesetz weiter auf.

Wir werden das Regelwerk der Wissenschaft in den kommenden Monaten einer grundlegenden Revision unterziehen. Die vorbehaltlose Betrachtung aller Regelungen ist dabei Maßstab. Unser strategischer Ansatz lautet: Wie viel operative Kompetenz soll und muss in die Hochschule, und wie viel strategische Kompetenz soll und muss auf der landespolitischen Ebene verbleiben. Der weit reichende Ausbau der Hochschulautonomie ist uns dabei die bestimmende Richtschnur.

Die Voraussetzungen für einen gedeihlichen und Früchte tragenden Prozess der Hochschulentwicklung sind die Gewinnung von Planungssicherheit und die haushaltsrechtliche Verantwortung für die Hochschulen. Das ist der zweite strategische Ansatz der Hochschulreform. Ein erstes wichtiges Ergebnis dieser Bemühungen ist die Sicherung des Verbleibs der so genannten strategischen Reserven in Höhe von 240 Millionen Euro an den Hochschulen in diesem Jahr. Das ist angesichts der kritischen Haushaltslage ein gewaltiger Kraftakt, und hier ist unserem Minister wie auch unserem Kollegen Ach und dem Herrn Ministerpräsidenten für die wichtige Leitentscheidung zu danken.

(Zuruf von den GRÜNEN): Das hat den Hochschulen doch schon gehört!

Über dem konkreten Mittelverbleib, der strategische Planungen an den Hochschulen konkret belohnt, steht die große, vertrauenssichernde Wirkung dieser Maßnahme. Die Zusage aus dem Winter, Konsolidierung mit Reform und Planungsvorteil zu verknüpfen, hat einen ersten wichtigen Beweis erfahren. Von dieser soliden Handlungsbasis ausgehend wollen wir die haushaltsrechtliche Eigenverantwortung unserer Hochschulen organisch weiterentwickeln. Eine eigene Arbeitsgruppe unserer Fraktion unter der Leitung des stellvertretenden Fraktionschefs Dr. Bernhard nimmt in diesen Tagen ihre Arbeit auf.

Auf die Fragen zu den Einzelplänen 03 und 04 darf ich nun mit zwei Kennzahlen eingehen. Der Anteil des Wissenschaftshaushalts im ordentlichen Stammhaushalt des Jahres 2003 betrug 11.4 %; der Anteil des Wissenschaftsetats im Nachtragshaushalt 04 beträgt 11.7 %. Von einer Kürzungssorgie im Bereich der Hochschulen kann also keine Rede sein.

Der dritte strategische Punkt ist der Innovations- und Profilbildungsprozess. Hier sind die Hochschulen weit vorangegangen. Es besteht die Notwendigkeit, Wettbewerb unter den Hochschulstandorten ins Leben zu rufen. Das muss mit der Frage geschehen, welches Fach an welchem Standort am besten vertreten ist. Das muss der Maßstab für die weitere Entwicklung der Hochschulen sein. Die Hochschulen stellen sich diesem Prozess in der Wahrnehmung ihrer Standortvorteile und in hoher Eigenverantwortung. Sie waren und sind bereit, in den entsprechenden, zum Teil schmerzhaften Meinungsbildungsprozessen über die Frage, welches Spektrum an welchem

Standort weiterhin sinnvoll ist, ihren Teil der Verantwortung zu übernehmen. Die Landespolitik folgt ihnen.

Es bleibt allerdings unbestritten, dass die landespolitische Gesamtschau die regionalpolitische Verteilung von Fächerspektren im Auge haben muss. Ein wichtiges Instrument hierfür sind die Qualitäts- und Zielvereinbarungen. Wir werden konkrete, auf die jeweilige Hochschule zugeschnittene Maßnahmen, die Finanzausgaben und die entsprechenden Entwicklungshorizonte der einzelnen Hochschule mit der Politik zu vereinbaren, zu überprüfen und mit einem Evaluationsprozess zu versehen haben. Dies ist dann in den einzelnen Hochschulen in Zusammenarbeit mit den Fachbereichen und Fakultäten herunterzubringen.

Das ist das entscheidende Instrument, mit dem die Hochschulen auf der einen Seite und die Wissenschaftspolitik auf der anderen Seite Verlässlichkeit und Planbarkeit über einen längeren Zeitraum herzustellen in der Lage sein werden.

In diesem Zusammenhang darf man auf die seit dem 07.01. zu beobachtenden Entwicklungen auf Bundesebene – ich habe diese wunderbare Pressekonferenz des damaligen Fraktionsvorsitzenden Franz Müntefering noch vor Augen – hinweisen. Bei uns herrschen Verlässlichkeit und Planbarkeit als Grundprinzipien der Hochschulpolitik

(Marianne Schieder (SPD): Wie vor der Wahl und nach der Wahl!)

mit wichtigen innovativen Elementen wie etwa dem Elitennetzwerk und Initiativen zur Lehre und zur Förderung der Frauen. Das, was auf Bundesebene passiert, ist das Papier nicht wert, auf dem es steht.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Vogel.

Wolfgang Vogel (SPD): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Lieber Herr Kollege Spaenle, wir haben uns wirklich gefragt, was diese Aktuelle Stunde heute eigentlich soll. Was wird uns hier Neues vorgestellt? Welche wegweisenden Beschlüsse der CSU-Fraktion – das ist ja eine Aktuelle Stunde der CSU-Fraktion – mögen uns heute erwarten? – In meiner Naivität als Politiker, die ich auch nach sechs Jahren noch nicht abgelegt habe, weil ich immer davon ausgehe, dass wirklich etwas Neues zu erwarten ist, war ich richtig gespannt: Werden wir jetzt mit Vorstellungen konfrontiert, die uns überraschen und weit über das hinausgehen, was bisher von Ihnen im Ausschuss und in diesem Haus zu hören war?

Sie haben als Thema Ihrer Aktuellen Stunde die schöne Formulierung gewählt: „Hochschul- und Wissenschaftspolitik: Motor für Bayerns Zukunft“. Vor nicht einmal zwei Monaten wurden in diesem Haus bei der Nachtragshaushaltsberatung Beschlüsse gefasst, die zu einer Reduzierung der disponiblen Mittel an manchen Hochschulen um bis zu 50 % geführt haben. Die Prozentzahlen, die Sie vorhin genannt haben, verschleiern an den Hochschulen

insgesamt, welche Probleme dahinter stecken. Uns wurde geschildert, dass der Anstieg der Studierendenzahlen schon in den letzten Jahren kaum zu bewältigen war, geschweige denn in der Zukunft zu bewältigen sein wird. Da erleben wir – gerade heute Morgen habe ich an einer Hochschule ein Gespräch geführt –, dass man an den Hochschulen ganz stark verunsichert ist, wie es mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs weitergehen soll, was mit den befristeten Arbeitsverhältnissen an den Hochschulen geschieht; da hören wir, wie stark die Überlastung des nicht wissenschaftlichen Personals ist, dass die alltäglichen Aufgaben nicht mehr gemeistert werden können; da hören wir von Defiziten im Bauunterhalt, von Fachhochschulen, die jenseits ihrer Kapazitätsgrenze arbeiten und so weiter. Das müssen wir nicht alles noch einmal aufführen.

Da frage ich mich aber: Motor für Bayerns Wirtschaft unter diesen Voraussetzungen? Jeder Motor braucht eine Energiezufuhr, um arbeiten zu können. Wir haben zumindest in dieser Legislaturperiode die Erfahrung gemacht, dass die Energiezufuhr laufend gedrosselt wird, dass man gar nicht mehr zur Kenntnis nimmt, wie der Motor ins Stottern kommt, weil bei der Wartung Defizite herrschen. Dennoch wird immer wieder – wie in schönen Reden hier – Höchstleistung gefordert. Wir sehen das Ganze vor dem Hintergrund der Planungen für den nächsten Doppelhaushalt. Sie sind – das ist ja nicht überraschend – vage geblieben, was wir in den nächsten beiden Jahren hier hören werden. Es ist ja wohl damit zu rechnen, dass es zu weiteren Einsparungen kommt. Bei der Übertragung der Mittel von 2003 auf 2004 wurden die Hochschulen bis weit in das Jahr 2004 hinein im Unsicheren gelassen, ob sie diese Mittel überhaupt verwenden können.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger: Aber jetzt haben sie es!)

– Herr Stockinger, jetzt sage ich das Gleiche, was ich am Donnerstag bei der Podiumsdiskussion zu Ihnen gesagt habe. Ich höre von den Hochschulen: Weil wir nicht wissen, was 2005 passiert, stehen wir genauso dumm da wie vorher; denn wir wissen gar nicht, ob das, was wir erwirtschaften, auch bei uns bleiben kann.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Um das Kraut fett zu machen, hört man zur Zeit landauf, landab von einer Vielzahl von Strukturvorschlägen aus den Hochschulen, die gut gemeint sind – den Rektoren bleibt oft gar nichts anderes übrig, als auf die Vorgaben des Wissenschaftsministeriums und der Mehrheit im Bayerischen Landtag zu reagieren –, die aber beileibe nicht mit dem abgestimmt sind, was wissenschaftspolitisch in Bayern erforderlich ist.

Präsident Alois Glück: Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Faltlhauser?

Wolfgang Vogel (SPD): – Welche Perspektiven haben Sie heute aufgezeigt? – Eigentlich nichts anderes als das, was schon in den Sonntagsreden landauf, landab verbreitet worden ist.

Damit komme ich zu einem Defizit. Herr Spaenle, wir müssen uns wirklich einmal darüber Gedanken machen, wie weit wir uns im Hochschulausschuss über grundlegende Fragen unseres Wissenschaftsverständnisses austauschen können. Lassen wir uns, wenn wir die Hochschulen auf die Zukunft vorbereiten, davon leiten, ob es nach wie vor die Aufgabe der Hochschule sein wird, nach Erkenntnissen um der Erkenntnis willen zu streben, weil uns die Suche nach Wahrheit und Erkenntnis für die gesellschaftliche Entwicklung als notwendig erscheint, weil wir eine möglichst breite akademische Bildung mit Zugang für alle Gesellschaftsschichten haben wollen, was in unseren Augen den Kern einer demokratischen Wissenschaftsgesellschaft ausmacht und weil wir wissen, dass wir nur auf dieser Basis die ökonomische Zukunftsfähigkeit unseres Landes fortentwickeln können? Oder lassen wir uns von einem sehr eingengten ökonomischen Blick auf die Hochschulen leiten, der im November in der „Süddeutschen Zeitung“ mit folgenden Worten sehr treffend beschrieben worden ist:

Das ökonomische Diktat, dem sich die Hochschulen seit langer Zeit ausgesetzt sehen, ist keineswegs nur ein Diktat des Geldes. Das eigentliche Diktat des Ökonomischen ist eine Denkungsart, die mit dem Kalkül des Kalkulierbaren rechnet.

Sie machen den Versuch, wissenschaftsökonomisch zu kalkulieren, weil Sie sich nicht mit der Aufgabe von Wissenschaft an den Hochschulen auseinander setzen. Damit bleiben Sie eine ganze Reihe von Fragen schuldig, die tatsächlich gestellt werden müssen, zum Beispiel, wenn es um die Autonomie geht.

(Widerspruch des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Wo sind denn die Grenzen der Autonomie der Hochschulen? - Wir sind für Autonomie. Wir sind dafür, dass die Hochschulen endlich eigenverantwortlich mit ihren Mitteln umgehen können. Wir sind aber auch dafür, dass wir miteinander definieren, welche Aufgabe der Staat in der Wissenschaftspolitik hat, damit wir nicht jetzt die Hochschulen arbeiten lassen, sie ihre Strukturkonzepte vorlegen lassen und anschließend sagen: Das geht, und das geht nicht. Begeben wir uns doch in einen Diskurs, der Ihnen jetzt schon dazu verhilft, klar zu sehen, wo Sie Ihre Schwerpunkte sehen wollen!

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Hinzu kommt – das ist eine Feststellung, die wir leider immer wieder treffen müssen –, dass Sie weit davon entfernt sind, die Wissenschaft in wohlverstandene Demokratie ein- und unterzuordnen. Wissenschaft braucht Demokratie, sowohl intern an den Hochschulen als auch im gesellschaftlichen Diskurs.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wie das gestaltet werden soll, stellen Sie hier in keiner Weise dar.

(Zuruf des Abgeordneten Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU))

Es gehört zu den Eckpunkten einer Hochschulreform, dass Autonomie der Hochschulen mit innerer und externer Demokratisierung verknüpft wird, sodass der Staat in der Verantwortung bleiben kann und die Hochschulen dennoch ihren Spielraum nützen können. Sie haben die Zielvereinbarungen angesprochen. Lassen Sie uns doch endlich einmal über deren Inhalte reden! Vor einem Jahr haben Sie noch gesagt, dass wir Zielvereinbarungen gar nicht brauchen, dass Sie unsere Vorschläge dazu gar nicht hören wollen. Heute tun Sie so, als hätten Sie das erfunden, obwohl der Zug in diese Richtung in ganz Deutschland schon abgefahren ist.

Lassen Sie uns auch darüber reden, wie wir über Landeshochschulkonferenzen und über die Einrichtung von Hochschulräten neuer Art endlich eine Einbindung gesellschaftlicher Interessen in die Hochschulen erreichen können. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie Vorschläge vorlegen, wie Drittmittel von den Hochschulen nicht nur eingeworben, sondern dort effektiv für die Wissenschaft eingesetzt werden können, sodass die Gesellschaft insgesamt davon profitiert. Wir erwarten von Ihnen Vorschläge dazu, wie die Hierarchien an den Hochschulen abgebaut werden können – zum Wohle aller dort Beschäftigten, damit sie dort ihrem wissenschaftlichen Auftrag nachgehen können.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir erwarten von Ihnen, dass das Verhältnis zwischen Fachhochschulen und Universitäten neu justiert wird. Die Wirtschaft braucht die Fachhochschulen. Die Fachhochschulen sind aber verunsicherter denn je, wie ihr Stellenwert in Ihrem neuen Konzept sein soll. Wir wissen nicht, wohin das gehen soll, weil Sie keine Vorschläge dazu vorlegen.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Wir werden in den nächsten Wochen und Monaten hierzu konkrete Vorschläge vorlegen, und dann müssen Sie endlich einmal Farbe bekennen.

Sie haben heute auch nichts dazu gesagt, ob Ihre Vorstellung von internationaler Hochschule immer nur bedeutet, sich auf die ökonomische Ausgangsbasis zurückzuziehen, oder ob das die Möglichkeit beinhaltet im erweiterten Europa, über strukturierte Bachelor- und Masterstudiengänge zu gemeinsamen Hochschulabschlüssen zu kommen. Wir waren doch sehr verwundert über die Konfusion, die auf Ihrer Seite während der Anhörung im Ausschuss geherrscht hat.

Herr Spaenle, in dem kurzen Beitrag, den Sie geliefert haben und der an Belieblichkeit nicht zu überbieten war – auch das ist bezeichnend –, lassen Sie völlig das Problem

des Gender Mainstreaming, der Gleichstellung an den Hochschulen außen vor.

(Margarete Bause (GRÜNE): Der hat davon keine Ahnung!)

Eine der wesentlichen Ressourcen in unserer Gesellschaft sind die Frauen mit akademisch-wissenschaftlicher Ausbildung, die keine Chance haben, an den Hochschulen ihre Ausbildung zu nutzen.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Zuhören!)

Sie haben keinen Satz dazu gesagt, wie Bayern aus seiner Defensivhaltung zur Juniorprofessur herauskommen soll. Gestern Abend wurde ich wieder von jungen Wissenschaftlern angesprochen, die gefragt haben: Womit haben wir das verdient, dass wir in Bayern auf das Abstellgleis geschoben werden?

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und der GRÜNEN)

Herr Spaenle, in all diesen Bereichen bleiben Sie die Antwort schuldig. Dann kommen Sie noch mit einem müden Querverweis auf den Innovationspakt. Ich finde es gut, wenn Hochschulrektoren Vorschläge vorlegen; aber diese Vorschläge der Hochschulrektoren müssen doch von Strukturvorschlägen der Politik begleitet werden. Wir hören von den Hochschulen immer wieder: Wir haben Angst, dass wir jetzt planen und anschließend jemand sagt, dass dieser Lehrstuhl erhalten werden muss und jenes Institut dableiben muss.

Wir brauchen Vorgaben von unserer Seite, aber Sie machen zurzeit keine politischen Vorgaben. Und wir hören auch, dass der Minister an manchen Stellen keine Vorgaben macht, wo die Hochschulen Orientierung erwarten. Insofern haben wir große Bedenken, wenn Sie weiter auf dieser Ebene der Argumentation bleiben, ob Sie wirklich den Motor, der zurzeit kräftig stottert, endlich zum Laufen bringen.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Bevor ich die nächste Wortmeldung aufrufe, meine Damen und Herren: In der Diplomatologie hat eine Delegation von Kommunalpolitikern und Vertretern des Innenministeriums der Republik Vietnam Platz genommen. Die Delegation hält sich zu Informationsgesprächen über die kommunale Selbstverwaltung in Bayern auf. Ich begrüße unsere Gäste sehr herzlich und wünsche ihnen einen angenehmen und informativen Aufenthalt.

(Allgemeiner Beifall)

Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Gote.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Diese Aktuelle Stunde Herr Dr. Spaenle, ist wohl als Versuch zu werten, sich als CSU-Fraktion in der bayerischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik

endlich wieder einmal zu Wort zu melden, nachdem Ihnen Staatskanzlei und Wissenschaftsminister das Zepter des Handelns nach der Wahl geradezu brutal entrissen haben,

(Beifall bei den GRÜNEN)

mit dem Erfolg innerhalb kürzester Zeit in Generalsekretärsmanier einen Flurschaden in Bayerns Hochschullandschaft angerichtet zu haben.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie haben hier einen Rückblick geliefert, aber keinen Ausblick. Sie haben einen Rückblick geliefert, der wohl der Selbstvergewisserung dienen sollte, man kann schon fast nostalgisch werden, wenn man Ihnen zuhört.

„Hochschul- und Wissenschaftspolitik Motor für Bayerns Zukunft!“ Ich bin Ihnen dankbar für diese vielsagende Metapher. Der Wissenschaftsminister liebt ja ebenfalls die bildreiche Sprache. Kürzlich durfte ich erleben, wie er in der FH München eine abgeschnittene, von einem Draht gestützte Gerberablüte als Bild für die bayerischen Hochschulen bemühte. Aus diesem fast toten Wesen ohne Wurzel, das sich schon nicht mehr aus eigener Kraft aufrecht halten konnte, sollte nach den Worten des Ministers „Neues üppig sprießen“. Ein treffender Vergleich.

(Heiterkeit und Beifall bei den GRÜNEN)

Ich bin Ihnen dankbar für diese vielsagende Metapher. Motor für Bayerns Zukunft. Auf den ersten Blick mag sie nur zeigen, wie stark Sie doch einem technokratischen Denkansatz verhaftet sind. Wenn man aber genau hinsieht, muss man feststellen: Es passt darüber hinaus tatsächlich recht gut auf die derzeitige Situation.

(Zuruf von der CSU: Sollen wir Rapsöl reinton oder was?)

– Ja, kommt noch, warten Sie es ab.

Das Fahrzeug, das dieser Motor antreibt, wird gesteuert von einem, der sich nicht an die Regeln hält, der sie vielleicht gar nicht kennt. Er lässt den Motor aufheulen, überdreht und bringt ihn damit zum Stottern, auf seiner Fahrt kommt es des Öfteren zum Crash, kein souveräner Fahrer, kein guter Stil.

Herr Staatsminister, nutzen Sie diese Aktuelle Stunde, die Ihre Kolleginnen und Kollegen für Sie beantragt haben, um einmal innezuhalten und sich den Schaden in Ruhe zu besehen, den Sie bisher mit Ihrem Fahrstil angerichtet haben.

(Zuruf von den GRÜNEN: Der macht doch Fahrerflucht! – Beifall bei den GRÜNEN)

Aus einem weiteren Grunde gefällt mir diese Metapher. Jetzt kommt's, Herr Dr. Spaenle: Ein Motor braucht ja Treibstoff. Am besten man nimmt einen nachwachsenden Rohstoff. Den haben wir in Bayern in Form studierwilliger

junger Menschen zuhauf und in guter Qualität, und es sollten und könnten noch mehr sein.

Dass Sie, Kolleginnen und Kollegen von der CSU den Wert nachwachsender Rohstoffe nicht gebührend zu schätzen wissen und ihren Einsatz nicht ausreichend fördern, das haben Sie auf anderen Feldern der Politik schon reichlich bewiesen. Statt diesem Rohstoff den Raum zu geben, den er braucht, um sich entfalten zu können und Menschen in ausreichender Zahl zur Seite zu stellen, die ihn pflegen und kultivieren, fahren Sie mit dem Rasenmäher über die jungen Kulturen und kürzen unsere bayerischen Hochschulen auf Mittelmaß herunter.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Nur ein Beispiel: Ich zitiere einen bayerischen Universitätsrektor sinngemäß, laut Presseartikel. Er ist ziemlich aktuell von Ende April:

In Bayern sind 200 Stellen gestrichen worden. Da ist nichts dran zu rütteln. Zusätzlich müssen pro Stelle 50 000 Euro bezahlt werden, weil die Stellen nicht rückwirkend bis zum 01. Januar 2004 an das Finanzministerium abgeführt werden. Das ergibt für die Uni 900 000 Euro für 18 Stellen.

Noch steht nicht fest, welche Lehrstühle geschlossen werden.

Parallel zum Sparkurs der Regierung werden Elitestudiengänge eingeführt. 25 % an den Sachausgaben ist von den Universitäten dafür gefordert.

Eigentlich finde ich Elitestudiengänge ja gut,

so sagt der Rektor.

Aber sie sind terminlich so forciert worden, dass im Moment ein Gegensatz herrscht. Die Zusatzausgaben passen schlecht zusammen mit den Einsparungen. Einerseits sollen wir in Bildung investieren, andererseits aber die Ausgaben senken. Die Wirtschaft sagt immer: 10 % zu reduzieren geht immer! Aber die Betriebe können sich zum Beispiel Automaten kaufen oder die Produktion nach Tschechien auslagern. Ich kann aber mit meiner Uni kaum nach Tschechien gehen. Ginge es nach den Haushaltsexperten in der Staatsregierung, müsste nach der Regel verfahren werden: Wo am meisten Lehrstühle frei werden, soll geschlossen werden. Wir müssen uns an die Vorgaben halten. Wir müssen schneiden, wo es geht. Also wo gerade Neubesetzungen anstehen. Fachlich macht das keinen Sinn.

So weit das Zitat.

Dies ist die Situation in der bayerischen Hochschul- und Wissenschaftspolitik. So ist es an allen Universitäten und Fachhochschulen. Wer das nicht glauben mag, dem sei die Lektüre des Protokolls unserer Landtagsanhörung zu

den Auswirkungen der Sparmaßnahmen im Nachtragshaushalt empfohlen.

Profilbildung heißt nun das Zauberwort, mit dem die Hochschulen dem Zufallsprinzip entkommen sollen.

Doch was bedeutet Profilbildung unter diesem immensen Spardruck? An welchen Kriterien soll sie sich orientieren? Fachliche Überlegungen, Zukunftsfähigkeit von Studiengängen, ökonomische Kennzahlen? Welche Gewichtung kann den verschiedenen Faktoren noch eingeräumt werden, wenn doch über allem der Sparhammer hängt?

Durch den planlosen Spardruck lenken Sie die Hochschul- und Wissenschaftspolitik in die Einbahnstraße. Geisteswissenschaften müssen bluten, ist zu lesen. Das mag wundern, sind sie doch nicht gerade die Studiengänge, die am teuersten sind. Lehrerausbildung zahlt sich nicht aus. Orchideenfächer, auch wenn man da schon längst Elite ist, werden zum Luxus. Nur was sich am tagesaktuellen Markt behaupten kann, hat eine Chance, zu überleben.

Anstatt die Zukunftsfähigkeit unserer Hochschullandschaft zu stärken und sich ernsthaft die Frage zu stellen: Was braucht Bayerns Zukunft, welche Fachrichtungen werden in Zukunft wichtig sein? Wo brauchen wir viele junge, gute Leute? machen Sie den Zeitgeist zum Maßstab.

Die neu gegründete Universität Bayern e. V. handelt mit dem Mut der Verzweifelten und versucht zu retten, was zu retten ist. Das Spardiktat erhält einen neuen Namen. Es heißt jetzt Innovationspakt und bedeutet, „das Gefühl in eine haltbare Form gießen“.

Die Hochschul- und Wissenschaftspolitik in Bayern ist binnen kurzem zu einem Produkt verkommen, das mangels Qualität mit billigen Werbesprüchen vermarktet werden muss.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

In der Champions-League wollen Sie spielen. In der Champions-League sollen die Universitäten spielen, als eine Elf wie die Nationalmannschaft. Da kann einem ja angst und bange werden, wenn man auf die Leistungen der Deutschen Nationalelf schaut oder auf den Erfolg von Bayern-München!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Schneller als man glaubt, Herr Minister, kommt es auch einmal zu einem Trainerwechsel.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es bleibt zu hoffen, dass diese Elf am Ende zu einem fairen Miteinander findet und gemeinsam für das Wohl der Hochschulen streiten lernt und sich nicht in destruktiver Konkurrenz beim Run auf die knappen Mittel aufreiben lässt.

Planungssicherheit heißt die neueste Beruhigungsspielle für die Hochschulen. Doch wer weiß, wie Haushalte aufgestellt und beschlossen werden, wie leicht die Staatsregierung in der Vergangenheit zum Beispiel das Mittel der Haushaltssperre angewendet hat, kann sich davon nicht ernsthaft beruhigen lassen.

Seit dem Wochenende liegen auch Ihre Vorstellungen zu den Studiengebühren auf dem Tisch nach dem Motto: Uns ist egal, was das Verfassungsgericht entscheidet, wir schlagen schon einmal vorab Pflöcke ein! Ein Placebo ist auch das. Ein Placebo sind diese Studiengebühren, der den Hochschulen einen Ausgleich für die weggekürzten Mittel bringen soll. Im Umfang können diese Studiengebühren niemals so hoch sein, als dass sie mehr sein könnten als die berühmten Peanuts.

Verwaltungsaufwand und Verwaltungskosten werden steigen. Und wer Ihren Versprechungen glaubt, dass das Geld bei den Hochschulen bleiben soll, der schau mal in ausnahmslos alle Länder, die Studiengebühren eingeführt haben.

Immer dienten Sie als Rechtfertigung dafür, dass sich der Staat weiter aus der finanziellen Verantwortung stehlen konnte. Von den sozialen Folgen will ich hier an dieser Stelle gar nicht sprechen.

Das Fazit: Die Betriebskosten für Bayerns Motor sind keinesfalls gesichert. Für Inspektionen, Instandsetzung und Nachrüstungen gemäß dem Stand der Technik fehlen die Investitionsmittel. Sie versprechen eine Hochschulreform, die mehr Autonomie, mehr Haushaltshoheit, mehr Kooperation bringen soll, und verbinden damit eine stärkere Hierarchisierung und Schwächung der demokratischen Strukturen. Ihre Reformen zielen ausschließlich auf die Verwaltungsebene. Reformen für mehr Qualität, innere Reformen, Weiterentwicklung des universitären Selbstverständnisses, das alle Beteiligten einbezieht, Entwicklung neuer Leitungsstrukturen, neue Führungskulturen und Schaffung innovativer Lern-, Forschungs- und Arbeitsräume – all das interessiert Sie nicht.

Kommen wir zu dem Bild zurück. Ein guter Motor, nutzt den Rohstoff, der ihn treibt in effizienter Weise und mit hohem Wirkungsgrad. Vergeuden Sie nicht unseren besten Rohstoff, die Begabungen und Talente unserer jungen Frauen und Männer, ihre Motivation und ihre Leistungsfreude und Leistungsbereitschaft. Die bayerische Hochschul- und Wissenschaftspolitik muss das Ziel verfolgen, diesen jungen Menschen die bestmöglichen Studienbedingungen zu ermöglichen. Internationalisierung der Hochschulen, mehr Autonomie, Vielfalt, Gender-Mainstreaming, Stärkung des akademischen Mittelbaus – all das gehört dazu. Um die Zukunft zu meistern, müssen wir mehr Geld für Bildung investieren. Wir brauchen mehr gute Akademiker und Akademikerinnen, und ich fordere Sie auf, dies im internationalen Wettbewerb sicherzustellen.

(Beifall bei den Grünen)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Prof. Dr. Stockinger.

Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Herr Präsident, Hohes Haus! Die beiden Vorredner stellten die Frage, warum die CSU-Fraktion dieses Thema gewählt hat. Dies ist die Gelegenheit, heute erneut darzustellen, welche Bemühungen die CSU-Fraktion im Zusammenwirken mit den bayerischen Hochschulen anstrengt, um weiterhin dafür zu sorgen, dass unsere bayerischen Hochschulen nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland sondern in der Welt Spitze sind.

(Zuruf des Abgeordneten Hans Joachim Werner (SPD))

Nicht umsonst sind im Ranking der DFG unter den 10 Top-Hochschulen Deutschlands vier aus Bayern.

Ich hatte gehofft, dass die beiden Vorredner uns etwas über ihre inhaltlichen Vorstellungen sagen würden. Aber sie sind über Metaphern, die gut anzuhören waren, über Anschuldigungen und über Behauptungen, die nicht nachgewiesen werden können, nicht hinaus gekommen. Hätte Kollege Vogel dem Finanzminister die Zwischenfrage gestattet, hätte Kollege Vogel dem Finanzminister auf seine Frage sagen können, dass wir trotz aller Kürzungen bei den Hochschulen einen haushaltsrechtlichen Aufwuchs von 3 auf 4 % haben. Er hat diese Frage sicherheitshalber unterbunden.

Sie haben Herrn Kollegen Spaenle vorgeworfen, bestimmte Punkte nicht gesagt zu haben. Dazu ist zu sagen: Selbst Dr. Spaenle ist nicht in der Lage, in zehn Minuten die komplette Hochschulpolitik der CSU darzulegen. Dazu werden weitere Kollegen der CSU sprechen.

(Herbert Müller (SPD): Schaffen die das in fünf Minuten? – Das ist die Frage.)

Er hat bereits darauf hingewiesen, dass wir mit dem Entwurf eines Hochschulgesetzes alles auf den Prüfstand stellen werden. In dem Gesetz wird mehr Autonomie der Hochschulen, mehr Handlungsspielraum für Hochschulleitungen und Dekane, Profilbildung und mehr Haushaltshoheit gemeinsam mit den Betroffenen erörtert werden, damit wir wieder ein Gesetz aus einem Guss machen können.

Wir werden aber auch im Bund darauf achten, dass in der Föderalismuskommission die Rechte der Länder hinsichtlich der Bildungspolitik und der Hochschulpolitik gestärkt werden. Das Qualitätssiegel bayerischer Hochschulpolitik ist die beste Rechtfertigung dies zu tun. Wir werden dabei soweit gehen, das gesamte Hochschulrahmengesetz des Bundes auf den Prüfstand zu stellen.

Der Bund versagt in den Bereichen Innovation und Hochschule. Er fährt die Mittel für den Hochschulbau der Länder für den Zeitraum der letzten Jahre um immerhin 31 % zurück, obwohl wir noch viele Millionen Euro vom Bund bekommen müssten für die Mittel, die der Freistaat Bayern für den Hochschulbau verauslagt hat.

Der Bund, Kolleginnen und Kollegen, versagt auch bei den Innovationen. Seit Monaten sprechen SPD und ihr Kanzler über Innovationsprozesse und Innovationsverein-

barungen. Aber es kommt außer Reden nichts rüber. Es sind keine Taten zu sehen. Für die SPD-Politik im Bund – hier haben wir keine – ist es typisch: Es kommt auf die PR an und nicht auf den Inhalt. Das heißt, die Verpackung ist mehr wert als der Inhalt. Offen gestanden hatten wir auch nichts anderes erwartet.

Wir werden in Bayern die Vorgaben des Bologna-Prozesses verfolgen und umsetzen. Immerhin hat der Bayerische Landtag am 10. März dieses Jahres als erstes Parlament eines Landes der Bundesrepublik Deutschland eine Anhörung zum Bologna-Prozess durchgeführt. Der Vorteil des Bologna-Prozesses ist die größere Internationalisierung, die Vergleichbarkeit der Studienabschlüsse aber auch der Studienleistungen durch die Einführung des Credit-Point-Systems. Wir werden dies umsetzen. Allerdings werden wir bei dieser Umsetzung auch prüfen, ob und wie traditionelle Hochschulabschlüsse, wie das Diplom, weiterhin ihren hohen Stellenwert erhalten können. Da die amerikanische Ingenieursvereinigung IEEE letztes Jahr in einem Aufsatz veröffentlichte, die Vereinigten Staaten bräuchten eine fünfjährige Ingenieursausbildung, die dem deutschen Diplomingenieur vergleichbar sei, kommen mir Zweifel, wenn die „großartigen Modernisierer“ und die „großartigen Vereinfacher“ unsere bewährten deutschen Diplomabschlüsse mit einem Federstrich vom Tisch wischen wollen. Dies ist ein Markenzeichen deutscher Bildung und deutscher Qualität, das nicht so leicht aufgegeben werden darf.

Im Übrigen warne ich hinsichtlich der Akkreditierungsagenturen davor, zu blauäugig zu sein. Mir kommt es so vor, dass die Akkreditierungsagentur eine gute Geschäftsidee ist, die der Agentur, aber weniger den zu Akkreditierenden nützt.

Unser Maßstab ist die Qualität der bayerischen Studienangebote. Diese wollen wir sichern und dadurch die Akzeptanz der Absolventen am Arbeitsmarkt erhalten und verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rupp.

Adelheid Rupp (SPD): Herr Präsident, geehrte Damen und Herren! Als Neuling finde ich es sehr erstaunlich, dass mir es zu erwähnen bleibt, dass in der Aktuelle Stunde Fragen nicht zulässig sind. Das möchte ich festhalten. Ich meine, die CSU-Kollegen und vor allem der Herr Minister müssten das wissen.

Nun zu dem Thema Aktualität: Was Sie geboten haben, hat mit Aktualität überhaupt nichts zu tun. Es ist weit von Aktualität entfernt.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Ich werde darauf zurückkommen. Nun möchte ich der CSU ein Angebot machen, falls Sie wieder Probleme hat, die Aktuelle Stunde mit einem Thema zu besetzen. Wir

würden die Aktuelle Stunde gerne übernehmen. Ich hoffe, Sie nutzen das.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Sie halten Kulturpolitik für unwichtig. Sie sind im falschen Ausschuss!)

– Nein, ich halte das nicht für unwichtig. Deswegen werde ich zu diesem Thema meine Ausführungen machen. Mir fällt aber auf, dass Ihre Redebeiträge ein Déjà-vu der Aktuellen Stunde der SPD zur Hochschulpolitik sind.

Nun im Einzelnen zu dem, was im Moment tatsächlich an den Hochschulen los ist. Sie haben Kürzungen vorgenommen und die Hochschulen aufgefordert, Umbaumaßnahmen vorzunehmen. Das ist der völlig falsche Weg. Zunächst muss man über Strukturen der bayerischen Hochschullandschaft reden und überlegen, welche Anforderungen die Gesellschaft an Lehre und Forschung stellt, um dann im Einzelnen an den Hochschulen die entsprechenden Maßnahmen zu ergreifen.

Sie kommen mir vor, als hätten Sie eine renovierungsbedürftige Wohnung, stellen dort die Möbel hinein, verlegen dann den Boden und streichen die Wände, um am Ende festzustellen, dass die Fenster noch nicht gesetzt sind.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Ludwig Spaenle (CSU))

Nun zu dem, was tatsächlich aktuell ist. Ich möchte das am Beispiel der Ludwig-Maximilians-Universität München aufzeigen. Derzeit hat die LMU noch 150 Studiengänge. Sie zeichnet sich durch ein hohes internes Vernetzungspotenzial aus; sie ist wissenschaftlich innovativ – wie viele andere Hochschulen und wie viele andere Wissenschaftsbereiche, gerade an den Rändern der Disziplinen – dort, wo Vernetzungen stattfinden und wo der Austausch zwischen den Disziplinen stattfindet. Das ist ein ganz wesentlicher Gesichtspunkt.

Nun wurden die Hochschulleitungen gezwungen, Maßnahmen zu ergreifen, die genau diese Qualität vermindern. Sie, Herr Minister, Sie meine Kolleginnen und Kollegen von der CSU haben sich nicht damit beschäftigt, welche Maßnahmen ergriffen werden können, um die Kommunikationsprozesse an der Universität zu verstärken. Sie haben sich nicht mit der Frage beschäftigt, wie hierarchische Strukturen an der Hochschule, die dem Wissenschaftsprozess nun nachweislich nicht dienlich sind, tatsächlich verändert werden können. Sie reden heute davon, die Autonomie stärken zu wollen. Ich muss Ihnen sagen: Lassen Sie uns darüber doch diskutieren. Wir sind der Meinung, dass das Selbstverwaltungsrecht der Hochschulen gestärkt werden muss. Wir wollen die Grundordnungs-kompetenz der Hochschulen zu einer umfassenden Organisationskompetenz der Hochschulen ausbauen. Wir wollen in diese Prozesse aber auch, weil wir von einem hierarchischen Herangehen an eine Änderung der Strukturen der Hochschulen nichts halten, alle Gruppen der Universität einbinden. Wir wollen eben nicht nur mit Professoren und Hochschulleitungen reden, sondern wir wollen auch den Mittelbau, die Studierenden und die nichtwissenschaftlichen Mitarbeiter einbinden. Grund-

sätzliche Autonomievoraussetzung ist für uns – diesem Punkt werden Sie wohl nicht zustimmen – die Personalhoheit für die Hochschulleitungen, die Stärkung der Hochschulleitungen und die Dienstherreneigenschaft. Die Verantwortung für Berufungen muss bei den Hochschulen liegen. Es kann nicht angehen, dass bei Berufungen dann und wann doch von oben eingegriffen wird.

Noch einmal zurück zur LMU. Wie sieht es dort aus? 15 % der Studiengänge werden dort geschlossen: Balkanphilologie, Deutsch als Fremdsprache, Geschichte der Naturwissenschaften, Hethitologie, Kunstpädagogik, Lateinische Philologie des Mittelalters, Logik und Wissenschaftstheorie, Musikpädagogik, Orthodoxe Theologie, Philologie des christlichen Orients, Semiotik, Sprechwissenschaften, Wissenschaftsgeschichte und Universitätsgeschichte, Geistigbehinderten- und Verhaltensgestörtenpädagogik, Sozial- und Wirtschaftsgeschichte, Wirtschaftsgeographie, Geographie mit Studienschwerpunkt Sozialgeographie, Geologie, Geophysik, Kern- und Teilchenphysik, Meteorologie, Mineralogie. – Das ist die Streichliste der Studiengänge an der LMU. Ich sage Ihnen: Das ist ein Skandal,

(Zustimmung bei der SPD)

weil der Universität nicht die Möglichkeit gegeben wurde, tatsächlich über sinnvolle Änderungen der Struktur nachzudenken. Sie ist vielmehr bedauerlicherweise dazu gezwungen, auch Studiengänge zu streichen, die ein hohes Renommee haben.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Das ist sachlich falsch!)

Wir befürchten zu Recht, dass die Geisteswissenschaften mit Ihrer Politik weiter ausgedünnt werden.

Meine Redezeit ist zu Ende. Sie würden wahrscheinlich sagen: Setzen! 6! Noch mal!

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Bitte nicht noch einmal! Einmal lang!)

Ich sage: Wir nutzen lieber das neue Instrument des Förderunterrichts für Sie; ich biete Ihnen das im Ausschuss an, um tatsächlich inhaltlich über die anstehenden Fragen diskutieren zu können.

(Beifall bei der SPD – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Einmal genügt!)

Präsident Alois Glück: Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Nach § 66 Satz 7 unserer Geschäftsordnung sind Zwischenfragen in der Aktuellen Stunde nicht zulässig. Ich gebe aber zu, dass mir diese Regelung vorhin selbst nicht gegenwärtig war. Sonst hätte ich den Herrn Finanzminister als Abgeordneten gar nicht aufgerufen. – Aber damit sei das klargestellt.

Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Wägemann.

Gerhard Wägemann (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, Hohes Haus, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Deutschland gehört zu den Ländern mit den längsten Ausbildungszeiten. Unsere Hochschulabsolventen haben im internationalen Vergleich ein sehr hohes Durchschnittsalter. Für die Hochschulabsolventinnen und –absolventen ergibt sich daraus gegenüber ausländischen Kolleginnen und Kollegen ein gravierender Nachteil bei der Bewerbung um attraktive, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze im In- und Ausland. Bayern hat dies frühzeitig erkannt und schon mit der Hochschulreform von 1998 die Studienstruktur reformiert. Die damaligen Maßnahmen haben bereits gegriffen. Die Studenten an bayerischen Universitäten haben nach Erhebungen des Statistischen Landesamtes im Vergleich der alten Länder der Bundesrepublik die kürzesten Studienzeiten.

Ich kann das auch mit Beispielen belegen: Bei Universitätsabsolventen mit Staatsexamensfächern konnte ein Rückgang der Studienzeiten im Zeitraum von 1993 bis 2001 um fast zwei Semester, nämlich von 12,7 Fachsemestern in 1993 auf 10,9 Fachsemester in 2001, erreicht werden. Bei den Magisterstudiengängen ist ein Rückgang von 12,2 Fachsemestern auf 11,4 Fachsemester festzustellen, bei den Diplomstudiengängen ein Rückgang von 11,5 Fachsemestern im Jahr 1993 auf 11,1 Fachsemester im Jahr 2001. In den letzten Jahren ist es zudem auch in Bayern gelungen, die Zahl der Langzeitstudierenden durch Maßnahmen wie Tutorien-Programme oder durch die Einführung von obligatorischen Zwischenprüfungen zu senken. So haben im Wintersemester 2002/2003 etwa 9300 oder 4,2 % der Studierenden die Regelstudienzeit um mehr als drei Semester überschritten; im Wintersemester 1998/1999 waren es immerhin noch über 15 000 oder 6,7 % der Studierenden. Eine weitere Verkürzung und Optimierung der Studienzeiten ist trotz der genannten, bereits erzielten Erfolge sinnvoll und erstrebenswert, auch unter demographischen Gesichtspunkten. Als Gegenbeispiel mag Ihnen Berlin dienen: Hier haben wir derzeit 10 000 Lehramtsstudenten, die im Schnitt nach 17 Semestern und im Alter von 32 Jahren endlich fertig werden. Ich denke, das ist nicht die richtige Lösung und nicht der richtige Weg.

Anliegen der CSU-Landtagsfraktion ist es, die Ausbildungszeit der Kinder insgesamt zu verkürzen. Um das zu erreichen, bedarf es zum einen einer früheren Einschulung. Das durchschnittliche Einschulungsalter beträgt derzeit 6,6 Jahre; wir wollen es auf sechs Jahre senken. Ferner streben wir eine Verkürzung der schulischen Ausbildungszeit an. Das G 8 ist sicher ein richtiger und entscheidender Schritt hierzu. Verkürzt werden soll auch die Zeit zwischen dem Abitur und dem Studiengang, der erfolgreich abgeschlossen wird. Ziel ist selbstverständlich auch eine kürzere Ausbildungszeit an der Hochschule selbst.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in der vergangenen Woche haben wir eine Anhörung zum G 8 durchgeführt. Die klaren Feststellungen und Aussagen der Wirtschaftsvertreter, dass jüngere Bewerberinnen und Bewerber eindeutig bessere Einstellungs- und Berufschancen haben, haben gezeigt, dass der von uns eingeschlagene Weg richtig ist und fortgesetzt werden muss. Hierbei ist ein entscheidender Punkt die Verbesserung und der wei-

tere Ausbau der Zusammenarbeit der Schulen mit den Hochschulen. Viele Studienanfänger haben unklare Vorstellungen über die Anforderungen eines Studienganges, was in der Folge häufig zu Studienabbrüchen führt. Die Anzahl der Fehlentscheidungen muss deutlich verringert werden.

Die Verbindung zwischen der abgebenden Schule, insbesondere dem Gymnasium, und der Hochschule ist nachhaltig zu entwickeln. Die Sicherung und Weiterentwicklung der Studierfähigkeit ist hier ein wichtiges Ziel der Zusammenarbeit. Mit der neuen Oberstufe des G 8, also mit Seminar 1 und Seminar 2

(Marianne Schieder (SPD): Die kennen Sie doch gar nicht so genau!)

wird den angehenden Abiturientinnen und Abiturienten eine spürbare Hilfestellung und Orientierung für die spätere Studien- und Berufswahl gegeben. Die hier vorgesehene Zusammenarbeit zwischen Hochschule, Wirtschaft und anderen wichtigen Partnern ist ein entscheidender und wichtiger Schritt. Wir wollen die Studienberatung in der Oberstufe auch verbindlich und fest verankern.

Die Hochschulen ihrerseits müssen für ihre Studierenden mehr Eigenverantwortung entwickeln. Dazu gilt es vor allem die vorhandenen Möglichkeiten der Selbstauswahl, wie sie das Hochschulgesetz und die einschlägigen Staatsverträge bereits heute einräumen, in verstärktem Maße zu nutzen. Die Eignungsfeststellung im Bereich der Schnittstelle zwischen Schule und Hochschule ist ein geeignetes, mögliches und unterstützendes Element, das ebenfalls mit zu nutzen ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Bayern wird mit dieser zukunftsweisenden Politik den aktuellen Anforderungen gerecht, in Deutschland führend bleiben und hat mit seiner Wissenschafts- und Hochschulpolitik einen leistungsfähigen Motor für Bayerns Zukunft, der nicht stottert, Herr Kollege Vogel, sondern auch ausreichend Energiezufuhr erhält und mit dieser Energie sorgsam umgeht.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Rabenstein.

Dr. Christoph Rabenstein (SPD): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Zunächst ein Satz zu meinem Vorredner, Herrn Wägemann. Ich bin auch dafür, den Übergang zwischen Schule und Hochschule zu verbessern. Wir wissen, dass wir auch überall in Bayern sehr viele Studienabbrecher oder Studenten haben, die das Fach wechseln. Allerdings verwunderte es mich schon, dass das gerade zu diesem Zeitpunkt gesagt wird; denn wir wissen alle, dass die Studienberatung an den Hochschulen aufgrund der Mittelkürzungen zurückgefahren worden ist. Die Mittel sind also nicht mehr vorhanden, um die Studenten bei Beginn des Studiums entsprechend zu beraten. Deswegen werden die Mittelkürzungen wahrscheinlich zu einer Verlängerung der Studienzeiten und leider nicht zu einer Verkürzung führen.

(Beifall bei der SPD)

Aus aktuellem Anlass möchte ich etwas zu den Studiengebühren sagen. Wir befinden uns leider in einer Vorreiterrolle; denn unser Minister kann es gar nicht abwarten und hat bereits vor dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts die Rahmenbedingungen für künftige Studiengebühren in Bayern festgelegt. Das ist auch auf der Homepage des Ministeriums nachzulesen.

Studiengebühren – das klingt im ersten Moment gar nicht so schlecht. Dadurch sollen die Studienbedingungen verbessert werden, und die Studenten sollen in eine Art Kundenposition kommen. Wenn wir allerdings genauer hinschauen, erkennen wir, dass diese beiden Thesen falsch sind. Deshalb lehnen wir Sozialdemokraten Studiengebühren überwiegend ab – ich muss „überwiegend“ sagen; denn bei uns finden auch lebhaftige Diskussionen statt.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Zum Hauptgrund, warum wir diese in Bayern geplanten Studiengebühren ablehnen. Sie sind sozial ungerecht. Es ist sozial ungerecht, Studiengebühren einzuführen. Dabei ist es egal, ob es sich um nachgelagerte Studiengebühren handelt oder ob sie mit einer sozialen Komponente versehen werden. Tatsache ist, dass gut betuchte Eltern leichter das Studium und natürlich auch die Studiengebühren ihrer Sprösslinge zahlen können. Dagegen werden Studenten aus sozial schwächeren Schichten nicht eine solche Unterstützung bekommen. Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, deswegen wird die soziale Selektion verschärft. Das lehnen wir ab.

(Beifall bei der SPD)

Ich möchte deutlich sagen: Auch wenn man soziale Komponenten einbaut – das habe ich gesagt – tut sich bei vielen im Kopf eine Schere auf. Es gibt ein psychologisches Moment, das viele Eltern und natürlich auch Kinder aus sozial schwächeren Familien von vornherein vom Studium abhält. Soziale Barrieren entstehen. Man ist dann von vornherein eher bereit zu sagen: Na ja, mach das, was dein Vater oder deine Mutter schon gemacht hat und studiere lieber nicht; wer weiß, welche Schulden wir uns sonst anhäufen. Wir Sozialdemokraten, seit über 100 Jahren die Partei der sozialen Gerechtigkeit, lehnen deswegen zusätzliche Kosten ab. Wir führen die soziale Gerechtigkeit nicht nur als Argument an, sondern wir können ihren Effekt auch nachweisen. Es gibt zahlreiche Beispiele dafür, dass die Zahl der Studenten aus sozial schwächeren Familien zurückgegangen ist, als bestimmte Maßnahmen ergriffen worden sind.

Ich möchte als ein erstes Beispiel die Verschärfung des BAföG 1982/1983 ansprechen – lange ist es her. Die Umstellung auf Darlehensbasis trotz sozialer Komponente hat dazu geführt, dass zuerst Arbeiterkinder und darunter vor allem wieder Mädchen auf ein Studium verzichtet haben. Wir Sozialdemokraten wollten aber gerade diese Gruppe zu einem Studium animieren, weil es darauf ankommt, was die Kinder und Jugendlichen im Kopf haben, nicht darauf, was der Vater in der Geldbörse hat. Deswegen lehnen wir Studiengebühren ab.

(Beifall bei der SPD)

Ein weiteres Beispiel aus aktuellen Zeiten. Als Österreich im Wintersemester 2001/2002 Studiengebühren eingeführt hat, ist die Zahl der Studenten ebenfalls zurückgegangen. Wir brauchen in Bayern aber eher mehr Studenten als weniger Studenten. Deswegen liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, ist die Einführung von Studiengebühren der falsche Weg. Wir müssen mehr Studenten aus Arbeiterfamilien das Studium ermöglichen. Deswegen sollten wir die Studienbedingungen noch verbessern, statt sie durch Studienbedingungen zu verschlechtern.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Vielen Dank, Herr Kollege. Als Nächster hat Herr Kollege Nadler das Wort.

Walter Nadler (CSU): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Nach den neuesten Zahlen des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft ist die Innovationsdynamik der deutschen Unternehmen erlahmt. Im letzten Jahr wurde in dieser Republik erstmals seit 1992 weniger für Forschung und Entwicklung ausgegeben – kein Wunder bei den schlechten Rahmenbedingungen von Rot-Grün und deren verheerender Bilanz der Forschungspolitik.

(Beifall bei der CSU)

Sie haben schon Recht, Frau Gote, es fließt zu wenig Geld. Der Anteil der Ausgaben des Bundes für Forschung und Entwicklung am Bruttoinlandsprodukt liegt bei 2,52 % – das haben wir in der letzten Woche gehört. Bereits in den Achtzigerjahren waren wir schon einmal bei 2,8 %. Das geplante Ziel von Frau Bulmahn, 3 % zu erreichen, liegt damit in weiter Ferne.

Meine lieben Kolleginnen und Kollegen, in den nächsten fünf Jahren sind in der Republik Investitionen von Staat und Wirtschaft in Höhe von 10 Milliarden Euro nötig, wenn der Spitzenplatz der deutschen Forschung gesichert werden soll.

Wir bezeichnen unsere bayerische Hochschulpolitik als Motor für die Zukunft unseres Landes. Ein gut laufender Motor ist das eine. Er muss aber seine Kraft auch übertragen können. Eine Verzahnung muss vorhanden sein, nämlich eine Verbindung zwischen Politik, Hochschule, Wissenschaft und Wirtschaft. Vor allem vom Laufen der Wirtschaft hängt die Zukunft ab. Der Austausch von Wissen bringt entscheidende Vorteile und kann sich für manches Unternehmen als lebenswichtig, ja als überlebenswichtig erweisen.

Die von der Staatsregierung ins Leben gerufene Hochschulpatentinitiative „BayernPatent“ zeigt erfreulicherweise eine steigende Tendenz bei den Patentanmeldungen. Das ist ein klarer Beleg für die Bedeutung dieser Initiative, die zum Schulterschluss zwischen Wissenschaft und Wirtschaft beiträgt. Bayern und Baden-Württemberg liegen uneinholbar vorn. An neun bayerischen Hochschulstandorten stehen Erfinderberater bereit.

Darüber hinaus hielte ich es für hilfreich, wenn noch mehr Professoren ihre Freisemester in einem Wirtschaftsbetrieb verbrächten, und das nicht nur zum Händeschütteln in der Chefetage. Unsere Unis haben einen Wirtschaftsförderungsauftrag mit auf den Weg bekommen. Die Technologietransferstellen spielen hier eine wichtige Rolle. Wenn ich das Kompetenzzentrum „Neue Materialien“ in Bayreuth betrachte, finde ich dort die Hilfsmittel, um angewandte Forschung mit der Wirtschaft zu praktizieren, und zwar – das ist wichtig – mit dem Maßstab vorindustrieller Produktion.

Schmerzlicher und langwieriger als manche Geburt war da schon die Entstehung des FRM II. Die ersten Erfolge zeichnen sich aber ab. Ich nenne die Ansiedlung von „General Electric“. Die Ansiedlung solcher Betriebe bedeutet auch immer Arbeitsplätze.

Meine Damen und Herren, was ist an den genannten Schnittstellen noch nötig? – Wir brauchen klare, eventuell noch klarere Einblicke in die Hochschulforschung für Betriebe und eine klare Nachfrage aus der Wirtschaft. Das ist wie im richtigen Leben. Je deutlicher man miteinander spricht, umso besser sind die Ergebnisse. Wir werden die Zusammenarbeit von Hochschulen mit außeruniversitären Einrichtungen, insbesondere der Wirtschaft und der Forschung, weiter ausbauen. Die Bildung von Clustern – also wissenschaftsgestützten lokalen und regionalen Netzwerken in allen Bereichen – ist dabei ein zentrales Ziel. In diesem Zusammenhang ist die Kooperation von Universitäten und Fachhochschulen eine wichtige Aufgabe, die noch zu verstärken ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Förderung der Zusammenarbeit von deutschen Hochschulen, Wissenschaft und Wirtschaft ist nur ein Aspekt der Hochschulpolitik der CSU-Fraktion, aber ein wesentlicher Teil der Wissenschafts- und Hochschulpolitik als Motor für Bayerns Zukunft. Raubbau an wichtigen Forschungsbereichen, wie ihn zum Beispiel Frau Bulmahn bei der Kernenergieforschung betreibt, ist der falsche Weg. Hier geht Know-how unwiederbringlich verloren. Lassen Sie uns deshalb lieber das Motorische unserer Hochschulpolitik für Bayerns Zukunft im Auge behalten und die Weichen richtig stellen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Beyer das Wort.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Lieber Herr Kollege Nadler, es hätte so schön sein können. Erstmals in dieser Aktuellen Stunde hat jemand das Thema angesprochen, das ich eigentlich erwartet habe. Wie so oft wird aber gerade dadurch deutlich, wo der Anspruch und wo die Wirklichkeit bei der Politik der Bayerischen Staatsregierung liegt.

(Beifall bei der SPD)

Bevor Sie der Wirtschaft erzählen, was sie zu leisten habe, wäre die Frage interessant, was die Wirtschaft vom Staat und von seiner Hochschulpolitik verlangen darf. Meine

festen Überzeugung ist, dass wir keine Hochschule brauchen, die sich nur an der Wirtschaft orientiert. Wir brauchen jedoch die Strukturen des Wettbewerbs in der Hochschullandschaft. Was setzen Sie dem entgegen? – Ihr Zauberwort heißt „Profilbildung“. Profilbildung heißt nach Herrn Kollegen Spaenle übersetzt, dass überlegt werden muss, welches Fach in welchem Maßstab an welchem Standort angeboten wird. Das soll der Maßstab Ihrer Hochschulpolitik sein.

Worum geht es in Wirklichkeit? – Ihnen geht es nicht mehr darum, konkurrierende Hochschulstandorte mit konkurrierenden Fächern zu haben, sondern Sie wollen eine staatlich veranlasste Eliminierung von Fächern und Studiengängen, die Sie nicht mehr für opportun halten. Darum geht es Ihnen.

(Beifall bei der SPD)

Hier geht es nicht mehr nur um die vermeintlichen „Orchideenfächer“. Sie haben überhaupt keine Hemmungen mehr, Streichungen bei den Geisteswissenschaften durchzusetzen. Die Universität Erlangen-Nürnberg – meine Universität – kürzt drastisch bei den Geisteswissenschaften, um ihre Exzellenz auf anderen Gebieten zu erhalten. Das passiert in einem Staat, den Sie, meine Damen und Herren von der CSU, immer wieder als Kulturstaat herausheben.

Ich kündige Ihnen an, was Sie in relativ kurzer Zeit auch in vielen anderen Bereichen Ihrer Politik erleben werden: Sie bedenken das Ende nicht. Wenn Sie den Wettbewerb auch in den Hochschulen nicht mehr zulassen, erhalten Sie das gleiche Ergebnis, das Sie erhielten, wenn Sie den Wettbewerb in der Wirtschaft nicht mehr zuließen. Ein Oligopol ist immer verkrustet und ein Monopol führt zu Marktversagen. Das ist eine alte Erkenntnis. Genau das wird an den Hochschulen eintreten, wenn Sie nicht mehr den guten Wettbewerb zwischen verschiedenen Standorten mit gleichen Fächern haben.

(Prof. Dr. Gerhard Waschler (CSU): Diesen Fehler macht nur die SPD!)

Aus der Sicht meiner Fakultät, der juristischen Fakultät der Universität Erlangen-Nürnberg möchte ich feststellen, dass wir damals, als juristische Lehrstühle in Bamberg entstanden sind, ein bisschen gelächelt haben. Heute weiß ich, was dort geleistet wird. Heute und in der Vergangenheit sind dort Leistungen erbracht worden, die an der großen stolzen Fakultät in Erlangen-Nürnberg nicht erreicht worden sind. Dies wird nicht mehr möglich sein, wenn diese Lehrstühle abgeschafft werden.

Wir hören häufig, was die Wirtschaft angeblich benötige. Wir hören zum Beispiel, dass die Wirtschaft junge Menschen benötigt, die schneller ans Ende ihres Studiums kommen, getreu dem Motto der Regierungserklärung „Schneller studieren – schnellere Rente“. Zunächst einmal brauchen wir qualifizierte Absolventen und vor allem mehr Absolventen. Das ist auch in der CSU mittlerweile anerkannt. In einer sich ständig wandelnden Welt brauchen wir die Fähigkeit, in Strukturen zu denken. Wir brauchen die Fähigkeit, vernetzt zu denken. Deshalb wäre es fatal,

wenn Sie das Studium auf eine Ausbildung herunterdeklinierten, die in einer Schmalspurvariante nur noch an einzelnen ausgewählten Standorten erfolgen soll.

Die WISO-Fakultät in Nürnberg hat den Studiengang „Wirtschaftsgeschichte“ abgeschafft. Das wird dazu führen, dass die Folgen einer übermäßigen fiskalischen Zurücknahme in Stagnationsjahren den jungen Menschen nicht mehr geläufig sein werden. Aus der Wirtschaftsgeschichte kann man sehr viel lernen. Auch Herr Prof. Dr. Falthausen hätte hier sehr viel lernen können.

Eines ist mir noch wichtig, nämlich die Rolle der Fachhochschulen. Die Rektorenkonferenz hat ausdrücklich davor gewarnt, diese Bemühungen zurückzunehmen. In den Fachhochschulen gibt es Regionalisierung und Vernetzung sowie eine anwendungsbezogene Forschung und Entwicklung. Wir sind felsenfest davon überzeugt, dass wir diesen Trend stärken müssen. Wir müssen die Fachhochschulen als Kooperationspartner für die Kommunen und als Faktoren der Wirtschaftsförderung erhalten.

Herr Kollege Nadler, ich möchte Ihnen ein Beispiel sagen: Ein Institut aus der Hightech-Offensive steht vor dem Aus, weil die Fachhochschule die Mittel für dessen weiteren Betrieb nicht mehr aufbringen kann. Sie haben gesagt, Sie wollten die Hochschulen durch Einbindung Privater und Clusterbildung fit machen. Diese Maßnahmen machen Sie jedoch kaputt, weil Sie den Fachhochschulen nicht die Mittel geben, diese Cluster mit einer sinnvollen und anwendungsbezogenen Forschung und Entwicklung zu ergänzen. Ihre Politik ist kontraproduktiv. Sie ist widersprüchlich. Sie setzen hohe Mittel ein, die Sie dann nicht mehr nutzen können. Ihre Politik ist unstrukturiert und wirtschaftsfeindlich, auch wenn Sie etwas anderes behaupten.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Der nächste Redner ist Herr Kollege Neumeyer.

Martin Neumeyer (CSU): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Kürzlich erhielt ich eine Einladung der Jusos – das ist die Jugendorganisation der SPD – zu einer Veranstaltung zum Thema „Studiengebühren“. Das Motto dieser Veranstaltung lautete: Was nichts kostet, ist nichts wert. Ich habe das umformuliert: Wer bezahlt, stellt Forderungen. Deshalb sage ich Ja zu Studiengebühren. Meine sehr verehrten Damen und Herren, die fetten Jahre sind vorbei. Zur Problemlösung brauchen wir neue Wege. Wir haben dazu drei Möglichkeiten. Die erste Möglichkeit wäre, die Ausgaben zu senken. Das tut der Freistaat Bayern mit seiner Konsolidierungsphase. Die zweite Möglichkeit wäre, die Einnahmen zu erhöhen. Die dritte Möglichkeit wäre, beides zu tun. Wir müssen die Ausgaben senken und die Einnahmen erhöhen.

Sie werfen dem Freistaat Bayern vor, in der Universitätsarbeit nicht gut zu sein. Dazu kann ich Ihnen nur sagen, dass innerhalb von zehn Jahren, von 1991 bis zum Jahr 2001, die Aufwendungen für Personal und Sachmittel an den Universitäten um 51 % gestiegen sind. Laut „Stern“

hat Bayern die höchsten Ausgaben von allen Bundesländern für die einzelnen Studenten. Das beweist eindeutig die bayerische Politik.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Studiengebühren sind als dritte Säule der Finanzierung der Universitäten notwendig.

Der erste Schritt wird sein, im Wintersemester 2005/2006 die Langzeitstudiengebühren einzuführen. 67 % der Bundesbürger sagen ja zu Studiengebühren. Das ist Fakt, genauso wie es Fakt ist – Herr Wägemann hat es gesagt – dass die Deutschen in Europa am längsten studieren.

Für Langzeitstudien gibt es sicher Ursachen, die von außen kommen. Die Übersichtlichkeit der Studiengänge ist nicht immer gewährleistet. Die Betreuung an den Universitäten ist nicht immer einwandfrei. Auch die Qualität der Lehre leidet darunter. Deswegen ist es aber notwendig, die Studiengänge wieder auf Vordermann zu bringen, und dazu brauchen wir Geld und Studiengebühren. Wir wollen die Autonomie der Hochschulen stärken, die Verantwortung der Hochschulen erweitern und den Wettbewerb innerhalb Deutschlands und auch international stärken.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist auch notwendig, die Selbstverantwortung der Studenten für ihr Hochschuldasein zu stärken. Es kann nicht sein, dass manche Langzeitstudenten ihr Schicksal in den Schoß der Alma Mater legen.

Ein zweiter Schritt wird sein, Studiengebühren generell einzuführen, aber nicht unter dem Vorwand, dass wir sie für die Konsolidierung der Haushalte bräuchten. Maxime der CSU ist es, die Studiengebühren nicht zur Konsolidierung der Haushalte zu verwenden, sondern sie voll bei den Hochschulen bleiben zu lassen. Das ist unser oberstes Prinzip.

Liebe Freunde von den GRÜNEN, die Gebührenfreiheit führt nicht automatisch zur Chancengleichheit. Das hat Herr Bütikofer gesagt. Ich gebe ihm in diesem Punkt wirklich Recht.

Wir sollten auch noch über die Höhe der Studiengebühren, ausgedrückt in Euro, reden. Vielleicht sind 700, 800, 900 oder gar 1 000 Euro gedacht. 1 000 Euro für ein Jahr sind 500 Euro pro Semester, 80 Euro pro Monat oder 20 Euro pro Woche. Was kostet ein Kindergartenplatz? Der kostet auch zwischen 70 und 90 Euro. Wie hoch ist die Handy-Rechnung mancher Studenten? Bewegt sich das nicht auch in diesem Bereich? Österreich hat die Studiengebühren 2001 eingeführt. Dort sind die Studentenzahlen zurückgegangen. Mittlerweile normalisiert sich die Entwicklung aber wieder. Auch dieses Argument ist damit hinfällig.

Der nächste Punkt ist die soziale Verträglichkeit. Natürlich steht für uns die soziale Verträglichkeit an erster Stelle. Hier sehe ich Australien als Vorbild. Dort werden nachlaufende Studiengebühren verlangt. Es gibt auch die Möglichkeit eines zinslosen oder zinsermäßigten Darlehens, welches elternunabhängig gewährt wird. Die Elternunab-

hängigkeit ist sehr wichtig, um die Chancengleichheit zu gewährleisten.

In Australien haben die Studiengebühren zu drei großen Effekten geführt. Die Studentenzahl ist um ein Drittel höher geworden. Das Hochschulangebot ist erweitert worden, und – das ist für mich der wichtigste Effekt – mehr Studenten aus sozial schwachen Familien haben ja zum Studium gesagt. De facto findet momentan ein Einkommensübergang von arm auf reich statt. Denn die meisten Studenten – das bitte ich auch die SPD anzuhören – kommen aus gut situierten Kreisen. Studiengebühren sollten für alle unter der Maxime eingeführt werden, dass man ein zinsloses oder ein Darlehen zu geringen Zinsen erhalten kann.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Ohne Herrn Minister Goppel vorzugreifen, letzter Redner ist Herr Kollege Weidenbusch.

Ernst Weidenbusch (CSU): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte die Wortmeldung der Kollegin Rupp aufgreifen. Sie hat uns vorgeworfen, wir würden erst Kürzungen vornehmen und dann die Universitäten auffordern, umzubauen. Sie haben dafür das Beispiel gewählt, wir würden erst Möbel kaufen, dann die Wände streichen, den Boden legen und zum Schluss feststellen, dass die Fenster nicht passen. Sie würden es andersherum machen.

(Christa Naaß (SPD): Das ist ein guter Vergleich!)

Das ist genau das Problem, das Sie uns in Deutschland eingebrockt haben. Sie wollen es andersherum machen. Sie gehen auf eine Zeitungsannonce hin in die Wohnung, schauen sich die Wohnung an, unterschreiben den Mietvertrag und stellen dann fest, dass Sie kein Geld haben. Bei Ihnen stellt sich die Frage nach Möbeln und nach Fenstern gar nicht. Bei Ihnen stellen sich alle diese Fragen nicht. Ihre Hochschulpolitik macht die Bundesregierung in Berlin. Sie geht einkaufen, lädt ihren Einkaufswagen voll und kurz vor der Kasse stellt sie fest, dass sie kein Geld hat. Was macht sie dann? Sie macht das, was sie seit fünf Jahren macht: Sie schaut, aus wessen Tasche sie sich das Geld besorgen kann.

(Beifall bei der CSU)

Der Kollege Rabenstein geht dann an das Mikrofon und nennt dieses Vorgehen sozial. Das ist die hundertjährige soziale Geschichte der SPD. Sie schaut sich an der Kasse um, wem sie in die Tasche langen kann.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Da war der Waigel aber auch nicht besser, das muss ich schon sagen!)

– Wie schön, dass Sie sich an den Kollegen Waigel erinnern. Vielleicht erinnern Sie auch einmal den Kollegen Eichel an den Kollegen Waigel. Dann würde es uns allen besser gehen.

(Beifall bei der CSU – Hans Joachim Werner (SPD): Der Waigel hat uns doch das ganze Schlammassel eingebrockt! – Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Jetzt sind Sie aus ihrem politischen Koma aufgewacht!)

Jedenfalls komme ich darauf zurück, wie Sie unsere Politik charakterisiert haben. Sie haben vollkommen Recht, wir machen als erstes einen Kassensturz. Wir stellen fest, wie viel Geld wir denn haben. Dann machen wir eine Prioritätenliste. Auf die schreiben wir, was notwendig ist und was wir wirklich brauchen. Dann gehen wir einkaufen und kaufen die Dinge, die wir brauchen, in sehr guter Qualität. Das ist verantwortungsbewusster Umgang mit unserer jungen Generation. Nur das führt dazu, dass die Jugend etwas davon hat und nicht in einer leeren Wohnung und ohne Strom und ohne Licht stehen muss. Bei Ihnen gäbe es gar kein warmes Wasser, es gäbe nicht einmal kaltes Wasser zum Zähneputzen, geschweige denn zum Duschen.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Glaubst du den Schmarrn wirklich?)

– So ist das. Diese Auffassung teilen 60 Millionen Menschen in Deutschland zusammen mit mir. Selbst auf Ihren Kongressen gibt es nur mehr ganz wenige, die Ihre Auffassung noch teilen. Herr Rabenstein hat gesagt: „Es ist in unserer Fraktion überwiegend die Meinung ...“

(Ulrike Gote (GRÜNE): Die haben wenigstens noch eine Meinung!)

Es ist ja schon ein positives Zeichen, dass es in der SPD-Fraktion mittlerweile offenbar einen fortschreitenden Einsichtsprozess gibt. Dazu kann ich nur sagen, ich halte denen, die schon jetzt anderer Meinung sind, wirklich intensiv die Daumen, damit sie sich durchsetzen können und damit auch Sie zur besseren Einsicht kommen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Herr Minister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Thomas Goppel (Wissenschaftsministerium): Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Die beiden Redebeiträge des Kollegen Spaenle und des Kollegen Weidenbusch umschlossen gut eine Stunde, in der deutlich gemacht worden ist, worum es uns geht. Niemand hat Anlass, daran etwas zu deuteln. Wir sind aufgerufen, bis zum Jahr 2015 für die – zumindest nach heutigem Maß – letzte starke Kohorte junger Leute die Ausbildungsbedingungen so zu perfektionieren und zu verbessern, dass die jungen Leute im internationalen Wettbewerb bestehen können. Die Zahlen sind heute bereits gerühmt worden; wir wollen den Export aus Deutschland vermehren und wettbewerbsfähig bleiben. Dazu brauchen wir die bestmöglichen Ausbildungsstätten. Dazu müssen wir Eliten fördern. Dies wurde zwar von der Union erfunden und von der FDP mitgetragen. Inzwischen erfährt diese Idee aber auch vom Kanzler und von Berlin aus Unterstützung. Nur bei unserer Opposition hat sich noch nicht herumgesprochen, dass die Elitenförderung

ein wichtiger Begriff der Bildungspolitik der nächsten Jahre sein muss.

Mit dem Bild, das Kollege Weidenbusch am Ende aufgezeigt hat, wurde ganz deutlich beschrieben, wo die Unterschiede zwischen Ihren und unseren Ansätzen liegen. Lassen Sie mich versuchen, das Bild vom Motor noch einmal aufzugreifen, der auch in der Überschrift dieser aktuellen Stunde genannt ist. Es handelt sich um einen 12-Zylinder-Motor. Ich will Ihnen die einzelnen Punkte – „Zylinder“ – noch einmal aufzählen, damit Ihnen bewusst wird, welche Akzente gesetzt werden müssen und wo Sie in bestimmten Teilen mit uns argumentieren oder wo Sie einfach danebenliegen.

Es steht fest, dass bis zum Herbst 2003 in allen deutschen Ländern, an allen deutschen Universitäten und an allen Einrichtungen der Bildungspolitik bestätigt wurde, dass Bayern und Baden-Württemberg die einzigen beiden Länder sind, in denen Wissenschaftspolitik nach neuesten Erkenntnissen gemacht wurde. Das war unbestritten, vor allem war es bei den Professoren, die Ihnen näher stehen, genauso unbestritten wie bei uns. Wir hatten eine Zeit der Verunsicherung, die wir nicht zuletzt dem Sparanspruch des Finanzministers verdanken. Der Finanzminister bekommt aber inzwischen von den Universitätspräsidenten und Fachhochschulrektoren ohne Wenn und Aber einmütig zu hören, dass diese Anforderung gut war, weil sonst in der Hochschule bis heute niemand mit sich reden ließe.

Frau Rupp, Sie haben vorhin die Einsparliste der Ludwig-Maximilians-Universität zitiert. Diese Liste ist keine Einsparliste, sondern sie legt die Überlegungen offen, die die 150 verschiedenen Studienrichtungen wie Physik, Chemie, Medizin, Jura und alle möglichen anderen Bereiche gemeinsam angestellt haben. Sie haben hinterfragt, ob die Studierenden bei jedem davon so gut aufgehoben sind. Wir wissen, dass auch diese Themenfelder unbestritten Spitzenfunktionen haben. Einzelne Lehrstühle können wir mit Ihnen gemeinsam stundenlang aufzählen. Die Hochschule hat sich bei ihrer Auflistung aber auf das zu beschränken, was berichtsfähig erscheint.

Dazu ist es notwendig – zurück zum Motor, erster Zylinder –, den Wandel einzuleiten. Wir wünschen uns, dass dieser Wandel von der Hochschule in ihrer Gesamtheit eingeleitet und nicht von München aus verordnet wird. Herr Vogel, Sie haben fünf Minuten lang davon geredet, wie sehr Sie vermissen, dass das Ministerium nicht vorgibt, was die Universitäten tun sollen. Was soll der Unfug? Es war eindeutig; lesen Sie in Ihrem Text nach. Ich habe von oben ganz aufmerksam zugehört. Ich habe mir sogar verbeten, dass mich jemand zum gleichen Thema anspricht, weil ich hören wollte, wo Sie Alternativen aufzeigen. Sie haben gesagt: In ein paar Monaten kommen wir damit. Heute war keine Alternative dabei.

Der zweite Zylinder sind Profilbildung und Konzentration. Das sind Begriffe, die vom Kanzler stammen, jedenfalls von ihm übernommen worden sind wie so vieles andere auch. Er sagt: „Wir brauchen Hochschulen mit einem Profil, das sich international bewährt“. Wenn Sie ihm nicht zuhören, dann kann ich Sie nicht daran hindern. Aber ich will Ihnen ausdrücklich sagen, in diesem Punkt liegt er

ausnahmsweise einmal richtig; in allem anderen bestreite ich das sehr wohl. Aber hier? Er sagt: Das übernehme ich, weil das echte Profil kennt nur Gerhard Schröder.

Eindeutig sagen uns alle aus dem wissenschaftlichen Spektrum, dass das, was wir vorgedacht haben – damit bin ich schon beim dritten Zylinder der Elitenbildung – seit dem letzten Sommer Maßgabe und Blaupause für alle anderen in Deutschland ist, die sich jetzt über das gleiche Thema Gedanken machen. In den nächsten Monaten kann man sicherlich noch manches dazu bringen oder verbessern. Ich habe überhaupt kein Problem damit, uns da korrekturfähig zu zeigen.

Der vierte Zylinder sind die Studienbeiträge, zu denen die Präsidenten der bayerischen Universitäten und die Rektoren der Fachhochschulen unisono bestätigen, dass sie ein Anteil sind, auf den sie beim Umbau nicht verzichten wollen. – Peanuts? 50 Millionen Euro für die Universitäten im Laufe eines Jahres. Das sind die Studienbeiträge in der Größenordnung, über die wir reden – 50 Millionen Euro zu haben oder nicht zu haben –, sind ein Betrag – –

(Zuruf der Frau Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

– Verehrte gnädige Frau, das Zuhören ist Ihre Stärke nicht. Es sind aber ein paar wichtige Daten dabei.

(Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Das Reden ist Ihre Stärke nicht!)

– Herr Dürr, das Reden bei Ihnen auch nicht. Wenn ich anfangen, das zu qualifizieren, dann hören wir besser gleich auf.

Wenn wir schlicht und einfach an dieses Datum herangehen, dann werden Sie feststellen, dass das mehr ist als das, was wir eingespart haben. Wenn Sie beim Finanzminister abfragen, was wir in der Gegenrechnung beim Resteeinzug und bei den anderen Positionen eingespart haben, dann liegen die Studienbeiträge als Einnahmen für die Unis höher. Sie sind also wirklich ein Geldzuwachs für unsere Hochschulen. Und es geht nur um den Aufwuchs der Drittmittel in der Lehre. Geld, womit die Hochschule entscheiden kann, wo und wie sie Studierende im Studium entlastet. Dies ist von Anfang an zu Papier gegeben. Deshalb ist die Mehrheit der Studierenden selbst dafür. Denn sie will mehr gestalten und den Professoren sagen können, wo es im Studium langgeht. Die Professoren, die tüchtig sind, sind froh, dass sie durch die Einwerbung von Studierenden, die bei ihnen Studiengebühren abliefern, dazu beitragen, dass ihr Fach den Stellenwert hat, bei dem hinterher niemand darüber diskutiert, ob es abgeschafft oder an eine andere Universität abgegeben wird.

Der fünfte Zylinder ist das Mehr an Autonomie. Darüber würden wir gerne mit Ihnen diskutieren. Wenn wir aber über Autonomie reden, dann gehen die Meinungen weit auseinander. Sie wollen einen gesellschaftlichen Diskussionsort; ich will eine selbstständige Universität. Ich brauche keinen politischen Verschnitt aus normalen politischen Veranstaltungen. Ich brauche einen Ort, an dem Professoren und Studierende, Junge und Alte, gemeinsam ausdis-

kutieren, wie Zukunftsentwicklung aussieht. Ich brauche ein modernes bayerisches Hochschulgesetz. Dazu brauche ich erst einmal Rot-Grün in Berlin, um das Hochschulrahmengesetz abzuschaffen. Modern und offen kann ich für Bayern werden, wenn Berlin auf seine ständigen Einspruchs- und Dirigierungsrechte verzichtet. Ich schaffe es auch erst dann, wenn es uns gelingt, dafür zu sorgen, dass nicht von Berlin aus gesagt wird, wie ich mein Personal einsetze. Sie sind es doch, die uns die Juniorprofessoren aufdiktieren. Das war doch Frau Bulmahn. Wir haben ein gutes Berufsrecht an unseren Hochschulen. Das kann man fortentwickeln. Aber auf die Frage nach der Habilitation, sie einfach abzuschaffen, ist ganz typisch für Sie. Alles, was nicht von Ihnen kommt, ist nicht akzeptabel. Wir brauchen eine breite Diskussion über dieses Thema. Deswegen klagen wir in Karlsruhe, und bleiben dabei. Wir wollen die größere Breite für Hochschulbeschäftigung.

Wir haben die eigene Studentenauswahl für die Unis oben auf dem Reparaturzettel stehen. Was wir auch da gemeinsam machen wollen, passt wieder nicht in Ihr Konzept. Sie lassen lieber jeden in die Hochschulen hinein und beklagen sich dann hinterher, dass die Hochschule die Probleme schon mengenmäßig nicht packt. Wir wollen die ZVS abschaffen, wir wollen eine ordentliche Mitarbeiterschaft insgesamt an unseren Hochschulen mit Bleibe- und Aufstiegschancen, und wir wollen mehr Forschungsmittel. Was haben Sie denn gemacht? Sie haben für Berlin angekündigt, dass Sie Forschungsgelder auf 3 % anheben. Gleichzeitig streichen Sie die Drittmittel für Forschung im Bereich des eigenen Ressorts. Sie streichen den Forschungszentren wie MPG und anderen die Möglichkeit zum Zugriff. Sie kürzen die HBFM-Mittel, damit die Länder eine schlechte Ausgangsbasis haben, wenn sie demnächst allein verantwortlich werden. Sie geben den Ländern, die vorfinanzieren, das vorverauslagte Geld nicht heraus. Wir hätten in diesem Jahr für Bayern nichts kürzen müssen, wenn Sie uns die Mittel für den FRM und anderes, was wir vorgeschossen haben, ausbezahlt hätten. Das ist doch alles Ihre Misserfolgsbilanz.

(Beifall bei der CSU)

Wenn Sie für Berlin einmal auflisten würden, was Sie uns in Bayern schulden, dann wären Sie ganz schnell ganz klein.

Sie wollen mehr Frauenförderung? Sagen Sie das Frau Bulmahn. Wer hat denn die HWP-Mittel gekürzt und damit die Besetzung von frauenbezogenen Lehrstühlen ausdrücklich gestrichen?

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Sie wollen zuverlässige HBFM-Mittel. Die bekommen Sie nicht, wenn Sie in Berlin ständig nur streichen. Sie wollen eine ordentliche Mittelrückzahlung in diesem Bereich an Bayern gar nicht erst anmahnen.

Lassen Sie mich zum Ende kommen; es reicht auch. Sie haben heute Nachmittag nichts angeboten, nicht gesagt, was Sie tun wollen. Ich habe nicht das Geringste ent-

deckt, von dem man sagen könnte, das entwickelt bayerische Hochschulen weiter.

(Zuruf der Frau Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Was ich Ihnen vorgetragen habe, ist einvernehmliche Äußerung der elf bayerischen Universitätspräsidenten beim Ministerpräsidenten in der letzten Woche unter der Prämisse: Wir haben nach den drei Monaten gemeinsamer Unruhe über das, was über uns hereinbrechen könnte, festgestellt, dass uns diese Bayerische Staatsregierung zuverlässig mit dem Landtag im Rücken die nächsten Jahre begleitet.

Manfred Ach und der Haushaltsausschuss haben den Resteeinzug mit Zustimmung des Finanzministers gestoppt und damit die Mittel ergänzend verfügbar gemacht. Alles, was Sie behaupten, stimmt letztlich schon deshalb nicht mehr.

Deswegen war es heute wichtig, Sie daran zu erinnern, dass Sie Ihre Hausaufgaben in Berlin machen sollten. Sie sollten nachlesen, wie der Stand der Universitäten in Bayern tatsächlich ist. Dann formulieren wir gern gemeinsam die neuen, die echten Ziele und wirken daraus ein neues Konzept. Frau Kollegin Gote, Sie sind dann gefordert, die Gerbera nicht nur unter dem Gesichtspunkt der Kompostierung zu betrachten, sondern auch der Aussaat und der Ernte, und dazwischen die Blüte zu registrieren. Erst dann kommt die Form ihrer Aufarbeitung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wenn Ihnen das rechtzeitig einfiel, dann wären Sie bei manchen aktuellen Fragen beweglicher. – Herr Dr. Dürr, wenn Sie schweigen würden, dann wäre das Parlament entlastet.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Damit ist die Aktuelle Stunde beendet. Ich bitte, die Gespräche bei der Besuchertribüne einzustellen.

Ich rufe jetzt auf:

Tagesordnungspunkt 2

Wahl des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs

Nach Artikel 80 Absatz 2 Satz 1 der Verfassung des Freistaates Bayern wählt der Landtag auf Vorschlag der Staatsregierung den Präsidenten des Rechnungshofs.

Mit Schreiben vom 28. April 2004 hat der Ministerpräsident mitgeteilt, dass der Präsident des Obersten Rechnungshofs, Herr Alfons Metzger, mit Ablauf des Monats Juni dieses Jahres in den Ruhestand tritt und die Staatsregierung beschlossen hat, als dessen Nachfolger den derzeitigen Amtschef des Staatsministeriums für Umwelt,

Gesundheit und Verbraucherschutz, Herrn Ministerialdirektor Dr. Heinz Fischer-Heidlberger, dem Landtag für die Wahl zum Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofes vorzuschlagen.

Gibt es dazu Wortmeldungen? – Frau Gote hat sich zu Wort gemeldet. Bitte, Frau Gote, Sie haben das Wort.

Ulrike Gote (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Wir nehmen das Amt des Rechnungshofspräsidenten sehr ernst. Der Rechnungshof hilft uns bei unserer Arbeit, bei einer unserer wichtigsten Aufgaben, nämlich der Kontrolle der Staatsregierung. Das ist auch eine unserer vornehmsten Aufgaben. Wir halten es deshalb für besonders wichtig, dass der Präsident des Obersten Rechnungshofs unabhängig ist, dass der Rechnungshof unabhängig ist. Wir üben daher Kritik an diesem Wahlverfahren. Wir haben diese Kritik auch schon 1999 angemeldet, und wir bleiben dabei.

(Prof. Dr. Hans Gerhard Stockinger (CSU): Ihnen fällt auch nichts Neues ein!)

Die Kritik bezieht sich auf das Verfahren, und sie bezieht sich auf den politischen Stil.

(Dr. Ludwig Spaenle (CSU): Mehr als Zweidrittelmehrheit geht nicht! – Christine Stahl (GRÜNE): Ach, Herr Spaenle!)

– Herr Spaenle, das kommt schon noch.

Zum Ersten: Die Auswahl erfolgt allein durch die Staatsregierung. Das könnte man sich durchaus auch anders vorstellen.

Es gibt eine Bestätigung durch den Landtag mit einfacher Mehrheit. Ich sage hier: nur mit einfacher Mehrheit. Wie ernst es uns mit dieser Kritik ist, Herr Dr. Spaenle, mögen Sie daran ersehen, dass wir an der demokratisch begründeten Überzeugung festhalten, dass diese Mehrheit auch unter den derzeitigen Mehrheitsverhältnissen für ein so wichtiges Wahlamt nicht ausreicht. Im Übrigen weise ich darauf hin, dass der Präsident des Rechnungshofs für 12 Jahre gewählt wird. Ich gehe mit Sicherheit nicht davon aus, dass wir über diesen langen Zeitraum diese Mehrheitsverhältnisse haben werden.

In anderen Ländern ist es übrigens durchaus üblich – und das ist ein Ausdruck dessen, dass der Rechnungshof von der Regierung unabhängig ist –. dass die Berufung nicht durch den Ministerpräsidenten erfolgt, sondern durch den Landtagspräsidenten. Auch das ist durchaus ein Weg, über den wir hier nachdenken sollten.

Zum politischen Stil: Ich betone ausdrücklich, dass es gegenüber der letzten Wahl Verbesserungen gegeben hat. Beim letzten Mal haben wir aus der Presse erfahren, wen die Staatsregierung ausgewählt hat; diesmal war das anders. Ich begrüße ausdrücklich – und ich habe mich gefreut, dass es möglich war –. dass der Kandidat sich heute in den Fraktionen vorgestellt hat, so auch in unserer

Fraktion. Ich danke ihm für diese Vorstellung und das Gespräch.

Der politische Stil könnte aber noch besser werden; denn Sie wissen alle, wir mussten diesen Termin sehr kurzfristig anberaumen und vereinbaren. Insofern blieb uns nicht viel Zeit, uns mit der Person des künftigen Präsidenten des Obersten Rechnungshofs zu beschäftigen. Ich möchte hier aber ganz klar sagen, unsere Kritik und unser Abstimmungsverhalten entzündeten sich nicht an der Person des Kandidaten selbst. Ich denke, ich habe deutlich ausgeführt, dass es uns hier um Verfahrensfragen geht. Wir sehen es eher so, dass wir durch unsere Kritik das Amt und die Persönlichkeit des Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs stärken können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden uns daher in der Abstimmung der Stimme enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Als Nächste hat sich Frau Kollegin Werner-Muggendorfer zu Wort gemeldet.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Ich möchte für die SPD-Fraktion ebenfalls eine Erklärung zur Abstimmung abgeben und gleich zu Beginn ganz klar sagen, dass das keine Kritik an der Person des Kandidaten ist.

(Zurufe von der CSU)

– Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CSU, genau das, was Sie jetzt tun, ist das, wovon wir gewarnt haben. Sie ziehen sich auf die Zweidrittelmehrheit zurück.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Wir haben hinsichtlich des Verfahrens, wie dieser Kandidat benannt wurde, sehr wohl Bedenken. Bedanken möchten wir uns bei Herrn Dr. Fischer-Heidlberger, dass er sich bei uns vorgestellt hat. Das ist neu, und das ist auch gut so. Wir haben sein Angebot gern angenommen und uns mit ihm auseinander gesetzt. Logischerweise haben wir dabei auch erfahren, dass er bisher sehr regierungsnah gearbeitet hat, aber wir haben den Eindruck gewonnen, dass bei ihm eine Entwicklung zur Eigenständigkeit besteht.

(Lachen bei der CSU)

Das macht uns sehr froh, weil es wichtig ist, dass der ORH-Präsident eigenständig ist. Wir hoffen natürlich auf eine gute Zusammenarbeit mit ihm.

Trotzdem muss über das Prozedere gesprochen werden. Dabei geht es nicht um eine Mehrheitsfrage. Ich sage es gleich vorweg: Wir werden Herrn Dr. Fischer-Heidlberger wählen. Das ist keine Mehrheitsfrage, sondern das ist eine Stilfrage, die wir hier im Parlament ansprechen müssen,

weil die Entscheidung für Herrn Dr. Fischer-Heidlberger völlig an den Fraktionen vorbei getroffen worden ist, was uns schon ein wenig aufstößt.

Ich habe mir sagen lassen – Sie haben es vorhin schon gehört – dass die Angelegenheit in anderen Bundesländern ganz anders gehandhabt wird und es dort wohl üblich ist, zuerst mit den Fraktionen zu sprechen. Das ist eine Frage der Höflichkeit und eine Frage des Stils, wie man damit umgeht.

(Beifall bei der SPD)

Wenn man miteinander arbeiten will, dann kann man das durch solche Gesten zeigen. Das ist eine Frage dessen, was sich gehört und was sich nicht gehört. Ich denke auch, dass die Staatsregierung das leisten kann. Wir von der SPD glauben, dass es für die Legitimation des ORH-Präsidenten und für die Reputation des Amtes gut wäre, wenn sich alle einig sind und wenn eine große Mehrheit in diesem Hause bzw. möglichst alle Fraktionen den Kandidaten mittragen. Es kann nur im Interesse aller sein, wenn das geschieht.

Ich habe schon gesagt, wir wollen den Kandidaten mittragen, aber ich finde es nicht richtig, wenn der Name des Präsidenten des Obersten Rechnungshofes der Öffentlichkeit bekannt gegeben wird ohne den Vorbehalt der Entscheidung des Landtags. Gewählt wird immer noch in diesem Hause, und das wollen wir nun tun.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Das Wort hat Herr Kollege Dr. Bernhard.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Von den beiden Vorrednern ist bereits festgestellt worden, dass der Stil stark verbessert worden ist. Man muss aber auch sehen, dass es der Staatsregierung zusteht, einen Kandidaten vorzuschlagen. Dieser hat sich bei Ihnen vorgestellt. Ich glaube, das ist ein guter Stil.

Die Zweidrittelmehrheit ist ein Thema, das Sie schon 1999 problematisiert haben und das auch in den Verfassungsverhandlungen eine Rolle gespielt hat. Wir sind damals zu dem Ergebnis gekommen, dass eine Zweidrittelmehrheit konstitutionell – es ist klar, dass wir die Zweidrittelmehrheit heute aufbringen – nicht notwendig ist, und zwar deshalb nicht, weil der Präsident des Obersten Rechnungshofs und der Oberste Rechnungshof richterliche Unabhängigkeit genießen. Ich glaube, wenn man sich die Präsidenten ansieht, die den Obersten Rechnungshof bisher repräsentiert haben, wird man von keinem sagen können, er hätte die Unabhängigkeit nicht voll gewahrt. Im Gegenteil: Wir haben eher die Entwicklung zu beobachten, dass der Rechnungshof seine Kompetenzen ausweitet, und zwar ohne Rücksicht auf die Staatsregierung.

(Zuruf von der SPD)

– Das ist so. Wir haben anhand verschiedener Fälle darüber diskutiert, ob der Oberste Rechnungshof nicht in Be-

reiche vorstößt, die der politischen Entscheidung vorbehalten sind.

Also: Wir hatten in der Vergangenheit immer eine völlig unparteiische Amtsführung. Wir sind uns darüber auch im Haushaltsausschuss immer einig, wenn wir die Berichte des Rechnungshofs besprechen. Da hat es nie die Frage gegeben, ob der Rechnungshof etwa Rücksicht auf die Staatsregierung nähme oder etwas mit Rücksicht auf die Staatsregierung nicht aufgreifen würde. Er greift alles auf, und wir setzen uns damit auseinander. Ich glaube – und auch Sie haben das hervorgehoben – er ist ein Organ, das uns bei unseren parlamentarischen Entscheidungen in der Vergangenheit hervorragend geholfen hat, und er ist auch ein Organ, das eine große Wirkung erzeugt, weil wir das, was der Rechnungshof kritisiert, im Einzelnen abarbeiten und in aller Regel beseitigen, was manchmal in der Öffentlichkeit nicht gesehen wird.

Insofern sehen wir für eine Veränderung überhaupt keinen Anlass. Es ist bedauerlich, wenn Sie nun ankündigen, dass Sie den Kandidaten nicht wählen, der im Übrigen – auch wenn wir hier keine Personaldiskussion führen wollen – eine hervorragende Verwaltungserfahrung hat und Ihnen seit vielen Jahren bekannt ist. Es ist nicht so, dass es sich um einen Kandidaten handelt, der aus dem Hut gezaubert worden wäre.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Prof. Dr. Peter Paul Gantzer: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Wir kommen damit zur Wahl, die gemäß § 42 Absatz 1 Nummer 2 der Geschäftsordnung in geheimer Form stattfindet.

An Ihrem Platz finden Sie einen weißen Stimmzettel vor, auf dem der vorgeschlagene Kandidat genannt ist. Außerdem enthält Ihre Stimmkartentasche eine gelbe Namenskarte, die für die Wahl zu verwenden ist. Die Urnen für die Namenskarten und für die Stimmzettel befinden sich auf beiden Seiten des Sitzungssaals im Bereich der Eingangstüren und auf dem Stenografentisch. Ich bitte, sowohl die Namenskarte als auch den Stimmzettel nicht selbst in die Urnen einzuwerfen, sondern diese den hierfür bereitstehenden Schriftführern und Mitarbeitern des Landtagsamts auszuhändigen. Nur so kann der ordnungsgemäße Ablauf des Wahlvorgangs sichergestellt werden.

Wir beginnen jetzt mit der Wahl. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Geheime Wahl gemäß § 42 Abs. 1 Nr. 2 GschO)

Die Wahl ist beendet. Ich unterbreche die Sitzung bis zur Feststellung des Wahlergebnisses.

(Unterbrechung von 16.50 Uhr bis 16.55 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir nehmen die Sitzung wieder auf. Ich möchte das Wahlergebnis bekannt geben. An der Wahl haben sich 161 Abgeordnete beteiligt. Es gab

keine ungültigen Stimmen. Von den 161 Stimmen entfielen auf Herrn Dr. Heinz Fischer-Heidberger 139 Ja-Stimmen, mit Nein stimmten 5 Abgeordnete, der Stimme enthalten haben sich 17 Abgeordnete.

(Allgemeiner Beifall)

Damit hat der Bayerische Landtag Herrn Dr. Fischer-Heidberger zum Präsidenten des Bayerischen Obersten Rechnungshofs gewählt. Herr Dr. Fischer-Heidberger, ich gratuliere Ihnen in Namen des gesamten Landtags herzlich zu Ihrer Wahl und wünsche Ihnen für Ihr neues Amt, das sie demnächst antreten werden, alles Gute. Seien Sie streng

(Susann Biedefeld (SPD): Und gerecht!)

aber gerecht, unabhängig und unparteiisch, also eine Art Mischung zwischen Notar und Staatskommissar. Ich wünsche Ihnen in der Tradition Ihrer Vorgänger Erfolg und die notwendige Fortune, die Sie für dieses Amt brauchen werden.

(Allgemeiner Beifall)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 3

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Modernisierung der Verwaltung (Verwaltungsmodernisierungsgesetz-VerwModG) (Drucksache 15/882) – Erste Lesung –

hierzu:

Antrag der Abgeordneten Heidi Lück und anderer (SPD)

Verwaltungsreform effizient und bürgernah hier: Staatliche Ernährungsberatung (Drucksache 15/301)

Der Gesetzentwurf wird vom Vertreter der Staatsregierung begründet. Das Wort hat Herr Staatsminister Huber.

Staatsminister Erwin Huber (Staatskanzlei): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Staatsregierung hat in dieser Legislaturperiode eine umfangreiche Reformarbeit gestartet. Ich danke der Mehrheitsfraktion im Bayerischen Landtag für den Beschluss zum Sparen im Haushalt. Es zeigt sich schon heute, wie richtig es war, diese Sparbeschlüsse im Januar und Februar zu treffen. Damit ist für den Haushalt 2004 gut vorgesorgt, während in Berlin in diesem Zusammenhang ein großes Durcheinander herrscht. Es zeigt sich damit nach kurzer Zeit, wie richtig es war, diese schwierigen Beschlüsse zu fassen.

Auch im Schulbereich sind wichtige Reformmaßnahmen vorangebracht worden, die sich zurzeit in der Beratung des Parlaments befinden.

Der dritte wesentliche Teil der Reformarbeit bezieht sich auf die Verwaltungsreform, und hier liegt in einem Teilbereich heute ein Gesetzentwurf auf dem Tisch, den ich kurz begründen möchte. Er umfasst zwei Einzelaspekte, nämlich zum einen die Abschaffung der staatlichen Ernährungsberatung und zum anderen die mögliche Privatisierung der Beschlussverwaltung.

(Susann Biedefeld (SPD): Sehr mager!)

Dahinter steckt folgende Überlegung. In einer Zeit, in der die Staatsquote 48 % beträgt und in Bayern eine Personalquote von 43 % im Haushalt zu verzeichnen ist, ist es notwendig, die gesamte Tätigkeit des Staates auf den Prüfstand zu stellen. Es ist zunächst zu prüfen, ob der Staat alle Aufgaben, die er im Laufe der Zeit übernommen hat, auch in schwieriger Lage wahrnehmen muss. Und wenn man eine staatliche Aufgabe bejaht, wird sich die Frage anschließen, wie man möglichst effizient und Kosten sparend diese Aufgabe umsetzen kann. Dazu gehören Deregulierung und die Reform der Organisation.

Mit dem Gesetzentwurf versuchen wir, zwei Staatsaufgaben in der jetzigen Form zurückzunehmen. Wir wollen die Ernährungsberatung abschaffen, allerdings nicht deshalb, weil wir das Thema nicht für wichtig hielten, sondern weil wir uns fragen, ob diese Beratung notwendigerweise eine Staatsaufgabe sein muss oder ob sie nicht auch in anderer Form erbracht werden kann. Darüber hinaus ist zu fragen, ob in der jetzigen schwierigen Zeit in der Tat alles, was wünschenswert ist, auch finanziert werden kann. Wenn die Opposition, wie ich dem Antrag entnommen habe, feststellt, dass es vorteilhaft wäre, auch in Zukunft eine staatliche Ernährungsberatung zu haben, will ich nicht widersprechen. Ich sage nur, dass das nach unserer Auffassung nicht zu den zwingend notwendigen Staatsaufgaben zählt. Das ist der Grund, warum wir bei der Untersuchung zwischen Notwendigem und Wünschenswertem zu unterscheiden haben. Das Wünschenswerte ist nicht mehr finanzierbar, und deshalb wird diese bisherige Staatsaufgabe abgeschafft.

Die Ernährungsberatung fällt allerdings nicht ersatzlos weg. Denn natürlich ist, wie Sie zu Recht in Ihrem Antrag schreiben, die Frage einer vernünftigen Ernährung etwas, was mit Prävention im Gesundheitsbereich zu tun hat. Aber diese Prävention ist die Aufgabe vieler Verantwortungsträger. Zunächst einmal ist jeder für sein eigenes Essverhalten und seine eigene Ernährung verantwortlich. Dabei helfen einem Ratgeber wie beispielsweise die Krankenkassen oder die Verbände. Wenn man sich die Fülle der Vorschläge für eine gesunde Ernährung ansieht, die es heute gibt, dann kann man feststellen, dass es nicht an entsprechenden Ratschlägen fehlt, die man befolgen könnte. Nach unserer Meinung wird diese bisherige Staatsaufgabe also in Zukunft genauso gut von den Verbänden, den Krankenkassen oder sonstigen Beratungsstellen übernommen werden können, ohne dass es eines staatlichen Einsatzes bedarf. Damit haben wir ein Einsparpotenzial. Dieses Einsparpotenzial beträgt bei bisher 184 Stellen in der Ernährungsberatung rund 106 Stellen. Da wir niemandem kündigen und niemand seinen Arbeitsplatz verliert, aber jeder im öffentlichen Dienst durchaus auch damit rechnen muss, an anderer Stelle eingesetzt zu werden, wird dieses Einsparpotenzial erst nach einiger

Zeit mit zunehmender Rate erfüllt werden. Im Endeffekt werden nach den Löhnen von heute dann 7,2 Millionen Euro im Jahr eingespart werden können.

(Christa Naaß (SPD): Bis wann?)

Angesichts schwieriger Verhältnisse ist das ein namhafter Betrag. Deshalb bitte ich das Hohe Haus, diesem Gesetzentwurf zuzustimmen, um dieses Einsparpotenzial zu ermöglichen.

(Christa Naaß (SPD): Bis wann?)

Da wir nicht alle Stellen einsparen, sondern nur 106 von diesen 184, bleiben 78 Stellen erhalten. Sie werden dort eingesetzt, wo die SPD in ihrem Antrag einen Schwerpunkt setzt, nämlich im Schulbereich, und zwar in den landwirtschaftlichen Schulen und den Fachschulen. Insgesamt erfolgt damit von den Expertinnen, die wir dort in erster Linie beschäftigen, auch in Zukunft eine Lehrtätigkeit. Damit erhalten wir einerseits im Bereich der Schule und andererseits im Gesundheitsministerium und im Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit auch in Zukunft ein starkes Kompetenzteam aufrecht, das im Bereich der Gesetzgebung, aber auch im Bereich der Veröffentlichungen einen weiterhin wichtigen Beitrag leisten wird.

Der zweite Teil des Gesetzentwurfs bezieht sich auf die Privatisierung der Beschlussverwaltung. Wir sind der Meinung: Auch das ist keine notwendige Staatsaufgabe, sondern sie könnte – diese Ermächtigung sehen wir vor – einem Privaten übertragen werden. Wir erbitten hier vom Parlament einen Handlungsspielraum.

Meine Damen und Herren, ich weiß, dass dieser Gesetzentwurf nur einen relativ schmalen Teil der Verwaltungsreform erfasst. Die Beschlüsse dazu sind im Dezember und Januar gefasst worden. Wegen der Verbandsanhörungen wird das erst jetzt in Gesetzesform gegossen. Sie müssen wissen, dass wir zur Forstreform eine ganze Reihe von Punkten beschlossen haben und dass wir zur Deregulierung Initiativen im Bundesrat eingebracht haben, um auf Bundesebene bezüglich Reduzierung von Kontrolltätigkeit, Genehmigungsnotwendigkeiten und Aufgaben der Statistik etwas zu bewegen. Daher bitte ich darum, unsere Tätigkeit in der Verwaltungsreform nicht ausschließlich an einem schmalen Gesetzentwurf zu messen, sondern an den gesamten Initiativen der Staatsregierung, und bitte um Zustimmung zu diesem Gesetzentwurf.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, wir haben jetzt eine Verbindung von Erster Lesung und Beratung eines Antrags, über den anschließend abgestimmt wird. Im Ältestenrat wurde eine Redezeit von 15 Minuten je Fraktion festgelegt. Ich gebe zunächst Frau Kollegin Naaß das Wort.

(Peter Weinhofer (CSU): Naaß zur Beschlussverwaltung!)

Christa Naaß (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Herr Minister Huber, wer den Begriff „Verwaltungsmodernisierungsgesetz“ hört, der erwartet einen großen Wurf, der glaubt, dass die Bürgerinnen und Bürger, die Beschäftigten und das Parlament endlich erfahren, was der Herr Minister in Sachen Verwaltungsreform will.

In der Regierungserklärung am 6. November wurde viel angekündigt. Sechs Monate nach der Regierungserklärung wissen wir immer noch nicht, in welche Richtung die Verwaltungsreform gehen soll, zum Beispiel im Falle der Fachbehörden, der Zweigstellen der Amtsgerichte, der Zweigstellen der Finanzämter und der Organisation der Polizeistruktur.

(Thomas Kreuzer (CSU): Macht doch einmal Vorschläge!)

Wir wissen nicht, wohin es geht. Wir wissen aber, dass eine massive Verunsicherung unter den Bürgern und Beschäftigten vorhanden ist. Sie haben selbst gerade vorhin festgestellt: Das ist ein kleiner Wurf geworden. Das Verwaltungsmodernisierungsgesetz beinhaltet nur zwei Punkte: den Rückzug aus der Ernährungsberatung und die Privatisierung der Beschussverwaltung. Das ist alles, was nach sechs Monaten voller Getöse und Selbstbeweihräucherung auf den Weg gebracht worden ist. Fragen, welche die SPD-Landtagsfraktion gestellt hat – Auskunft über die Auswirkungen der Reform auf die angebotene Leistung, auf die Bürgerinnen und Bürger, auf die öffentliche Sicherheit, auf die Beschäftigten, Auskunft darüber, wer die Kosten unter Beachtung des Konnexitätsprinzips zu tragen hat, Auskunft über Höhe der Einsparungen für den Freistaat Bayern, Auskunft darüber, bis wann sich die Einsparungen ergeben, Auskunft darüber, ob eine Kosten-Nutzen-Rechnung vorliegt –, wurden bisher nicht beantwortet. Wissen Sie es nicht, haben Sie keine Ahnung, oder wollen Sie die Bürgerinnen und Bürger, die Beschäftigten und das Parlament bewusst im Unklaren lassen?

Herr Minister, jetzt gehe ich ganz bewusst auf den Gesetzentwurf ein. Zur Beschussverwaltung wird im Gesetz ausgeführt, dass genaue Kostenfolgeabschätzungen erst die Umsetzung des Gesetzes durch eine Verordnung ergeben wird, in welcher der konkrete Umfang des Abbaus staatlicher Aufgaben bestimmt wird. Sie wissen also jetzt noch gar nicht, wie die Kostenfolgeabschätzungen ausschauen werden. Jetzt wird privatisiert, ohne zu wissen, was danach kommt, wer die Aufgaben erledigen wird und vor allem: zu welchen Kosten. Man hofft nur – so steht es im Gesetzentwurf –, dass eine beliebige Privatperson ihre Strukturen und Prozesse ohne Zweifel kostendeckend gestalten wird. So jedenfalls hofft man im Gesetzentwurf.

Die Staatsverwaltung wird – so Staatssekretär Spitzner auf meine schriftliche Anfrage zu diesem Thema – auch in Zukunft eine wichtige Funktion bei Aufsicht und Überwachung des Beschusswesens in Bayern haben. Also werden nach wie vor staatliche Beschäftigte benötigt, um diejenigen zu beobachten und zu kontrollieren, die das Beschusswesen privat durchführen.

Zur Nachwuchsgewinnung kann auch noch keine konkrete Aussage gemacht werden; so ist in der Antwort auf die schriftliche Anfrage zu lesen: „Es sind konkrete Aussagen derzeit jedoch noch nicht möglich.“ Es liegt also ein Gesetzentwurf vor, und Sie wissen noch nicht, wie sich die darin vorgesehene Regelung auf die Nachwuchsgewinnung auswirken wird. Sie sagen lediglich: „Mittel- und langfristig ist davon auszugehen, dass die Personalkosten signifikant dadurch gesenkt werden können, dass von staatlicher Seite lediglich die Aufsicht über die Beliehenen geführt werden muss.“ Sie wissen also noch nicht, wie konkret Einsparungen erzielt werden können, und vor allem nicht, in welcher Höhe. Die Mitarbeiter, die durch diese Maßnahme eventuell überflüssig werden, werden folgendermaßen getröstet – so in der Antwort auf die schriftliche Anfrage: „... dass diese Reform auch dazu dienen kann oder soll, weitere Entwicklungs- und Qualifikationschancen den Mitarbeitern zu eröffnen.“ Man weiß also nicht, wohin mit den Mitarbeitern; deswegen richtet man in Bayern eine Personalbörse ein, in der sich all die übrig gebliebenen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wieder finden, die froh sein dürfen, weil es ja für sie eine Entwicklungs- und Qualifikationschance ist, in diesem Pool zu sitzen und nicht zu wissen, wohin sie kommen. Das ist ein zynischer und menschenverachtender Umgang mit den Beschäftigten. Das Parlament sollte auch einmal zur Kenntnis nehmen, was in den Antworten auf solche schriftlichen Anfragen steht.

Herr Minister, auf vollmundige Ankündigungen folgt ein minimales Ergebnis; das haben Sie zum Teil selbst schon so dargestellt. Das ist ein kleiner Wurf geworden. Für mich und für die SPD-Landtagsfraktion ist das eine ziel- und planlose Reform.

(Beifall bei der SPD – Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Erwin, da hörst du es!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Meißner.

Christian Meißner (CSU): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Es ist schon interessant zu hören, dass Kollegin Naaß davon spricht, die Betroffenen seien wegen der Verwaltungsreform verunsichert. Die Opposition in diesem Haus tut doch alles in ihrer Macht Stehende, um die bestehende Verunsicherung möglichst noch zu vergrößern.

(Widerspruch bei der SPD)

Das müssen Sie sich bei dieser Gelegenheit sagen lassen.

(Zurufe von der SPD)

Ich möchte zum Gesetzentwurf Stellung nehmen. Wir sind der Staatsregierung und Minister Huber dafür dankbar, dass jetzt dieser erste Schritt – gewiss ist das nur ein kleiner erster Schritt – in der Verwaltungsreform getan wird. Wir sind uns völlig darüber im Klaren, dass das keine leichten Entscheidungen sind. Das fällt auch vielen von uns nicht leicht. Wir sind aber der Meinung, dass die Verantwortung für die kommenden Generationen wichtiger

ist als die Realisierung des Wünschenswerten. Ich persönlich – das ist meine private und innerste Überzeugung – bin dankbar dafür, dass die Staatsregierung fragt, was die Kernaufgaben des Staates sind, was er leisten muss und was er leisten kann. Damit wird sehr viel Sinnvolles auf den Weg gebracht.

Der Wegfall der Ernährungsberatung ergibt mittelfristig immerhin eine Einsparung von 184 Stellen. Das ist nicht gering zu schätzen. Eine Einsparung von 7,1 Millionen Euro ist ja auch nicht wenig. Das sind Personal- und Sachmittel.

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Ich bin dem Minister auch für die Aussage dankbar, dass die Stellen, die in der Ernährungsberatung erhalten werden können, sinnvoll eingesetzt werden. Wir werden im Fachausschuss ausreichend Gelegenheit haben, uns darüber eingehend zu unterhalten. Zur Ernährungsberatung selbst wird noch meine Kollegin Götz Stellung nehmen, sodass ich mich dabei kurz fassen kann.

Ich komme nun zur Privatisierung der Beschlussverwaltung. Ich weiß nicht, was daran so furchtbar schlimm sein soll. Wir überlassen ja auch dem TÜV die Überwachung der Verkehrssicherheit. Warum sollen wir daher nicht Private mit der Überwachung der Beschlussverwaltung beauftragen?

(Zuruf der Abgeordneten Christa Naaß (SPD))

Das ist eine sinnvolle Sache. Für mich ist es ausreichend, wenn der Staat über die beliebigen Personen Aufsicht führt. Sie fragen nach dem Einsparpotenzial. Selbstverständlich ergibt sich ein Einsparpotenzial, wenn diese staatliche Aufgabe wegfällt bzw. geringer wird. Das kann aber heute niemand im Wege einer Kosten-Nutzen-Analyse tun, wie Sie sie gefordert haben. Wir müssen fragen: Muss der Staat die Beschlussverwaltung ganz allein schultern, oder kann er damit Personen beleihen? Letzteres ist die richtige Antwort.

Ich will noch kurz auf den SPD-Antrag eingehen. Sie werden gewiss Verständnis dafür haben, dass wir ihn ablehnen. Sie fordern quasi eine Rückressortierung der Ernährungsberatung ins Landwirtschaftsministerium.

Das hat zwar einen gewissen Charme. Aber während wir über Aufgaben nachdenken, auch unangenehme Entscheidungen zu schultern, stellen Sie sich hin und sagen: Wir lassen alles am besten wie es ist. Dass dies die Betroffenen gern hören, ist logisch. Dafür habe ich Verständnis, wenn Sie das tun. Aber wir werden Ihrem Antrag natürlich nicht zustimmen. Nachdem es hier im Hause schon lebhaft wird, freue ich mich über die Beratungen im Ausschuss.

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Rütting.

Barbara Rütting (GRÜNE): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Herr Minister Huber, Sie sagen, es komme in

Zukunft nicht mehr die Nützlichkeit oder Wünschbarkeit, sondern die strikte Notwendigkeit und Unerlässlichkeit zum Tragen.

Wir sind der Meinung, dass diese Stellen durchaus notwendig sind. Das hat sich heute auch in der konstituierenden Sitzung des Landesgesundheitsrates herausgestellt. Es ist das Thema Nummer eins: die zunehmende schlechte Gesundheit der Schulkinder. Jeder vierte Deutsche ist angeblich sowieso zu dick, aber leider auch schon die Schulkinder. Es geht nicht nur darum, dass sie zu dick sind, sondern die Adipositas nimmt zu. Ein 5-jähriger Junge wurde mit Altersdiabetes eingeliefert. Das ist eine katastrophale Entwicklung. Dieses Thema nahm heute bei der konstituierenden Sitzung auch besonders großen Raum ein.

Die Begründung der SPD unterstützen wir. Ich glaube nicht, dass es unbedingt am Geld liegen muss, zumal ja keine neuen Stellen gefordert werden. Sie sind da. Trachtenvereine wurden mit 400 000 Euro gefördert. Dafür war Geld vorhanden. Der Ansatz Orden und Ehrenzeichen wurde sogar im Nachtragshaushalt um 70 000 Euro auf 282 000 erhöht. Für die Subventionierung von Regionalflughäfen stehen 3 Millionen Euro zur Verfügung. Ich meine, dass ist angesichts der Tatsache, dass die Ernährungsberatung gestrichen werden soll, unvertretbar.

(Beifall der Abgeordneten Margarete Bause (GRÜNE))

Die Begründung der SPD, mit der Abschaffung der Ernährungsberatung würde ein wesentlicher Teil des vorsorgenden Verbraucherschutzes wegfallen, obgleich Prävention nicht nur persönlichen, sondern auch finanziellen Schaden verhindern kann, unterstützen wir. Es werden im Jahr 75 Milliarden Euro für die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten ausgegeben, also Krankheiten, die durch falsche Ernährung und Mangel an Information entstehen. 75 Milliarden Euro!

Der zweite Punkt der Begründung der SPD, die Ernährungsberatung soll zur Kostensenkung im Gesundheitswesen beitragen. Das stimmt mit der Zahl überein, die ich gerade genannt habe. 75 Milliarden Euro wären zu sparen!

Drittens. Sie soll dem Trend zu Fast-food und food-design entgegenwirken. Es kann doch nicht sein, dass unsere Kinder gerade vor dem Hintergrund von G 8, wie es zu lesen war, auf die Straße und auf den Markt geschickt werden, um sich was zu essen zu holen oder in benachbarte Firmenkantinen gehen müssen.

Der nächste Punkt ist, die Ernährungsberatung soll einen Beitrag zur gesunden Ernährung der Familien und Kinder, vor allem übergewichtiger Kinder, leisten. Sie bietet wertvolle Frauenarbeitsplätze. 160 Stellen werden ja jetzt abgeschafft oder sollen abgeschafft werden und sie soll auf gesunde, frische regional erzeugte Lebensmittel aufmerksam machen. Sie würde also auch den Bauern helfen, dass wir mehr regional und saisonal hergestellte Lebensmittel bekommen.

Ich bin der Meinung, dass die Bauern mehr Geld bekommen sollen für ihre Lebensmittel. Sie kriegen zu wenig. 1960 haben wir 30 % der Haushaltsmittel ausgegeben für Lebensmittel. Heute sind es noch 12,3 %. Das ist viel zu wenig und führt zu diesen Missständen in der Ernährung, im Tierschutz und im Umweltschutz.

Wir unterstreichen die Begründung der SPD. Wir haben nur das Gefühl, dass die Ernährungsberatung bei Gesundheit und Verbraucherschutz besser aufgehoben ist als im Landwirtschaftsministerium. Darum wird vorgeschlagen, sich zu enthalten.

(Beifall bei den GRÜNEN und bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Sonnenholzner.

Kathrin Sonnenholzner (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Schade, dass der Wissenschaftsminister schon gegangen ist, der uns gerade vorgeworfen hat, wir würden alles abschaffen, was nicht von uns kommt. Ich kann ihm hier das erste Beispiel liefern, dass dem nicht so ist, sondern dass wir im Gegenteil was erhalten wollen, was von Ihnen kommt und was Sie widersinnigerweise abschaffen wollen.

(Beifall bei der SPD)

Zum Kollegen Weiß muss ich sagen, also von uns zu verlangen, dass wir die Verunsicherung beseitigen, die die Staatsregierung und Sie als Mehrheitsfraktion mit Ihrer Politik bei der Bevölkerung anrichten, das ist nun wahrlich zu viel Appell an unser sozialdemokratisches Herz. Das werden wir nicht zu unserer Aufgabe machen.

(Zuruf bei den GRÜNEN: Das müssen sie selber machen!)

– Genau, das müssen sie selber machen.

Kolleginnen und Kollegen, BSE ging, der Wahnsinn ist geblieben und hat zugeschlagen. Das steht in einem Brief, den wir gekriegt haben im Zusammenhang mit der völligen widersinnigen Abschaffung der staatlichen Ernährungsberatung. Ich denke das ist als Motto und Überschrift für eine Rede zur Erhaltung der Ernährungsberatung gerade richtig.

Die WHO fordert von den Industrienationen, dass sie fiskalische Maßnahmen unternehmen, um das Problem des Übergewichts und der ungesunden Ernährung in den Griff zu bekommen, das heißt, die Besteuerung von ungesunden Lebensmitteln. Wenn schon die WHO einmal so weit ist, dann weiß man auch wie virulent das Problem bei uns und in anderen Ländern ist.

Frau Rütting hat gerade erwähnt, wie in allen anderen Sonntagsreden und schönen Versammlungen so hat der zuständige Minister Schnappauf heute früh im Landesgesundheitsrat auch wieder appelliert, dass alles zu tun ist, um in diesem Bereich Prävention zu machen; Prävention auch als staatliche Aufgabe. Fakt ist, die ernährungsbedingten Erkrankungen steigen unaufhörlich, ebenso die Zahl der Übergewichtigen, vor allem der Kinder, und

gleichzeitig sinkt genauso dramatisch das Bewusstsein für gesunde Lebensmittel und gesunde Ernährung. Dar- aus weiß man, dass die Bereitschaft der Menschen, sich mit dem Thema aktiv auseinanderzusetzen, denkbar gering ist. Genau deswegen braucht es eine staatliche Beratung. Genau in dieser Situation zieht sich die Bayerische Staatsregierung aus ihrer Verantwortung zu unabhängiger Beratung zurück.

Herr Staatsminister Huber, wenn Sie auch heute sehr moderat waren, ich habe Sie auch schon anders gehört, zum Beispiel auf dem Kreisbauerntag in Fürstenfeldbruck, wo Sie vollmundig behauptet haben: Ernährungsberatung kann man aus jeder Frauenzeitschrift beziehen. Ich kann Sie nur fragen, sollen wir die Leute zu einem Zwangsabo der „Brigitte“ verpflichten, weil sie gerade ihren 50. Geburtstag hat? Oder sollen wir vielleicht, weil zunehmend auch mal Männer zuständig sind, Ernährungsberatung auch zum Teil des Inhaltes des Playboy machen?

(Heiterkeit und Beifall bei der SPD)

Um zum Ernst der Sache zurückzukommen: Solche Einlassungen sind wirklich wenig hilfreich und werden dem Problem nicht gerecht. Seit drei Jahren, seit der Strukturänderung ist mit der staatlichen Ernährungsberatung eine gut funktionierende Struktur aufgebaut worden. Der Versuch, diese Beratungsfunktion zum Beispiel auf Ärzte oder Apotheker zu schieben, ist mit Sicherheit völlig unzureichend. Wir brauchen die niederschweligen Angebote, die die Ernährungsberaterinnen bisher geleistet haben. Der finanzielle Einsparungseffekt ist auch maximal nur langfristig zu erreichen, weil über 80 % der so genannten eingesparten Beraterinnen unter 50 Jahre alt sind. Sie müssten also an anderen Stellen noch weiter beschäftigt werden. Wo bleibt da der Sinn? Sie sitzen auf ihren Kartons, wo sie ihre gepackten Konzepte drin haben, die sich jetzt nicht mehr verwenden können.

Wir halten all dies für baren Unsinn und, Herr Weiß, ich habe keinerlei Verständnis dafür, wenn Sie hier mehrheitlich unseren Antrag ablehnen, denn ich weiß von vielen unter Ihnen, auch von vielen, die hier sitzen, in der Mehrheitsfraktion, dass sie dieses unser Anliegen teilen und selbst Anträge dazu gestellt haben. Genau an die appelliere ich an dieser Stelle noch einmal: Bitte stimmen Sie mit uns für unseren Antrag.

(Beifall bei der SPD und bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Götz.

Christa Götz (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sparen, Reformieren, Vielfalt fördern, Zukunft gestalten, neue Wege gehen – das ist das Ziel der CSU.

Die staatliche Ernährungsberatung wurde mit dem Ministerratsbeschluss vom 16. Dezember 2003 abgeschafft. Das ist Fakt. – Liebe Kollegin Sonnenholzner, ungesunde Lebensmittel gibt es nicht. Das möchte ich ganz besonders herausstellen. Es kommt darauf an, in welcher Menge man das Eine oder Andere isst.

Mit dem Rückzug aus der Ernährungsberatung sollen in Zukunft die Personalkosten sowie die Kosten für den sächlichen Verwaltungsaufwand gesenkt werden. Gleichwohl bleibt die Kernkompetenz des Staates mit Weißenfels Ernährung erhalten. Ernährung ist ein Teilgebiet des Verbraucherschutzes und ein Teilgebiet der Gesundheitsförderung und der Prävention.

(Susann Biedefeld (SPD): Aber ohne Beratung!)

– Nur langsam, ich sage Ihnen das noch.

Die Kompetenzen wurden auf die Ministerien für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz, für Unterricht und Kultus und für Landwirtschaft und Forsten verteilt. Anzumerken ist, dass insbesondere das Landwirtschaftsministerium ganz besonders auf gesunde, frische und regionale Erzeugnisse und Produkte achtet.

Der Antrag der SPD läuft ins Leere. Wir haben ihn bereits in drei Ausschüssen abgelehnt. Auch in Zukunft ist sichergestellt, dass die Ernährungsberatung in Bayern auf der Basis wissenschaftlicher Erkenntnisse steht. Dafür sorgt das LGL. Die gesunde Ernährung der Frauen, Familien und Kinder fällt in die Thematik Gesundheitsförderung und Prävention. Unberührt bleibt dabei die Ausbildung an Land- und Hauswirtschaftsschulen, sowie das Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit. Hier ist wiederum das LGL zuständig.

Die Verbrauchersouveränität, die Werteorientierung und das Qualitätsbewusstsein bei der Lebensmittelauswahl sind auch weiterhin gewährleistet. Ich möchte insbesondere auf die Qualitätssiegel „QS“ und „Bio“ erwähnen. Die Ernährungsberatung bietet Aufklärung in den Fragen der Ernährungspsychologie und der Beratung für gesundheitsbewusste Ernährungserziehung, wobei objektiv und neutral informiert wird. Dies steht stets an erster Stelle.

Wir, die CSU, wollen Vielfalt fördern, neue Wege gehen, das heißt eine flächendeckende Ernährungsaufklärung. Die Ernährungsfachfrauen des bayerischen Bauernverbandes arbeiten bayernweit in allen Landkreisen.

(Susann Biedefeld (SPD): Warum schaffen Sie dann die Ernährungsberatung ab?)

– Sie sollten zuhören.

Bayernweit sind die Ernährungsfachfrauen des bayerischen Bauernverbandes unterwegs. Hauswirtschaftsmeisterinnen der ländlichen Hauswirtschaft, die immer auf dem neuesten Stand der Ernährung sind und immer geschult werden, gehen in die Dörfer, zu den Verbänden und Vereinen. Die AOK bedient sich dieser Ernährungsfachfrauen ab Herbst 2004 bayernweit. Das heißt, sie sind vor Ort.

Das Pilotprojekt läuft ab jetzt in Mittelfranken. Es ist hervorragend. In meinem Landkreis gibt es sieben Ernährungsfachfrauen. Sie besuchen Kindergärten, Grundschulen und Hauptschulen. Sie halten Vorträge, Vorführung auch bei katholischen und evangelischen Frauenvereinen, bei allen Gruppierungen, ob bei Zentrallandwirtschaftsfesten oder in der Konsumenta. Überall stehen

diese Ernährungsfachfrauen im Dialog mit den Verbrauchern. Diese Frauen sind kompetent.

Heutzutage kann sich jeder informieren. Es gibt sehr viele Möglichkeiten – ob Fachveranstaltungen, Messen oder regionale Ausstellungen, Infomedien, Printmedien, Fernsehen, Ärzte, Apotheken, Volkshochschulen, Kneippvereine usw. Diese Veranstaltungen werden sehr gut besucht. Die ernährungsbewussten Bürger und Bürgerinnen können ihr Wissen überall erneuern. Das Internet bietet immer Auskunft.

Das heißt, meine Damen und Herren, Vielfalt und Zukunft. Das heißt aber auch Geld sparen. Das Ziel der bayerischen Verwaltungsreform ist, nicht mehr alles Wünschbare aufrechtzuerhalten, sondern das Unerlässliche anzubieten; denn die Situation und die Sparmaßnahmen zwingen uns dazu. Somit ist der Antrag der SPD abzulehnen.

(Beifall bei der CSU)

Präsident Alois Glück: Meine Damen und Herren, mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Im Einvernehmen mit dem Ältestenrat schlage ich vor, den Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Modernisierung der Verwaltung (Verwaltungsmodernisierungsgesetz), Drucksache 15/882, dem Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz als dem federführenden Ausschuss zu überweisen. Besteht damit Einverständnis? – Ich sehe keinen Widerspruch. So beschlossen.

Ich lasse jetzt über den mitberateten Antrag der Abgeordneten Heidi Lück und anderer (SPD) betreffend „Verwaltungsreform effizient und bürgernah; hier: Staatliche Ernährungsberatung“, Drucksache 15/301, abstimmen. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer diesem Votum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der SPD und der GRÜNEN. Das erste war die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 4

Abstimmung über Anträge, die gemäß Paragraph 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktion verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Keine. Stimmenthaltungen? – Auch keine. Einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

(siehe Anlage)

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 5

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Sackmann, Franz Josef Pschierer, Eberhard Rotter und anderer und Fraktion (CSU)

Keine weiteren Verzögerungen beim Bau der ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt (Drucksache 15/186)

Tagesordnungspunkt 6

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Dr. Christian Magerl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Verzicht auf die ICE-Neubaustrecke Nürnberg – Erfurt (Drucksache 15/215)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache.

Die Redezeit beträgt 20 Minuten je Fraktion. Erste Wortmeldung: Herr Kollege Rudrof.

Heinrich Rudrof (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Das Thema „ICE“ beschäftigt uns nicht nur wegen der Neubaustrecke sondern auch wegen der Ausbaustrecke schon viele Jahre, und es gab und gibt dazu viele Anträge. Gott sei Dank ist zwischenzeitlich sehr viel Klarheit entstanden – auch in Berlin. Selbst Bundeskanzler Schröder und Bundesverkehrsminister Stolpe sagen uneingeschränkt Ja zu diesem wichtigen Projekt. Erst heute hat sich Bundesverkehrsminister Stolpe positiv geäußert, weshalb ich davon ausgehe, dass die SPD, verehrter Kollege Dr. Beyer, heute unserem Antrag zustimmen wird.

(Dr. Thomas Beyer (SPD): Wenn der Antrag unnötig ist, muss man nicht zustimmen!)

Sehr verehrte Damen und Herren, hier handelt es sich um ein wesentliches Teilstück im Programm „Transeuropäisches Netz“. Insoweit ist der Lückenschluss nicht nur von regionaler Bedeutung sondern auch von europäischer Bedeutung. Die transeuropäische Magistrale Skandinavien – Berlin – München – Oberitalien läuft über Erfurt. Die ICE-Strecke Nürnberg – Erfurt ist ein fest eingeplantes Vorhaben im Bundesverkehrswegeplan 2003, der Anfang Juli 2003 von der Bundesregierung beschlossen wurde.

Ich darf erwähnen, dass diese Strecke bereits in einem früheren Bundesverkehrswegeplan, nämlich dem von 1992, enthalten war.

(Susann Biedefeld (SPD): Wir hätten sie auch schon früher beschlossen, wenn die Union nicht blockiert hätte!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Bayern ist als Verkehrsdrehscheibe in Europa auf diese leistungsfähige Hochgeschwindigkeitsstrecke angewiesen wie kein zweites Land. Diese Strecke ist aber verkehrs- und strukturpolitisch auch für die neuen Bundesländer von enormer Bedeutung. Als Oberfranke darf ich sagen: Sie rückt Ober-

franken und die Zentren Nürnberg, München und Berlin näher zusammen. Dass wir den Antrag der GRÜNEN schon wegen der grundsätzlichen Bedeutung dieser Strecke ablehnen müssen, liegt auf der Hand. Liebe Kolleginnen und Kollegen von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, Ihr Antrag hat mich überhaupt nicht überrascht; Sie waren ja von Anfang an gegen diese Trasse.

Das Zukunftskonzept der DB AG, eine ICE-Ringlinie Berlin – Hamburg – Köln – Frankfurt – Stuttgart – Nürnberg – Erfurt – Leipzig – Berlin zu betreiben, macht doch erst dann Sinn, wenn auch die letzte Lücke geschlossen ist. Deswegen brauchen wir diesen Lückenschluss so früh wie möglich, lieber heute als morgen.

Meine Damen und Herren, es ist oft geprüft worden; zu dieser Trasse gab und gibt es keine Alternative, weder in ökonomischer noch in ökologischer Hinsicht. Ich darf in diesem Zusammenhang auf eine Anfrage von mir an die Bayerische Staatsregierung vom 29. Oktober 2001 verweisen.

Die Trasse wurde wiederholt überprüft. Ich habe das bereits angedeutet. Die jetzige Bundesregierung hatte zum Beispiel die Hochgeschwindigkeitstrasse 1999 auf Eis gelegt, um eine Überprüfung der Überprüfung anzuordnen. Wertvolle Zeit wurde so verschwendet. Jetzt aber hört man aus Berlin – Gott sei Dank – ein klares Ja.

(Susann Biedefeld (SPD): Was ist denn von der Wiedervereinigung bis 1999 passiert?)

Die Kosten-Nutzen-Analysen zeigen eindeutig, dass das Projekt Sinn macht und sinnvoll ist.

(Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Wissen Sie, was der Bundesrechnungshof dazu sagt?)

Zum Antrag der GRÜNEN in aller Kürze: Der Flächenstaat Bayern ist als Verkehrsdrehscheibe in besonderer Weise auf ein leistungsfähiges Verkehrsnetz angewiesen. Die Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg – Erfurt ist ein wichtiges und ein hierfür notwendiges Projekt. Es besteht Baurecht, das keinesfalls verfallen darf. Unser Ziel ist und bleibt, aus verkehrlichen und aus volkswirtschaftlichen Gründen am Bau der Hochgeschwindigkeitsstrecke Nürnberg – Erfurt festzuhalten. Denn die genannten Alternativprojekte sind nicht geeignet, eine leistungsfähige Hochgeschwindigkeitsstrecke zwischen Bayern und Thüringen sicherzustellen.

Trotz der knappen Haushaltsmittel des Bundes und der Bahn muss an diesem Projekt Nürnberg – Erfurt festgehalten werden, ja, es muss forciert werden.

(Beifall bei der CSU – Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Jawohl!)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Kollege Dr. Magerl.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! Dem Antrag der CSU

können wir aus guten Gründen so nicht zustimmen. Wir haben andere Vorstellungen, was die verkehrspolitische Lösung der Probleme in Bayern, aber auch im nordbayerischen Raum oder bundesweit anbelangt.

(Beifall der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE) und Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Wir können uns diese fossilen Planungen, die ja noch aus der Kohl-Ära stammen und von den CSU-Verkehrsministern vorangetrieben wurden, schlicht und ergreifend nicht mehr leisten. Ich möchte hierzu aus zwei Berichten zitieren, zunächst eine Aussage des Bundesrechnungshofes. Er sagt klar und deutlich:

Zur Verkürzung der Reisezeiten greifen Engpassbeseitigungen und optimierte Betriebsabläufe in Schienenverkehrsknoten kurzfristiger und mit geringerem Kapitalaufwand als kostenintensive Neubauvorhaben.

Das ist der Vorschlag des Bundesrechnungshofes. Er fährt fort in diesem Bericht:

Die Zielsetzung

– Sie sollten aufpassen, Herr Kollege Rudrof –

eines geschlossenen europäischen Hochgeschwindigkeitsnetzes für den Personenverkehr sollte deshalb aus Sicht des Bundesrechnungshofes nicht mehr Kernpunkt der Netzinvestitionsstrategie des Bundes sein.

Das ist eine klare und deutliche Aussage. Zur Wirtschaftlichkeit führt der Verkehrswissenschaftler Gottfried Ilgmann in einem Interview mit dem Mitteldeutschen Rundfunk vom 26. Januar 2004 zur Thematik der ICE-Strecken aus:

Der Ablauf folgt einem sehr üblichen Schema: Zunächst wird eine Strecke, die jemand wünscht, der Bund oder das Land, erst mal billig gerechnet. Dann werden gleichzeitig Prognosen über das Verkehrsaufkommen auf dieser Strecke erstellt, die weit übertrieben sind. Dann sinken die spezifischen Kosten und dieses Projekt kriegt eine hohe Priorität im Bundesverkehrswegeplan.

So die Aussage von Herrn Ilgmann. Er fährt an anderer Stelle fort:

Übrigens: Die nächste Strecke, die sich nie rechnet, wird 2006 zwischen Nürnberg und Ingolstadt eingeweiht. Bisherige Kosten: 3,5 Milliarden Euro. Weder die private Bahn noch die Politiker werden diese Summe je rechtfertigen müssen.

Das sind klare Aussagen zur Thematik der ICE-Planung in Deutschland. Deshalb sind wir der Auffassung, dass speziell die Strecke Nürnberg – Erfurt gestoppt werden soll und durch ein sinnvolles, anderes Verkehrsnetz ersetzt werden soll.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich erinnere hier an die vielfältigen Debatten, die wir seit Ende der Achtzigerjahre in diesem Haus über die ICE-Neubaustrecke Ingolstadt – Nürnberg geführt haben. Wenn wir uns die Kosten anschauen, dann müssen wir einräumen: Die Zahlen sind gleich geblieben, aber die Bezeichnung „DM“ ist durch die Bezeichnung „Euro“ ersetzt worden. Das heißt: Die geschätzten Kosten, mit denen auch Herr Wiesheu diese Strecke immer propagiert hat, haben sich verdoppelt. Bei den anderen Strecken wird es ähnlich sein. Das Dilemma der Deutschen Bahn ist es, dass in gigantischem Umfang in das Hochgeschwindigkeitsnetz investiert worden ist, dass das aber nur für ganz wenige Kundinnen und Kunden interessant ist. In der Fläche wurde und wird die Bahn aber vernachlässigt.

(Sebastian Freiherr von Rotenhan (CSU): Die ICEs sind rammelvoll! – Heinrich Rudrof (CSU): Und was ist mit dem Güterverkehr?)

– Die Nahverkehrszüge sind auch voll, Herr Kollege und da fehlt es auch. In Bayern fahren über 5000 Züge im Nahverkehr; nehmen Sie das doch bitte einmal zur Kenntnis. Nur einige wenige sind im ICE unterwegs. Trotzdem werden hier die Investitionen einseitig gewichtet.

Sie sollten auch das zweite Zitat zur Kenntnis nehmen, das ich aus Aussagen des Bundesrechnungshofs vorgelesen habe: Die Beseitigung von Engpässen in Knoten führt zu wesentlich deutlicheren Beschleunigungen im Nah- und im Fernverkehr als die Investition in einige ganz, ganz wenige ICE-Neubaustrecken, die Milliarden über Milliarden verschlingen und verkehrsmäßig nur für ganz, ganz wenige von Nutzen sind.

(Zustimmung bei den GRÜNEN)

Wir fordern mit unserem Antrag den Verzicht auf die Planung Nürnberg – Erfurt. Dort ist ein Verzicht noch möglich. Bei Ingolstadt – Nürnberg sind leider Gottes die Fakten so weit in den Karst des Jura hineingebaut und das Geld ist bereits so weit versickert, dass wir nichts mehr machen können. Wir fordern stattdessen den Ausbau des bestehenden Netzes: Die Strecke Nürnberg – Bamberg – Saalfeld – Leipzig, die Saaletalbahn, soll entsprechend ausgebaut werden. Es gibt Möglichkeiten, hier gut zu beschleunigen. Wir fordern ferner, dass wir die Strecke Nürnberg – Bayreuth – Hof – Zwickau entsprechend ausbauen und Beschleunigungen durchführen. Das ist die Franken-Sachsen-Magistrale.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir fordern den Lückenschluss zwischen Coburg und Suhl Richtung Erfurt zu realisieren. Er ist kostengünstig zu machen und würde sich im Netz hervorragend auswirken. Schließlich fordern wir, eine weitere Nord-Süd-Verbindung, nämlich Regensburg – Hof – Reichenbach im Vogtland zu elektrifizieren. Das ist längst überfällig, und auch hier müsste die Beschleunigung durchgeführt werden. Das ist unser Antrag.

Diese Planung ist wesentlich kostengünstiger, sie führt zu wesentlich weniger Eingriffen in den Naturhaushalt, sie ist schneller realisierbar und sie nützt dem Flächenland Bayern wesentlich mehr als die Konzentration auf eine einzige ICE-Schnellfahrstrecke, wie Sie es haben wollen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Dr. Beyer.

Dr. Thomas Beyer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich glaube, das ist heute der dritte oder vierte Versuch, über diese Anträge zu sprechen. Normalerweise ist es ja so: Wenn man die Dinge etwas liegen lässt, reifen sie. Daher hätte ich jetzt erwartet, dass die Diskussion heute ein anderes Niveau hat. Ich bin von der Diskussion enttäuscht. Offensichtlich geht es doch wieder nur darum, die gleichen Argumente auszutauschen, ohne zu versuchen, die Dinge im Zusammenhang zu sehen.

Kollege Rudrof, Sie wissen ja: Ich kann Ihnen nicht böse sein. Ich war aber doch sehr überrascht, als Sie über Oberitalien und die neuen Länder gesprochen haben. Sie sind dann aber zu Oberfranken gekommen, und insofern war dann jedenfalls das wieder in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Ich glaube, gerade dieses Thema zeigt, dass es richtig ist, dass sich meine Fraktion mit manchen Dingen sehr, sehr ernsthaft und fern von Plattitüden und lockeren Sprüchen auseinandersetzt.

Worum geht es uns; worum geht es der SPD-Landtagsfraktion? – Wir wollen eine Beschleunigung der Verbindung zwischen München und Berlin. Wir wollen leistungsfähige, schnelle Schienenverkehrsverbindungen, weil wir eine Alternative zu innerdeutschen Kurzstreckenflügen wollen. Wir treten deshalb für schnelle und leistungsfähige Schienenfernverkehrsverbindungen ein, sofern und soweit diese ökologisch und ökonomisch vertretbar sind.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist kein Geheimnis: Gerade aus diesen Gründen hat sich meine Fraktion bzw. haben sich die Vorgängerinnen und Vorgänger in dieser Fraktion sehr lange, intensiv und differenziert mit dieser Trasse auseinandergesetzt. Die Bundesregierung hat sich – das ist heute im Grundsatz auch von Ihnen angesprochen worden, Herr Kollege Rudrof – auf die Realisierung der Trasse festgelegt. Wir sind der Auffassung, dass trotz der Probleme, die mit dieser Trasse unstreitig verbunden waren und verbunden sind, an dieser Entscheidung jetzt nicht mehr gerüttelt werden soll. Sie haben damals im Ausschuss gefragt, ob Sie das als Befürwortung der Strecke verstehen können. Ich habe Ihnen damals schon gesagt, wenn Sie unbedingt eine so kurze Aussage haben wollen: Natürlich ist es das. Das ist aber nicht unreflektiert. Wir haben uns mit den Dingen auseinandergesetzt.

Wir sind aber auch ehrlich genug zu sagen: Hinter die Finanzierbarkeit dieses Projektes muss ein Fragezeichen gesetzt werden. Die Gründe hierfür sind sehr differenziert. Sie liegen insoweit nicht im Toll-Collect-Debakel, das wir

immer beim Namen genannt haben und auch als Toll-Collect-Debakel bezeichnet haben. Ich habe aber gesehen, liebe Kolleginnen und Kollegen von der CSU, dass Sie unter Verwendung der Textbausteine aus dem Antrag zu den Autobahnen morgen einen Dringlichkeitsantrag zu den Schienenwegen stellen werden, in dem Sie nach der Finanzierbarkeit fragen. Insofern werde ich einen Teil der Rede raffen; denn sonst müsste ich es Ihnen morgen oder im Ausschuss wieder erzählen. Sie wissen genau, worum es geht. Es geht darum, dass auch der Verkehrshaushalt einen Beitrag zur Konsolidierung des Rentenbeitrages leisten musste. Ich werde Sie morgen fragen, was Ihre Alternative ist: Will die CSU eine Erhöhung des Rentenbeitrages von 19,5 auf 20,5 %, oder will sie das nicht? Wenn sie das nicht will, ist sie dann in der Lage, verantwortlich Entscheidungen mitzutragen?

(Beifall bei der SPD)

Wir werden darüber zu reden haben, dass die eigentlichen Probleme hinsichtlich des Bundesverkehrshaushaltes darin liegen, dass Bundestag und Bundesrat bei der Entscheidung im Vermittlungsausschuss kurz vor Weihnachten einen fatalen Fehler begangen haben, indem sie nach dem Koch-Steinbrück-Papier Infrastrukturmaßnahmen der Schiene systemwidrig als Subvention qualifiziert haben. Herr Minister Wiesheu hat damals schon für den Nahverkehr gesagt, dass das Blödsinn ist – er hat es nicht so formuliert; das darf er ja nicht, wenn sich Herr Stoiber rühmt, dass er maßgeblich mitverhandelt hat, und wenn Herr Huber das angeblich alles bewerkstelligt hat. Trotzdem bleibt es falsch. Genau darum geht es jetzt. Ich sage es jetzt – Sie werden es morgen nochmals bestätigt bekommen -: Im Schienenverkehrshaushalt fehlen 540 Millionen Euro wegen dieser systemwidrigen Einstufung. Alle Länder, auch Bayern, haben der Liste zugestimmt. Auch Sie tragen Verantwortung. Tun Sie also jetzt nicht so, als wenn andere dafür die Verantwortung hätten.

(Beifall bei der SPD)

Wir sind Realisten. Wir stehen für eine realistische Verkehrspolitik. Das bedeutet, dass man sich bei der Strecke Nürnberg – Erfurt im Moment auf die realisierbaren Dinge beschränken muss. Das sind zum einen – Herr Kollege Magerl, ich meine, auch die GRÜNEN könnten zuhören – die baurechtserhaltenden Maßnahmen. Zum anderen stellen wir uns einer weiteren Verantwortung. Herr Magerl, Sie haben leider das Thema verfehlt. Ich sage Ihnen auch, warum Sie es verfehlt haben. Die Verwirklichung der für Nürnberg unverzichtbaren S-Bahn-Strecke Nürnberg – Fürth – Forchheim mit potenzieller Verlängerung Richtung Bamberg hängt untrennbar an diesem Vorhaben. Das weiß jeder, der sich auch nur fünf Minuten mit diesem Thema beschäftigt. Wer die Strecke also nicht will, will auch die S-Bahn in Nürnberg nicht ausbauen. Mit dem Thema S-Bahn hat Ihre Fraktion in diesem Hause sowieso größere Probleme.

Nun noch kurz zu den Anträgen. Wir haben im Ausschuss ausgiebig diskutiert. Wir haben uns beim Antrag der CSU mit der Begründung enthalten, die heute von Herrn Rudrof wiedergegeben wurde: Es ist ein Schaufensterantrag. Es ist nichts anderes als ein Schaufensterantrag. Die Bun-

desregierung plant nicht, das Projekt zu streichen. Ich könnte Ihnen Äußerungen der parlamentarischen Staatssekretärin Gleicke in Erwiderung auf Behauptungen von Herrn Althaus im thüringischen Wahlkampf vorlesen. Ich könnte Ihnen Herrn Stolpe vom 25. März zitieren – Sie haben ihn ja jetzt ganz aktuell zitiert. Herr Kollege Rudrof, Sie zitieren den Bundesverkehrsminister: „die Strecke kommt“ und sagen dann, dass wir deswegen Ihrem Antrag zustimmen sollen. Ihre einzige richtige Reaktion wäre gewesen, den Antrag zurückzuziehen, weil er sich erledigt hat. Das kann aber natürlich nicht sein.

Noch einen Hinweis, den ich Ihnen schon im Ausschuss gegeben hatte. Ich muss ihn Ihnen jetzt nochmals geben. Alles, was Sie heute beschließen lassen wollen und mit Ihrer Mehrheit wohl auch beschließen werden, wenn noch ein paar Kollegen so lange dableiben, haben Sie bereits im Juli 2002 beschlossen. Sie fordern baurechtserhaltende Maßnahmen. Das ist alles schon beschlossen worden. Wenn Sie das heute wieder beschließen, ist das ein Missbrauchsvotum gegen Ihre eigene Staatsregierung, die offensichtlich Ihrer Meinung nach die Beschlüsse des Landtages in Berlin nicht mit der nötigen Verve vertritt.

(Beifall bei der SPD)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es gibt also überhaupt keinen Grund, diesem Antrag zuzustimmen. Wir haben aber auch gesagt, warum wir ihn nicht ablehnen, weil wir Sie kennen – Sie persönlich sind nicht gemeint, Herr Rudrof; Sie würden das nie tun. Sie würden das wieder missdeuten und würden es in übler Nachrede gegen uns wenden und sagen, wir hätten uns gegen die Trasse ausgesprochen. Das ist nicht der Fall, wie ich betont habe.

Herr Magerl, ich schaue nun zu Ihnen. Sie fordern ein Sammelsurium von Projekten. Sie haben das in Ihrem Antrag etwas beschönigend „Netz“ genannt. Darunter befinden sich viele sinnvolle Projekte. Stattdessen wollen Sie die Strecke Nürnberg – Erfurt nicht. Ich bin immer etwas skeptisch, wenn man verschiedenste Trassen des Nah- und Fernverkehrs gegeneinander aufrechnet und dabei meint, irgendetwas zu erreichen. Das ist verkehrspolitisch naiv und haushaltspolitisch ahnungslos. Es ist ein fataler Irrglaube zu meinen, in diesen Zeiten dann etwas zu bekommen, wenn man etwas anderes ablehnt. Sie werden mir nicht erklären können, wie das funktionieren soll.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

– Duzen wir uns schon, Herr Dürr? – Gut, dann mache ich das jetzt auch, Sepp. Das ist der Beginn einer wunderbaren Freundschaft. Ich habe schon gesagt: Wenn Sie diese Trasse ablehnen, lehnen Sie auch den Ausbau der S-Bahn Nürnberg – Fürth – Forchheim ab. Was das bedeutet, weiß Christine Stahl auch. Sie kennt auch die Spannung bei uns in der Region. Ich sage: Es ist leichter, große Reden zu schwingen und große Projekte zu diskutieren, als in mühsamer Arbeit dafür zu sorgen, dass Netze wie die Nürnberger S-Bahn Stück für Stück entwickelt werden.

Ich spreche nun ein sozialdemokratisches Thema an. Ich war bei der so genannten Feier zum Erhalt des ICE-Werkes in Nürnberg, also des alten Ausbesserungswerkes – ich bin Eisenbahner; daher kann ich das neumodische Zeug nicht gebrauchen. Christine Stahl und ich waren die einzigen Politiker, die noch da waren.

(Zuruf von den GRÜNEN)

– Wir duzen uns schon länger. Das darf ich. Deshalb muss ich auch nicht wie bei Herrn Dürr fragen – das heißt, er hätte mich fragen müssen.

Wir waren bei den Kolleginnen und Kollegen, die fast nicht mehr an diese Wende geglaubt haben. Alle Kolleginnen und Kollegen der CSU, nicht mehr alle taufrisch in ihren Ämtern, manche auch schon aus Ämtern ausgeschieden, haben sich dort als Retter dieses Ausbesserungswerkes feiern lassen. Als die Kameras schon verschwunden waren, haben mir Kolleginnen und Kollegen in Gesprächen gesagt: Gott sei Dank seid ihr von der Landtagsfraktion jetzt nicht mehr gegen die Strecke Nürnberg – Erfurt.

Gott sei Dank; denn der Bestand des Werkes wird jetzt bis 2007 verlängert. Jede Absage gegen einen ICE-Verkehr in Deutschland und Bayern würde die Fortführung dieses Werkes erschweren. Die Kolleginnen und Kollegen haben mir gesagt, dass wir mit unserer Haltung die Arbeitsplätze sichern. Dieses Thema interessiert vielleicht nicht den Herrn Kollegen Dr. Magerl, aber sicherlich Herrn Kollegen Dr. Runge.

Wir könnten Ihren Antrag ablehnen. Sie fordern aber eine Vielzahl sinnvoller Maßnahmen, die aufgezählt wurden und die ich deshalb nicht wiederholen muss. Aus gegebenem Anlass und mit gehörigem Respekt vor meinen Vorgängern im Amt des verkehrspolitischen Sprechers der SPD-Fraktion möchte ich hervorheben, dass wir der Strecke Nürnberg – Marktredwitz – Hof keine Absage erteilen, wenn wir sagen, dass einzelne Maßnahmen, die die GRÜNEN fordern, sinnvoll sind. Diese Strecke soll im Bundesverkehrswegeplan festgeschrieben werden. Unsere Stimmenthaltung war lediglich Ausdruck einer systematischen Politik.

Ich fasse zusammen: Beide Schaufensteranträge dienen nur dem Ziel, das jeweilige politische Klientel zu bedienen. Die Anträge sind sachlich nicht begründet und wurden aus parteitaktischen Gründen gestellt. Wir betreiben eine echte und verantwortungsvolle Verkehrspolitik. Für Ihre schwarz-grünen Schaukämpfe für spätere Koalitionen stehen wir nicht zur Verfügung.

(Beifall bei der SPD)

Präsident Alois Glück: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung. Ich lasse zunächst über den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion auf der Drucksache 15/186 abstimmen. Der federführende Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfiehlt auf Drucksache 15/547 die unveränderte Annahme. Wer dem Dringlichkeitsantrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion

der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD-Fraktion ist dieser Dringlichkeitsantrag so beschlossen.

Ich lasse nun über den Dringlichkeitsantrag des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf der Drucksache 15/215 abstimmen. Der federführende Ausschuss empfiehlt auf Drucksache 15/575 die Ablehnung. Wer diesem Votum zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Gibt es Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Stimmenthaltungen? – Bei Stimmenthaltung der SPD wird dieser Dringlichkeitsantrag mit Mehrheit abgelehnt.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Tagesordnungspunkt 7

Antrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Ruth Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ermittlung und Festsetzung der Überschwemmungsgebiete (Drucksache 15/304)

Tagesordnungspunkt 8

Antrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote, Ruth Paulig und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Naturnahen Hochwasserschutz umsetzen (Drucksache 15/305)

Tagesordnungspunkt 9

Antrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner und anderer (SPD)

Hochwasserschutz 2:

Bayerns Flüsse brauchen mehr Raum – Neue Prioritätensetzung (Drucksache 15/202)

Tagesordnungspunkt 10

Antrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner und anderer (SPD)

Hochwasserschutz 3:

Entschädigungsregelungen für Landwirte (Drucksache 15/203)

Tagesordnungspunkt 11

Antrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner und anderer (SPD)

Hochwasserschutz 4:

Keine neuen Baugebiete in Hochwasser-Risikogebieten (Drucksache 15/204)

Tagesordnungspunkt 12

Antrag der Abgeordneten Johanna Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner und anderer (SPD)

Hochwasserschutz 5:

Keine Öltanks in Hochwasser-Risikogebieten (Drucksache 15/205)

Tagesordnungspunkt 13

Antrag der Abgeordneten Johann Werner-Muggendorfer, Herbert Müller, Ludwig Wörner und anderer (SPD)

Hochwasserschutz 6:

Bewirtschaftete Polder (Drucksache 15/206)

Tagesordnungspunkt 14

Antrag der Abgeordneten Herbert Müller, Johanna Werner-Muggendorfer und anderer (SPD)

Keine Rückführung des Hochwasserschutzes (Drucksache 15/296)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die Redezeit pro Fraktion beträgt 30 Minuten. Als Erster hat Herr Kollege Dr. Magerl das Wort.

Dr. Christian Magerl (GRÜNE): Herr Präsident, meine sehr verehrten Damen und Herren! In der letzten Legislaturperiode hat sich das Hohe Haus aus traurigen Anlässen mehrfach mit dem Thema „Hochwasserschutz“ beschäftigen müssen. Ich befürchte, dass dies auch ein Dauerthema dieser Legislaturperiode sein wird; denn mittlerweile erkennt sogar die CSU an, dass sich unser Klima in einem dramatischen Änderungsprozess befindet. Die von uns immer wieder vorgebrachte Prognose, wonach die Extremereignisse in Zukunft zunehmen werden, wird mittlerweile auch von Ihnen eingeräumt, obwohl Sie das früher immer abgestritten haben. Aus den leidvollen Erfahrungen der vergangenen Jahre müssen wir uns immer wieder intensiv mit dem Thema „Hochwasser“ auseinandersetzen. Das erklärt die zahlreichen Anträge der GRÜNEN und der SPD.

Wenn wir uns die drei katastrophalen Hochwasserereignisse der letzten zehn Jahre ansehen – das Oder-Hochwasser, das Pfingst-Hochwasser bei uns in Bayern sowie das Hochwasser an der Donau bzw. an der Elbe und den jeweiligen Nebenflüssen –, so müssen wir feststellen, dass die Ursachen dafür mehr oder weniger direkt oder indirekt auf menschliches Handeln zurückzuführen sind. Eine Ursache ist das aus dem Tritt geratene Klima in Deutschland, Europa und auf der ganzen Welt. Beim Pfingst-Hochwasser wurden im Bereich der Iller pro Quadratmeter 240 Liter gemessen. Beim Elbe-Hochwasser wurden sogar 400 Liter pro Quadratmeter in der Gegend von Zinnwald im Erzgebirge gemessen. Solche Extremereignisse haben wir bei uns noch nicht erlebt; wir kennen sie lediglich aus der Regenzeit in den Tropen.

Die Ursachen für diese Hochwasserereignisse liegen aber nicht nur in den klimatischen Veränderungen, sondern auch in den dramatischen Veränderungen, die sich in den

letzten Jahrzehnten in unserer Landwirtschaft vollzogen haben. Die Flüsse wurden immer stärker kanalisiert. Wenn man sich die Auswirkungen seit der Flurbereinigung in den Fünfzigerjahren bis heute ansieht, stellt man fest, dass viele Kleingewässer völlig verschwunden sind. Die Flüsse wurden sehr stark kanalisiert und teilweise zu Vorflutern degradiert.

Eine weitere Ursache ist die speziell in Bayern zunehmende Versiegelung unserer Landschaft. Die Siedlungs- und Verkehrsfläche macht bei uns fast 15 % der Landesfläche aus. Nach wie vor verschwinden in Bayern immer noch etwa 25 Hektar pro Tag unter Beton und Asphalt. Dort werden Gewerbegebiete, Wohnungen und insbesondere Verkehrswege gebaut. Diese Versiegelung der Landschaft führt dazu, dass die niedergehenden Regenmassen nicht mehr versickern und damit direkt in die Gewässer gelangen.

Ich möchte eine letzte Ursache nennen, nämlich das auf hohem Niveau stagnierende Waldsterben in unserem Land. Die Wälder, die für die Hochwasserrückhaltung eine enorme Rolle spielen, können diese Funktion nicht mehr so ausüben, wie das früher der Fall war.

Die Prognosen sind eindeutig: Die Extremereignisse werden in Zukunft weiter zunehmen. Wir müssen darauf reagieren, damit die Klimakatastrophe bei uns nicht in dem Umfang stattfindet, wie sie bei einem weiteren ungehemmten Ausstoß von klimaschädlichen Spurengasen stattfinden würde. Ich möchte klar und deutlich sagen: Der Verkehr ist hauptsächlich für den Ausstoß der schädlichen Klimagase verantwortlich. Seit der Regierungsübernahme durch Rot-Grün ist hier eine Besserung festzustellen. Seit 1999 haben wir durch die ökologisch-soziale Steuerreform eine Verkehrswende, einen Rückgang der Verkehrsleistung in Deutschland erreicht. Rot-Grün hat in Berlin eine Wende zum Klimaschutz eingeleitet, die wir in den nächsten Jahren fortsetzen werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir dürfen aber die Augen nicht davor verschließen, dass trotz dieser besseren Klimaschutzpolitik die Hochwasserereignisse nur abgemildert werden können. Wir werden in den nächsten Jahrzehnten mit diesen Ereignissen leben müssen. Wir müssen unseren Umgang mit den Fließgewässern, mit den Rückhaltegebieten, den Mooren und den Wäldern ändern. Deshalb haben wir zwei Anträge eingebracht, mit denen die Ermittlung und Festsetzung der Überschwemmungsgebiete gefordert wird.

Den Leuten muss klar und deutlich gesagt werden, wo in unserem Land die Risikogebiete liegen und wo gefahrlos gebaut werden kann. Dies ist auch für die Gemeinden von enormer Bedeutung. Was mich aufbringt, ist die Vorgehensweise, die die Staatsregierung in den letzten Monaten an den Tag gelegt hat. Derzeit werden Befliegungen der Überschwemmungsgebiete durchgeführt, danach werden Karten erarbeitet, in denen die hundertjährigen Überschwemmungsgebiete eingezeichnet werden.

Für viele Fließgewässer liegen diese Materialien mittlerweile vor. Sie sind im März kurzfristig auch von den Wasserwirtschaftsbehörden ins Internet eingestellt worden. Nach wenigen Tagen – einen Teil der Karten haben wir uns ausgedruckt – sind sie aber aus dem Internet wieder entfernt worden und sind jetzt sozusagen geheime Verschlussache. Sie sind nur noch intern erhältlich. In einem Bericht vom „Münchner Merkur“ vom 17. März ist als Begründung dafür, dass die Karten mit den Risikogebieten entfernt wurden, folgender Satz zu finden:

Weil man betroffene Grundstücksbesitzer beim Verkauf nicht benachteiligen möchte, sind die Grünmarkierungen

– also diese Überschwemmungsgebiete –

nicht öffentlich, sondern nur im internen Netz des Wasserwirtschaftsamtes sichtbar.

Kann es denn das sein? Es ist bekannt, dass bestimmte Gebiete Überschwemmungsgebiete sind. Dennoch darf der Besitzer seinen Grund verkaufen. Das ist doch im Prinzip üble Rosstäuscherei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Statt die Bevölkerung und die Gemeinden zu informieren und ihnen zu sagen, welche Gebiete Risikogebiete sind, werden die Karten aus dem Internet wieder herausgenommen. Man enthält der Bevölkerung und den Gemeinden wichtige Daten vor. So kann es doch nicht gehen. Deshalb haben wir in dem Zusammenhang den Antrag gestellt, dass die Überschwemmungsgebiete dargelegt werden und dass berichtet wird, was in der Vergangenheit schon getan wurde und was in Zukunft noch notwendig ist.

Es reicht aber nicht, dass die Überschwemmungsgebiete nur festgestellt werden. Wir brauchen auch einen naturnahen Hochwasserschutz. Das kommt auch in den SPD-Anträgen zum Ausdruck. Wir werden ihnen insgesamt zustimmen, auch wenn wir mit der Polderlösung Probleme haben. Wir brauchen einen naturnahen Hochwasserschutz. Wir müssen wieder dazu kommen, dass die Hochwässer schadlos in der Fläche austreten können. Wir müssen vom Hochwasser wieder zum Breitwasser kommen, wie es auch früher der Fall gewesen ist. Hierin besteht eine enorme Aufgabe. Das Denken, welches sich zum Teil über Jahrhunderte entwickelt hat, muss umgekehrt werden. Statt die Flüsse enger zu machen und sie zu konzentrieren, müssen wir ihnen den notwendigen Raum geben, um unsere Siedlungen in Zukunft besser schützen zu können.

Der wesentliche Teil dieser Aufgabe kommt dabei natürlich dem Staat zu. Hierzu brauchen wir ganz dringend ein Kataster, um zu wissen, was entlang der Gewässer erster und zweiter Ordnung an Grundstücken im Besitz der öffentlichen Hand zur Verfügung steht, um diese Flächen als Nukleus für einen öffentlichen Hochwasserschutz zu verwenden. Wir wissen genau, dass es schwierig ist, an Privatgrundstücke entlang der Flüsse heranzukommen. Diese Probleme sehen wir. Das ist ein enorm dickes Brett.

Zielführend wäre es, nach Grundstücken im Besitz der öffentlichen Hand zu suchen, bei denen wir mit einem ökologischen Hochwasserschutz ansetzen können.

Beim Hochwasserschutz – und damit komme ich zum Schluss – ist es bei uns nicht fünf vor zwölf, sondern in vielen Bereichen fünf nach zwölf. Wir können uns darauf einstellen – und das sagen auch alle Prognosen –, dass das nächste Hochwasser kommen wird. Jeder Tag, an dem wir notwendige Hochwasserschutzmaßnahmen – und hier ist der ökologische Hochwasserschutz an erster Stelle zu nennen – nicht ergreifen, ist ein verschenkter Tag. Ich bitte um Zustimmung zu unseren Anträgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsident Alois Glück: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Werner-Muggendorfer.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Magerl hat schon erwähnt, dass wir seit 1999 bzw. 2004 viele Erfahrungen mit Hochwässern nicht nur hier in Bayern, sondern auch außerhalb Bayerns sammeln konnten. Allerdings hat das Einleiten dieser Maßnahmen auch deutlich gemacht, dass es Versäumnisse gab, die aufgeholt werden mussten. Ich denke nur an die Deichsanierung, welche eigentlich eine ständige Aufgabe ist und die vernachlässigt wurde, sodass es zu großen Problemen kam. Sehr deutlich wurde auch – das hat auch der Kollege Magerl erwähnt –, dass die Versiegelung unserer Landschaft bei weitem nicht gestoppt wurde, sondern dass sie weiter geht. Hier gibt es kein Halten. Wir geben dem Wasser wirklich zu wenig Raum. Das wird durch diese Hochwässer deutlich. Diese Hochwässer werden uns immer wieder veranlassen, über die Ursachen nachzudenken.

Natürlich ist 1999 ein ehrgeiziges Programm aufgelegt worden – davon will ich gar nichts wegnehmen. Es liest sich auch wunderbar. Es heißt „Aktionsprogramm 2020“. Allerdings muss man sich fragen, was aus diesem Programm geworden ist. In dem Zusammenhang ist es mir wichtig, zu sagen, wer dieses Aktionsprogramm eigentlich finanziert. Mich ärgert es immer, wenn Millionen Summen in den Raum gestellt werden, dabei aber nicht deutlich gemacht wird, wie viel die Europäische Union bezahlt, wie viel der Bund über die Gemeinschaftsaufgabe bzw. über den Flutopfersolidaritätsfonds bezahlt oder welchen Anteil die Kommunen daran tragen. Das müsste auch immer aufgeschlüsselt werden. Der Freistaat darf sich nicht immer so hinstellen, als käme das ganze Geld aus der Kasse des Freistaates.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Auf einen Gesichtspunkt möchte ich hinweisen, auch wenn er in den Anträgen nicht dezidiert genannt ist. Die Kommunen haben immer größere Probleme, ihren Anteil zu tragen. In meiner Heimatgemeinde, in der ich Stadträtin bin, haben wir zur Nothilfe gegriffen und die Hausbesitzer, die davon profitieren, dass sie vom Hochwasser verschont bleiben, zu einer Eigenbeteiligung herangezogen. Das ist in Bayern erstmalig. Ich weiß nicht, ob es der richtige Weg ist, denn die einzelnen Grundstücksbesitzer

können nichts dafür, dass sie unter dem Hochwasser leiden, wenn sie an einem so großen Fluss wie an der Donau wohnen. Dennoch muss darüber nachgedacht und darauf hingewiesen werden, was aus diesem Aktionsprogramm, welches vollmundig angekündigt wurde, im Zeitalter der Kürzungen geworden ist. Das Ministerium nennt es vornehm Verschiebung einzelner Zwischenziele. Das hört sich wunderbar an.

(Susann Biedefeld (SPD): Von wegen!)

Verschiebung einzelner Zwischenziele bedeutet einfach, dass bestimmte Maßnahmen nicht verwirklicht werden können. Das kann uns aber nicht zufrieden stellen. Auf diesem Gebiet sind Kürzungen der falsche Weg. Das Wasser und vor allem das Hochwasser wartet nicht darauf, ob die Zwischenziele jetzt hinausgeschoben werden oder nicht.

In dem Zusammenhang müssen wir auch auf die neue Studie über Klimaveränderung und Wasserwirtschaft hinweisen, aus der ganz deutlich wird – über diese Schlagzeilen bin ich ziemlich erschrocken –, dass Bayern aufgrund der Klimaveränderungen weiterhin von großen Katastrophen bedroht ist. Ich erinnere mich noch daran: 1999 wollte es in diesem Haus niemand hören, dass es zwischen Klimaveränderung und Hochwasserkatastrophe einen Zusammenhang gibt. Das passt einfach nicht mit Kürzungen zusammen, die jetzt auf diesem Gebiet vorgenommen werden.

Kollege Magerl hat es bereits gesagt: Wir müssen damit leben, dass in nächster Zeit noch öfter Hochwasser kommen werden. Wir müssen uns aber darauf einstellen. Das ist das Wichtigste. Deshalb haben wir zu diesem Themenkomplex einige Anträge gestellt, auch wenn diese in ähnlicher Weise schon in der letzten Legislaturperiode gestellt worden sind. Leider sind sie in diesem Haus aber nicht zum Erfolg gekommen.

Wir sind der Meinung, dass die Flüsse mehr Raum brauchen. Das Schlagwort „mehr Breitwasser als Hochwasser“ wurde schon genannt. Wir sind der Meinung, dass Vorsorgemaßnahmen getroffen werden müssen. Auch wenn der technische Hochwasserschutz eine Rolle spielt, stellt sich doch die Frage, welche Rolle er spielt. Darüber können wir reden. Meine Sorge ist, dass sich die Bevölkerung in Sicherheit wiegt, weil ihr nach den Hochwasserkatastrophen sehr viele Versprechungen gemacht worden sind. Ich habe es persönlich miterlebt. Diese Versprechen werden jetzt aber nicht eingehalten. Zum Teil werden die Maßnahmen verschoben und zum Teil werden sie unmöglich gemacht, weil die Projekte sehr schwer durchzusetzen sind.

An dieser Stelle möchte ich Folgendes deutlich machen: Ich will die Arbeit der Wasserwirtschaftsämter und der dort Beschäftigten positiv herausheben. Sie arbeiten vor Ort gut und machen ihre Arbeit so, wie es sich gehört. Allerdings bekommen sie immer weniger Geld zur Verfügung gestellt, und die Motivation der Beschäftigten ist nicht gerade zum Besten bestellt, weil sie nicht wissen, wie es weitergeht und an welcher Stelle sie in nächster

Zeit eigenständig oder an einer anderen Stelle angesiedelt arbeiten dürfen.

Nun zu unseren Anträgen. Für die Gemeinden stellt sich das Problem der Sicherheit. Sie brauchen Planungssicherheit und Finanzierungssicherheit. Deshalb fordern wir, auch wenn es nicht dezidiert in unseren Anträgen steht, ein Gesamtkonzept für die Flüsse, weil wir große Probleme mit den Ober- und Unterliegern haben, die bei den Projekten gegenseitig Einsprüche machen, sodass wir zu keiner praktischen Umsetzung der Projekte kommen.

Zu den Anträgen: Wir haben einige Aufgaben aufgegriffen, von denen wir glauben, dass sie vorrangig sind. Das Wichtigste ist sicherlich, das Wasser dort aufzufangen, wo es entsteht. Das ist im übertragenen und im richtigen Sinn an der Quelle. Wir müssen dem Wasser Raum geben, wir müssen Vorsorge treffen, und wir müssen den technischen Hochwasserschutz – wo es nicht anders geht natürlich auch mit gesteuerten Poldern – vorantreiben. Ich wehre mich dagegen, wenn im Vorfeld gesagt wird, uns wären die Frösche wichtiger als die Menschen. Ich glaube, dass wir alle miteinander vernünftig leben können. Es ist ein Kollege von Ihnen, der das gerne macht, mich zu bezichtigen, dass mir die Frösche wichtiger wären. Ich will hier dezidiert sagen, dass mir die Menschen wichtiger sind als die Frösche, wenn es darauf ankommt. Ich wehre mich dagegen, dass man das so vereinfacht, weil man das nicht tun kann.

Zum nächsten Antrag – das ist mir auch ganz wichtig, dass das hier deutlich gemacht wird – betreffend die Entschädigungsregelung für Landwirte. Ich verstehe nicht, wie auf der einen Seite der Kollege im Umweltausschuss sagen kann, das wäre alles schon geregelt, warum ich mich da aufrege, das wäre alles gar nicht notwendig. Der Landwirtschaftsausschuss fordert dazu aber einen Bericht. Also muss es doch nicht ganz so klar geregelt sein. Ich freue mich, dass die Kollegen im Landwirtschaftsausschuss so weise gehandelt und dem Berichtsantrag in umformulierter Fassung zugestimmt haben. Ich glaube, dass das eine ganz wichtige Rolle spielt.

Wenn wir Hochwasserschutz und Hochwasservorsorge betreiben wollen, dann brauchen wir dafür die Grundstücksbesitzer. Diese brauchen Planungs- und Finanzierungssicherheit wenn sie wissen, dass ihr Grundstück eventuell belastet wird. Ich denke, es ist ein vernünftiger Vorschlag, die Direktionen für ländliche Entwicklung in der Weise daran zu beteiligen, wie es zum Beispiel im landwirtschaftlichen Wochenblatt aufgegriffen war.

Kollege Dr. Magerl hat zu den Risikogebieten schon einiges gesagt. Ich halte den Antrag für sehr wichtig, den die GRÜNEN gestellt haben, weil es auch uns wichtig ist, dass definiert ist, was das überhaupt ist, was jeder und jede darunter verstehen können. Die Gemeinden brauchen Klarheit, wenn sie Bau- und Gewerbegebiete ausweisen. Es muss klar definiert sein, wo Risikogebiete sind, wo das auf keinen Fall geht. Man muss Klarheit schaffen. Ich denke, man muss die Vorgaben genau kennen und formulieren.

Dann haben wir noch einen Antrag betreffend Heizöllager-tanks gestellt. Beim Hochwasser 1999 sind bei uns Millionen Kubikmeter Heizöl ausgelaufen. Das hat zu riesigen Problemen geführt. Das kann man vermeiden, indem man in Risikogebieten zum Beispiel andere Brennstoffe vorschreibt. Es gibt genügend Alternativen; das kann nicht so schwierig sein. Ich sehe hier genügend Waldbesitzer sitzen, die sicher nichts dagegen haben, dass Pellets verbrannt werden oder Holz verbrannt werden. Ich denke, so etwas ist bei weitem nicht so schädlich, wenn so etwas unter Wasser gerät, wie Öltanks, die nicht zu sichern sind.

(Beifall der Abgeordneten Susann Biedefeld (SPD))

Dann haben wir einen Antrag zu den Modellprojekten bewirtschaftete Polder gestellt. Wir sind der Meinung, es muss ausreichen, dass man das an zwei Stellen ausprobieren und versucht, die gewonnenen Erfahrungen umzusetzen. Das muss man nicht an sieben Projekten ausprobieren. Das ist ein Einsparungsvorschlag. Sonst werden wir immer aufgefordert, Einsparungsvorschläge vorzubringen; tun wir es, dann ist es auch nicht recht.

Wir haben in letzter Zeit wirklich genügend Katastrophen erlebt, um daraus zu lernen. Das sollten wir tun. Leider kann ich bei der Staatsregierung und auch bei der Mehrheitsfraktion nicht erkennen, dass die richtigen Schlüsse daraus gezogen werden. Ein Beispiel dafür – aber das werden wir auch wieder neu in die Diskussion einbringen – ist die Elementarschadensversicherung, die noch nicht geklärt ist. Das ist seit den Siebzigerjahren ein Thema in diesem Haus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, Papiere und Programme werden das Hochwasser nicht aufhalten. Ich fürchte, das wird nicht die letzte Diskussion sein, die wir zu diesem Thema führen. Ich hoffe immer noch auf Einsicht bei der Mehrheitsfraktion und bitte Sie, unseren Anträgen zuzustimmen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort für die CSU-Fraktion hat Kollege Weber. Bitte schön, Herr Kollege.

Manfred Weber (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Rahmenbedingungen haben sich geändert. Klimaveränderungen, konzentrierter Niederschlag auf kleinste Flächen: Die Hochwasserereignisse der letzten Jahre haben uns das gelehrt. Beim Hochwasserschutz geht es um Wesentliches, nämlich um den Schutz von Menschenleben und von Sachwerten. Wir haben es in der politischen Debatte mit einer hohen Emotionalisierung zu tun, weil es viele Menschen im wahrsten Sinne des Wortes hautnah betrifft. Deshalb sind Antworten zu geben. Deshalb hat die CSU-Fraktion die Staatsregierung unterstützt, dies im Aktionsplan 2020 umzusetzen und zu sagen, wir wollen technischen und natürlichen Hochwasserschutz und die Stärkung der Prävention. Diese drei Säulen sind der richtige Weg. Diesen Weg haben wir eingeschlagen.

Auch bei den Finanzen sind Antworten zu finden. Ich darf daran erinnern, die CSU-Landtagsfraktion hat beim Haushalt einen klaren Schwerpunkt gesetzt. Als die Euro-Umstellung anstand, haben wir das beim Hochwasserschutz schlicht vergessen; von 110 Millionen DM wurde auf nahezu 110 Millionen Euro umgestellt. Wir haben damit einen echten finanziellen Schwerpunkt gesetzt, weil wir die Probleme sehen.

Herr Magerl, bevor ich zu den Anträgen komme, möchte ich noch kurz auf Ihre Einschätzung eingehen. Wir erkennen alle, dass das CO₂ mittlerweile die ökologische Top-Herausforderung ist. Ich darf als Landespolitiker darauf hinweisen, dass Bayern die beste Bilanz in ganz Deutschland vorweisen kann.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Christian Magerl (GRÜNE))

Rot-Grün gibt uns mit dem Ausstieg aus der CO₂-neutralen Atomenergie keine Antworten. Die verstärkte Nutzung von Kohle und Gas wird nicht die Antwort sein, um das CO₂-Problem in den Griff zu bekommen.

Zu den Anträgen: Die GRÜNEN greifen das Thema Landesentwicklungsprogramm auf, die Ausweisung von Vorrangflächen. Ich möchte zunächst darauf hinweisen, dass die CSU-Landtagsfraktion in der letzten Überarbeitung des Landesentwicklungsprogramms einen echten Epochenwechsel vorgenommen hat. Über Jahrhunderte hinweg haben die Menschen den Flüssen den Raum weggenommen, immer näher an die Flüsse herangebaut. Erstmals werden Vorrangflächen ausgewiesen und gesagt, wir müssen mit dieser Entwicklung Schluss machen. Wir wissen aber auch, dass das nur im Dialog mit den Kommunen geht. In der letzten Anhörung zum Thema „Reform der Regionalen Planungsverbände“ war allen wichtig, dass wir die Kommunen bei diesem Thema zu Beteiligten machen und mit ins Boot holen. Wenn die Kommunen vor Ort in den Dialog einbezogen werden sollen, dann benötigt die Ausweisung von Vorrangflächen Zeit. Die Entwicklungsfähigkeit muss beachtet werden; das war ein Antrag der CSU-Fraktion im letzten Jahr. Wir hatten auch beantragt und durchgesetzt, dass parzellengenau ausgewiesen wird, wenn die Kommunen es wünschen.

Herr Magerl kritisiert, die Befliegungen laufen und die Ergebnisse werden als geheim abgestempelt. Ich darf Ihnen sagen, was die Landwirte zurzeit wirklich bewegt – das ist etwas ganz anderes: Wenn diese Vorrangflächen gemäß der Definition für ein hundertjähriges Hochwasser ausgewiesen werden, dann wollen wir von der CSU es gemeinsam mit den Landwirten schaffen, dass man diese Flächen frei hält. Ihr Kollege Trittin in Berlin legt ein Hochwasserschutzgesetz vor, in dem für diese Vorrangflächen, die jetzt ausgewiesen werden, ein Umbruchverbot ausgesprochen wird. Das ist eine klare Entwertung dieser gesamten Flächen. Ich war gestern im Rottal unterwegs und habe mit einem Landwirt darüber gesprochen. Der sagt: Ich werde gegen diese Ausweisung klagen, ich verstehe, dass wir Schutz und Prävention machen müssen, als Landwirt verstehe ich das.

Das Anbauverbot ist hochwassertechnisch überhaupt nicht begründbar. Ob eine Frucht darauf steht oder ob es sich um Grünland handelt, spielt bei einem Hochwasser keine Rolle; die Fläche ist nach wie vor vorhanden. Bei dieser Vorgehensweise braucht man sich nicht zu wundern, wenn Landwirte sagen, sie machen bei solchen Ausweisungen nicht mehr mit.

(Beifall bei der CSU)

Die Landwirte draußen haben Angst vor Trittin. Deshalb wehren sie sich zurzeit gegen diese Ausweisung von Vorrangflächen.

(Widerspruch der Abgeordneten Marianne Schieder (SPD))

Im Landesentwicklungsprogramm haben wir die Ausweisung mit angeregt und wollten das auf einen guten Weg bringen, ich glaube, auch im Dialog mit allen Parteien. Es wird heute beantragt, dass wir einen Berichtsantrag beschließen. Ich schlage vor, dass wir diesen Antrag ablehnen, und zwar deshalb, weil der Minister am 19. Februar im Umweltausschuss einen umfassenden Bericht dazu gegeben hat und wir auch bei der Ministerialbürokratie Entbürokratisierung machen und keinen Antrag für einen Bericht zu noch einem Bericht brauchen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Dann lösen wir den Landtag eben auf! Das braucht er dann nicht!)

Der nächste Punkt war dann der natürliche Hochwasserschutz. Die GRÜNEN fordern Deichrückverlegung, die SPD eine neue Prioritätensetzung. So steht es im Antrag.

Um den Sachverhalt zu erläutern: Derzeit besteht eine Gleichwertigkeit der drei Ziele technischer und natürlicher Hochwasserschutz sowie Vorsorgemaßnahmen. Frau Werner-Muggendorfer, derzeit entscheidet das von Ihnen gelobte Wasserwirtschaftsamt. Die Fachleute vor Ort entscheiden im Einzelfall, ob natürlicher Hochwasserschutz betrieben wird, eine Deichrückverlegung erfolgt, ein Deich gebaut wird oder anders vorgegangen wird. Ich kann deshalb nicht nachvollziehen, wieso wir jetzt eine neue Prioritätensetzung brauchen. Lassen wir doch die Fachleute vor Ort im Einzelfall entscheiden. Ich weiß auch nicht, soll Ihr Antrag bedeuten, dass wir in Zukunft keinen Deich mehr bauen, weil der natürliche Hochwasserschutz Priorität hat, was immer das bedeutet.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es gibt einen Konflikt zwischen Hochwasserschutz und Naturschutz. Bei uns in Neustadt an der Donau – die Kollegin ist darauf eingegangen – wurden für viele Millionen Euro in den neu sanierten Deich so genannte Bibernatten eingebaut, um den Deich davor zu schützen, von Bibern zerfressen zu werden. Hier gibt es einen klaren Konflikt zwischen Naturschutz und Hochwasserschutz. Ich sage Ihnen, die Menschen draußen können nicht verstehen, dass wir dafür soviel Geld ausgeben. Wenn der Biber den Deich zerstört, muss man ihn schießen können. Die CSU-Fraktion hat beim letzten Mal einen Antrag eingebracht, in dem steht,

dass wir wollen, dass der Hochwasserschutz bei all diesen Maßnahmen unbedingt Priorität hat.

Ein weiterer Antrag von der SPD liegt uns vor, und zwar zum Thema „Entschädigungsregelungen“. Dort wird wie in diversen Presseberichten, die wir lesen durften, unterstellt, die CSU würde zukünftig keine Entschädigungen mehr zahlen wollen. So eine Behauptung ist meiner Ansicht nach schon von der Umgangsweise innerhalb des Parlaments her nicht okay, aber da können wir uns natürlich nichts schenken. Ich darf Sie auf die Grundsätze der Entschädigungsregelung hinweisen, die mittlerweile vom Ministerium erstellt worden ist und vorliegt. Es gibt einen Vertragsentwurf für die betroffenen Landwirte. Wir als CSU wollen keine Pauschalentschädigung, sondern eine Einzelfallentschädigung. Als Freistaat Bayern sind wir bemüht, die Flächen den Landwirten abzukaufen, wenn es möglich ist.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Wenn das Geld da ist!)

– Es ist Geld dafür vorhanden.

Das nächste wichtige Thema sind die Polder. Die SPD beantragt, in ganz Bayern nur noch zwei Polderprojekte durchzuführen. Um was geht es hier? – Polder sind eine gute Möglichkeit, um Katastrophen zu verhindern. Wenn die Hochwasserwelle kommt, werden gezielt Flutungen vorgenommen, was bedeutet, die Spitze des Hochwassers wird abgeleitet. Die gesamte Fachwelt sagt, das ist der richtige Weg. Die SPD sagt dagegen, sie wolle nur zwei der sieben Projekte weiterführen, und zwar mit der Begründung, die anderen Projekte seien nicht naturnah genug. Frau Werner-Muggendorfer, ich sage Ihnen, gehen Sie hinaus und sagen Sie den Menschen in Neustadt, dass wir diese Polder nicht brauchen. Wenn die nächste Hochwasserkatastrophe kommt, werden wir die Menschen daran erinnern, dass Sie die großen Investitionen, die wir durchführen wollen, nicht haben wollen.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das stimmt doch nicht!)

– Frau Werner-Muggendorfer, im Antrag steht, die Anzahl der Projekte soll auf zwei beschränkt werden.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Aber wo?)

– Das heißt für mich, dass fünf Projekte gestrichen werden, wenn es statt sieben Projekten nur noch zwei gibt.

(Hans Joachim Werner (SPD): In Neustadt dürfen Sie das nicht erzählen!)

– Das sage ich in Neustadt sogar sehr deutlich, und dort ist Frau Werner-Muggendorfer in der Defensive.

Wir von der CSU befürworten die Polderlösungen. 2002 wäre beispielsweise das Kloster Weltenburg schon wieder unter Wasser gestanden, wenn nicht die ersten Polder in Betrieb gegangen wären.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, was ist der CSU dabei wichtig? – Das Thema löst natürlich vor Ort viele Emotionen aus. Wir wollen im engen Dialog mit allen Betroffenen vorgehen. Deshalb gibt es eine Internetveröffentlichung und Ähnliches. Wir wollen den Immobilienbesitzern Sicherheit bieten. Deswegen hat die CSU-Fraktion einen Antrag in das Parlament eingebracht, dass wir die Beweissicherung, also den Schutz des Eigentums, anbieten wollen. Wir wollen mit der Landwirtschaft zu klaren Entschädigungsregelungen kommen, und wir werden im Haushalt trotz der schwierigen Situation die Mittel bereitstellen, um die Kofinanzierung der EU-Mittel sicherzustellen.

Aber, meine sehr verehrten Damen und Herren, das ist – wenn ich das politisch bewerten darf – noch gar nicht der Hammer. Der Hammer im Antrag der SPD ist der zweite Spiegelstrich. Dort formuliert die SPD, dass sie die Polderplanung für die Öberauer Schleife und die Isarmündung stoppen will. Zum Hintergrund: Die Öberauer Schleife war eine natürliche Schleife der Donau, die durch den Donauausbau abgeschnitten worden ist. Dort sind mittlerweile hochwertige Naturschutzflächen entstanden. Wenn die SPD nun sagt, diese beiden Flächen müssen aus der Planung herausgenommen werden, darf ich wiederholen, was ich bereits in meiner Presseerklärung gesagt habe: Wir fordern zwar von den privaten Grundbesitzern vor Ort, dass sie ihre Flächen für Flutungen zur Verfügung stellen, aber im Staatseigentum befindliche Naturschutzflächen dürfen nicht geflutet werden. Wir reden aber von einer Naturkatastrophe; wir reden von der Situation, dass Deiche und Dämme brechen können und dass Millionenwerte gefährdet werden. Wenn man in einer solchen Situation eine Naturschutzfläche nicht fluten darf, dann weiß ich nicht, auf welchem Stern Sie leben.

(Beifall bei der CSU)

Der SPD geht es in diesem Fall – wenn ich es so formulieren darf – um das Sichern der Frösche und nicht um das Eigentumsrecht der betroffenen Landwirte und Grundstückbesitzer.

(Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Das dürfen Sie nicht so formulieren!)

Ich komme zum letzten Punkt, den ich erläutern möchte. Die SPD hat einen Antrag zum Thema des Donauausbaus gestellt und möchte, dass wir die Variante A realisieren, damit wir Geld für den Hochwasserschutz übrig haben. Alle Experten sagen aber, dass die Variante A den stärksten Hochwasserschutz erfordert, weil er dort die größten Probleme verursacht. Deswegen hat das Ministerium entschieden, dass wir die Variante A als Grundlage für die Hochwasserschutzplanungen nehmen, weil dafür der größte Schutz notwendig ist. Deshalb bleibt bei Umsetzung des Antrags der SPD und Realisierung der Variante A kein Geld übrig. Aus diesem Grund ist der Antrag aus unserer Sicht abzulehnen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die CSU hat die Konsequenzen aus den Katastrophen der Vergangenheit gezogen und eine neue finanzielle Prioritätensetzung vorgenommen. Wir haben den Aktionsplan 2020 auf den

Weg gebracht und Umsteuerungen im LEP vorgenommen. Deswegen werden wir die Anträge der Opposition ablehnen.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Mir liegt eine weitere Wortmeldung der Frau Kollegin Werner-Muggendorfer vor. Bitte, Frau Kollegin.

Johanna Werner-Muggendorfer (SPD): Liebe Kollegen, liebe Kolleginnen! Herr Kollege Weber, ich möchte es nicht stehen lassen, wenn Sie mir unterstellen, ich würde mich grundsätzlich gegen bewirtschaftete Polder aussprechen. Das stimmt nicht. Wenn Sie den Antrag genau gelesen haben – und Sie haben ihn sogar zum Teil vorgelesen –, dann wissen Sie genau, dass es darum geht, die Polderbewirtschaftung an zwei von sieben Projekten auszuprobieren. Bei uns in der Region sehe ich zum Beispiel kein Problem, was den Naturschutz anbelangt, dass man so etwas nicht ausprobieren könnte.

(Zuruf des Abgeordneten Manfred Weber (CSU))

– Ich bin gern bereit, mit Ihnen über die Änderung von Anträgen nachzudenken, aber ich lasse mir von Ihnen nicht immer wieder unterstellen, Tiere wären mir mehr wert als Menschen und ich wäre generell gegen bewirtschaftete Polder. Ich habe immer gesagt, wo es nicht anders möglich ist, muss man auch über bewirtschaftete Polder nachdenken. Das ist keine Frage. Ich wehre mich aber dagegen, dass Sie die Sache vereinfachen und mir unterstellen, ich wäre prinzipiell gegen bewirtschaftete Polder, wenn wir von der SPD fordern, dass die Bewirtschaftung an zwei Projekten ausprobiert wird, damit man sieht, wie man damit umgehen kann, wie man die Entschädigung ausgestaltet und wie sich das vor allem auf die Vegetation auswirkt, wenn man über einen längeren Zeitraum Wasser in einer bestimmten Höhe auf Feldern stehen lässt.

(Beifall bei der SPD – Henning Kaul (CSU): Da hat man doch Erfahrungen!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Zu Wort gemeldet hat sich Frau Staatssekretärin Müller. Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte kurz auf die Nachfrage von Frau Kollegin Werner-Muggendorfer eingehen und in aller Deutlichkeit sagen, dass die Staatsregierung an der Hochwasserschutzstrategie und dem Aktionsprogramm 2020 festhält. Daran wird sich nichts ändern. Wir investieren bis 2020 nach jetzigem Stand 2,3 Milliarden Euro. Wir investieren in diesem Jahr auch bei knappsten Kassen 95 Millionen Euro. Wir haben im letzten Jahr 135 Millionen Euro investiert.

Deshalb ist heuer eine Reduzierung auf 95 Millionen vertretbar. Im nächsten Jahr sind wieder 115 Millionen Euro geplant. Ich kann Ihnen auch sagen, welche EU-Gelder enthalten sind. In den geplanten Mitteln sind Gelder aus zwei EU-Fonds enthalten. Das ist zum einen der EAGFL

für den ländlichen Raum; hier sind für 2004 in der Gesamtsumme von 95 Millionen 47,5 Millionen Euro für den Hochwasserschutz enthalten. Aus EFRE für die strukturschwachen Gebiete sind in den insgesamt 95 Millionen Euro 12 Millionen Euro enthalten. Ich denke, das ist eine gute Zusammensetzung.

Wir setzen nach wie vor auf den natürlichen Rückhalt und auf den technischen Hochwasserschutz, so wie es Herr Kollege Weber im Vorfeld klar und deutlich ausgeführt hat.

Lassen Sie mich ganz kurz auf die Polder eingehen, weil diese in der Debatte eine Rolle gespielt haben. Ich bin der Auffassung, dass wir den natürlichen Rückhalt brauchen. Flutpolder und die Rückverlegung von Deichen ergänzen sich in der Zielsetzung einer Verbesserung des Hochwasserschutzes. Mit dem Flutpolderkonzept ist es möglich, Ausgleich bei Hochwassersituationen zu schaffen. Ein solcher Ausgleich ist dringend erforderlich und notwendig und dazu gibt es keine Alternative. Aufgrund von Kosten-Nutzen-Abschätzungen und von Realisierbarkeitsuntersuchungen wurden sieben Polder von den Wasserwirtschaftsämtern ermittelt. Sie haben vorhin die hohe Sachkompetenz unserer Mitarbeiter in den Wasserwirtschaftsämtern angesprochen. Ich möchte diesen Aspekt unterstreichen.

Ich sage Ihnen klar und deutlich: Zwei Polder sind nicht zielführend. Wir halten an unserem Hochwasseraktionsprogramm bis 2020 fest. In aller Deutlichkeit: Unsere Wasserwirtschaftsämter setzen sich mit hoher Sachkompetenz dort ein, wo Baugebiete neu ausgewiesen werden. Die Wasserwirtschaftsämter werden immer wieder darauf hinweisen, dass Bauten in Überschwemmungsgebieten mit Sicherheit nicht zielführend sind. Das führt in allererster Linie zu finanziellen Verlusten und auch zu Leid und Einschränkungen bei den Betroffenen. Deshalb halten wir nach wie vor an unserem Konzept für Hochwasserschutz fest.

(Beifall bei der CSU)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die federführenden Ausschüsse für Umwelt- und Verbraucherschutz bzw. für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie empfehlen, alle Anträge abzulehnen. Ich schlage vor, über die acht Anträge eine Gesamtabstimmung durchzuführen und dieser Gesamtabstimmung das Votum des jeweils federführenden Ausschusses zugrunde zu legen. Die Fraktionen haben sich auf dieses Verfahren geeinigt. Erhebt sich Widerspruch? – Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich so abstimmen. Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion im jeweils federführenden Ausschuss einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind alle Kolleginnen und Kollegen. Damit übernimmt der Landtag diese Voten und damit sind diese Anträge abgelehnt.

Ich rufe auf:

Tagesordnungspunkt 15

Antrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Barbara Rütting, Eike Hallitzky und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Umstellungsberatung für Großküchen und Kantinen (Drucksache 15/199)

Es wurde eine Redezeit von 15 Minuten pro Fraktion vereinbart. Ich darf darauf aufmerksam machen, dass für diesen Antrag eine namentliche Abstimmung beantragt wurde, die im Anschluss an die Aussprache durchgeführt wird.

(Zurufe von der CSU und der SPD)

– Ich übernehme das, was mir gesagt wird.

Ich eröffne die Aussprache. Bitte schön, Frau Kollegin Rütting.

Barbara Rütting (GRÜNE): Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Es geht um die Umstellungsberatung für Großküchen und Kantinen. Ich erwähne kurz unseren Antrag: Die Staatsregierung wird aufgefordert, im Rahmen der Auflösung der Ernährungsberatungsstellen einen Projektbereich am Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit einzurichten, mit folgenden Aufgaben: Beratung für landeseigene Großküchen und Kantinen sowie andere öffentliche Unternehmungen zum schrittweisen Einstieg zur Umstellung auf einen möglichst hohen Anteil ökologischer Lebensmittel unter dem Gesichtspunkt der Regionalität, Vermittlung von geeigneten Lieferanten und Anbietern und Erstellung eines Begleitprogramms. Dabei sind – das ist sehr wichtig – nur die bereits vorhandenen Personal- und Sachmittel entsprechend umzustrukturieren. Das Gesamthaushaltsvolumen wird dadurch nicht erhöht. Wir verlangen also weder neue Stellen noch neue Gelder.

Begründung: Ich habe vorhin bereits erwähnt, dass jährlich 75 Milliarden für die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten ausgegeben werden; also Krankheiten, die durch falsche Ernährung entstehen und durch eine Umstellung auf eine vitalstoffreiche Vollwerternährung zu verhindern oder zu lindern wären. Herr Minister Schnappauf hat es ebenso wie Frau Staatssekretärin Müller wiederholt gesagt: Unsere Kinder werden immer kränker und jedes dritte Kind ist schon zu dick. Übrigens werden in den USA im nächsten Jahr nach den Berechnungen der dortigen Behörden die meisten Todesfälle durch Fehlernährung zu beklagen sein, und zwar noch vor Nikotinmissbrauch und den daraus resultierenden Folgekrankheiten wie Herz- und Krebserkrankungen, die ebenfalls – das sagen auch die Schulmediziner – zu 30 bis 50 % auf Fehlernährung beruhen. In den USA, die ja besonderes in Bayern so gern als Vorbild zitiert werden, steht das Problem inzwischen auf der politischen Agenda und füllt die Storys der Medien. In Amerika müssen nicht nur die Flugzeugsitze, sondern auch die Särge erweitert werden, weil die Leute zu dick sind. Die Welle schwappt bereits zu uns über. Wir lesen es täglich in den Zeitungen: Jeder Zweite

ist zu dick und leider eben auch die Kinder. Sie sind nicht nur zu dick, Adipositas, Allergien, Herzkrankheiten und Altersdiabetes nehmen zu. Heute stand in der Zeitung, es sei ein fünfjähriges Kind mit Altersdiabetes eingeliefert worden.

Ich habe mich sehr über die Pressemitteilung von Herrn Minister Dr. Schnappauf vom 26. Februar gefreut. Ich zitiere:

30 % der Krankheiten sind ernährungsbedingt. Bewegungsmangel und falsche Ernährung zählen heute zu unseren Krankmachern Nummer 1. Die Folgen kennen wir, am konsequenten Handeln fehlt es aber.

Zitat Ende. – Am konsequenten Handeln fehlt es also. Vielleicht hat heute die konstituierende Sitzung zum Landesgesundheitsrat etwas geändert. Ich kann das nur hoffen. Der Mensch ist, was er isst. Diesen Satz hat ein Philosoph geprägt, und zwar der Philosoph Lichtenberg. Was wir essen, hat einen maßgeblichen Einfluss, nicht nur auf unsere Gesundheit, sondern auch auf unsere geistige Leistungsfähigkeit. Vielleicht haben Sie in der Landtagsgaststätte eines der täglich auf der Speisekarte stehenden meist recht köstlichen Vollwertgerichte probiert. Dann werden Sie beobachtet haben, dass Sie sich danach angenehm satt, aber nicht vollgestopft und müde gefühlt haben, sondern körperlich und geistig fit. Brain-Food ist das Zauberwort. Das bedeutet soviel, wie Nahrung für das Gedächtnis, Nahrung fürs Gehirn und Steigerung der geistigen Leistungsfähigkeit. Der erfreuliche Nebenaspekt: Ein vollwertiges Essen schmeckt nicht nur gut, hält fit und hat positive Effekte auf die Stressbewältigung, sondern ist durchaus auch erschwinglich, was immer abgestritten wird. Frau Mühlegg, die sehr skeptisch war, hat mir begeistert versichert, dass das tägliche Gericht auch sehr gut angenommen wird; also ein weiterer positiver Aspekt. Es heißt zwar, ein voller Bauch studiert nicht gern, aber es kommt auch darauf an, was in dem Bauch drin ist. Insofern muss man das Sprichwort ein bisschen ergänzen.

Die Frage der Ernährung muss angesichts der zunehmenden ernährungsbedingten Krankheiten – ich habe es schon erwähnt – endlich die entsprechende Bedeutung erfahren. 75 Milliarden Euro – man muss sich diese Zahl vor Augen führen – werden jährlich für die Behandlung ernährungsbedingter Krankheiten ausgegeben, die zu verhindern wären. Um jedem Missverständnis vorzubeugen: Es geht überhaupt nicht darum, alle Menschen zu Vegetariern zu machen. Mir geht es darum, dass die Verbraucher und Verbraucherinnen bewusst mehr für Qualität als für Quantität ausgeben. Noch einmal: Das bedeutet, dass die Bauern mehr Geld für ihre Lebensmittel bekommen müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wiederhole das in allen meinen Vorträgen, auf Kongressen und in Talk-Shows. Ich nenne noch einmal die Zahl: 1960 gab ein Haushalt in Deutschland 30 % des Budgets für Lebensmittel aus, heute sind es nur noch 12 %. Dieser Rückgang ist eine katastrophale Entwicklung.

Wir müssen versuchen, das den Verbraucherinnen und Verbrauchern klar zu machen.

(Unruhe)

Für das Auto wird das teuerste Öl genommen und für den Salat soll es das billigste sein. Unsere Bauern müssen für qualitativ hochwertige Lebensmittel besser bezahlt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Umstellung auf ökologisch erzeugte, vollwertige Lebensmittel ist ein wichtiger Schritt, um Folgekosten sowohl im Gesundheits- als auch im Umweltbereich zu vermeiden.

Ebenso wie der Verbraucherschutz angesichts des BSE-Debakels als ein wichtiges politisches Handlungsfeld erkannt wurde und die Defizite der vergangenen Jahrzehnte mit der Schaffung des BMVEL endlich in Angriff genommen und aufgearbeitet wurden, so muss auch die Bedeutung der Qualität von Lebensmitteln, der Zusammenhang zwischen Gesundheit und Ernährung endlich erkannt werden.

(Unruhe)

Wenn es um eine vernünftige und zukunftsfähige Gesundheitsreform geht, nimmt die Frage der gesunden Ernährung eine Schlüsselstellung ein. Deshalb fördert das BMVEL ja auch im Rahmen des Bundesprogramms „Ökologischer Landbau“ und im Rahmen der Regionalvermarktung bundesweit Schulprojekte, bei denen die Verpflegung auf vollwertige, ökologische und regionale Produkte umgestellt wird.

Als sich herausstellte, dass Bayern nicht wie behauptet BSE-frei, sondern sogar das Land mit den meisten BSE-Fällen ist, haben Sie, meine Damen und Herren von der CSU, das Ministerium für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz geschaffen. 2800 Mitarbeiter – so Ministerpräsident Stoiber am 14.02.2001 – werden im neuen Ministerium arbeiten. Wunderbar! Wir haben uns alle gefreut!

(Unruhe)

Zugleich wurde die „Verbraucherinitiative Bayern“ ausgerufen und mit 600 Millionen DM ausgestattet. „Ein bundesweit einmaliges Projekt“, so Minister Falthäuser in seiner Plenarrede am 05.04.2001.

Heute ist zu unserem Bedauern alles rückgängig gemacht; das haben wir schon mehrfach gesagt. Geerbt hat den Bereich Gesundheit und Verbraucherschutz Herr Minister Schnappauf. Spätestens seit dem Nachtragshaushalt und den Streichorgien im Geschäftsbereich des Ministeriums für Umwelt, Gesundheit und Verbraucherschutz ist klar, dass die Bereiche Verbraucherschutz und Ernährung in Bayern künftig nurmehr ein klägliches Schattendasein führen werden. Die Kürzungen betragen mit 12,3 % ein Vielfaches mehr als in jedem anderen Ministerium. Im

Zuge der Sparmaßnahmen sollen nun die wichtigen Stellen der Ernährungsberatung auf der Strecke bleiben.

Sie erinnern sich: Die Gesamtkürzungen im Bereich besonderer Fachaufgaben, Ernährung und Verbraucherschutz, betragen 15,26 Millionen Euro. Das entspricht 53 % der ursprünglichen Ansätze für 2004. Gestrichen wurden die 260 Stellen der gerade neu geschaffenen staatlichen Ernährungsberater in den Landratsämtern. Wir halten das für falsch. Hier wurde mit teils sehr motivierten Mitarbeiterinnen im Bereich Ernährungsberatung wichtige Arbeit geleistet.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Frau Götz hat das auch gesagt. Dies war Arbeit im Sinne gesundheitlicher Prävention. Gerade die Ernährung spielt gesundheitspolitisch eine zentrale Rolle. Wer hier spart, spart am falschen Ende. Zu Recht hagelt es bayernweit Proteste gegen diese Streichungen, ganz besonders vor dem Hintergrund der Einführung von G 8 und der damit notwendigen Ganztagsverpflegung für die Schülerinnen und Schüler.

Es gab im Rahmen der Verbraucherinitiative ja durchaus gute und weiterführende Ansätze wie zum Beispiel den Wettbewerb Essen pro Gesundheit, die Schulcafeteria vom Kuratorium Schulverpflegung e.V., die nun nicht weitergeführt werden können, wie mir die Mitarbeiter von Schulverpflegung e.V. berichten.

(Anhaltende Unruhe)

Die Ergebnisse einer Studie bestätigen mir genau die Punkte, die ich eingangs erwähnt habe: Steigerung geistiger und körperlicher Leistungsfähigkeit sowie Stressabbau.

Wir möchten mit unserem Antrag erreichen, dass die engagierte Arbeit der Ernährungsberater weitergeführt werden kann; das gilt insbesondere für den Bereich der Außer-Haus-Verpflegung, die in den vergangenen Jahren erheblich zugenommen hat. Etwa 30 % unserer Lebensmittel werden inzwischen außer Haus eingenommen: am Arbeitsplatz, im Restaurant, in Kliniken oder Heimen. Hinzu kommen insbesondere Kindergärten, Tagesstätten und Schulen, in denen die Verpflegung bzw. die Zwischenverpflegung eine immer größere Rolle spielt.

Das G 8 in Bayern zu installieren, ohne ein vernünftiges Konzept für die Verpflegung der Schülerinnen und Schüler anzubieten und auch die notwendigen politischen Rahmenbedingungen zu schaffen, ist unverantwortlich.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Mir schreiben inzwischen massenweise besorgte Eltern, die nicht wollen, dass ihre Kinder mit Fastfood, Tiefkühlware auf der Mikrowelle oder Convenience-Produkten abgefüttert werden. Und auch seitens der Schulen und Lehrer gibt es Einsicht in die Zusammenhänge und die Forderung nach gesunder Ernährung.

(Anhaltende Unruhe)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Ein Augenblick, verehrte Frau Kollegin. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, sich vielleicht etwas gedämpfter zu unterhalten, wenn Sie überhaupt die Unterhaltung fortführen wollen.

(Beifall bei den (GRÜNEN))

Barbara Rütting (GRÜNE): Wenn in den Gesprächen, die ich in den Schulen führe, die Köche berichten, dass in der Schulkantine ein Kind mit einer Mahlzeit für nur 2 Euro abgespeist werden muss, dann ist das zu wenig. 2,50 Euro sind das Minimum. Frau Ministerin Hohlmeier schickt ihre Kinder auf die Waldorfschule, wo im Sinne einer ganzheitlichen Erziehung auf die Ernährung großer Wert gelegt wird. Was aber ist mit den anderen Kindern? Es kann doch nicht sein, dass es nach wie vor so heißt wie bei Hans Fallada: Weil du arm bist, musst du früher sterben.

Dem Land Bayern stehen vom Bundesprogramm zur Einführung von Ganztagschulen immerhin 600 Millionen Euro zu. Diese Mittel sind aber nicht vom Bund nur für das G 8, sondern für alle Schulen vorgesehen. Und davon soll nichts übrig sein für eine gesunde Ernährung unserer Kinder? Ich habe vorhin schon gesagt, es darf doch nicht sein, dass die Schulkinder sich ihr Essen in der Mittagspause auf dem Markt oder in benachbarten Firmenkantinen holen müssen, wie es bereits vorgeschlagen wurde. Und wenn Sie, Frau Götz, sagen, das sei alles nicht so schlimm und den Kindern gehe es ja gut, dann frage ich Sie: Warum ist denn die Situation so katastrophal, wie es auch Frau Staatssekretärin Müller ausführte?

Nach Auskunft Ihres Hauses, Herr Minister Schnappauf, werden nach der Streichung der 160 Stellen 19 vom Ministerium für Umwelt und Verbraucherschutz für den Bereich Ernährung übernommen. Wenn Sie also unserem Antrag zustimmten, würde das weder in Bezug auf das Personal noch auf die Finanzen eine Mehrbelastung bedeuten. Wir wollen erreichen, dass die bisherigen Stellen, die Sie eingeführt haben, für die Ernährungsberaterinnen erhalten bleiben und dass die Voraussetzungen für die benötigte Beratung sowie die logistische Unterstützung der Großküchen geschaffen werden.

(Unruhe)

Gleichzeitig würde dies auch eine wichtige Schnittstelle zu den Erzeugern gesunder ökologischer regionaler Lebensmittel bedeuten. Sie würden mit einbezogen, da ihnen über Absatzmöglichkeiten in den Kantinen Planungssicherheit gegeben würde.

Ernährung ist ein Politikum. Die beste präventive Gesundheitspolitik für unsere Kinder, die noch dazu enorme Folgekosten spart, ist die richtige Ernährung in Kindergärten, Horten, Schulen und in der Universität wie auch in Krankenhäusern oder Altersheimen und auch in Großküchen und Kantinen.

Ich möchte noch einmal betonen: Unser Antrag zielt auf die vorhandenen Stellen ab, die ins Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit und ins Ministerium

übernommen werden. Wir beanspruchen also keine neuen Stellen und keine zusätzlichen finanziellen Mittel. Ich halte mich für wertkonservativ, möchte ich sagen, und ich freue mich immer, wenn ich von einigen CSU-Abgeordneten höre: Wir sind ja Ihrer Meinung. Aber dann höre ich leider immer auch: Ich kann doch nicht einem Antrag zustimmen, der von einer GRÜNEN kommt.

(Zurufe von der CSU: Oh, oh! – Henning Kaul (CSU): Das geht uns genauso!)

Ich bitte Sie also, springen Sie über Ihren Schatten oder erarbeiten Sie, wenn Sie unserem Antrag nicht zustimmen können, eine schöne Lösung und bringen diese als Ihren eigenen Antrag ein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Das Wort für die CSU-Fraktion erteile ich nun Frau Kollegin Götz.

Christa Götz (CSU): Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Rütting, immer mehr Menschen verpflegen sich außer Haus. Das ist Fakt. Sicherlich sind die Großküchen ein wichtiger Umschlagplatz für mehr Gesundheit. Da gebe ich Ihnen vollkommen Recht. Deswegen hat ja auch der damalige Verbraucherminister Sinner – heute ist er hier – im November 2002 dieses Thema aufgegriffen.

(Unruhe und Zurufe)

So wurde im Frühjahr 2003 ein Wettbewerb gestartet „gut essen – mehr wissen – gesund genießen“. Und es gab die Aktion „5 x am Tag Obst und Gemüse“.

Ich möchte auch an die Gesundheitsinitiative „Bayern aktiv“ erinnern. Das läuft seit 2002 für Großküchen und Kantinen. Darüber hinaus möchte ich auch die Schulen erwähnen.

(Anhaltende Unruhe)

Auch hier gibt es Aktionen, die, wie mir gesagt wurde, sehr gut laufen. Schüler gründen eine Schülerfirma; zum Beispiel haben sie ein Pausenhofcafé gegründet. Darin versorgen sie ihre Mitschüler in der Pause mit ausgewählten Produkten.

Auch die Ausbildung ist immer auf dem neuesten Stand. Bei uns in Nordbayern werden im Staatlichen Bildungszentrum Triesdorf jährlich circa 25 Betriebsleiterinnen und Betriebsleiter für Großküchen und Kantinen ausgebildet. Bestausgebildete Köche, Ökotrophologinnen und Küchenmeister setzen ihr Fachwissen garantiert für eine gesundheitsfördernde Ernährung ein. Somit geschieht eine richtige und beste Lebensmittelauswahl in den Großkantinen und Großküchen.

(Zuruf des Abgeordneten Joachim Wahnschaffe (SPD))

Regionale und saisonale Produkte stehen heutzutage in jedem Fall auf dem Speisezetteln.

(Unruhe)

Sie haben auch die Ernährungsberatung angesprochen. Ich will das nicht wiederholen. Ich habe vorhin schon erklärt, dass wir vom Bayerischen Bauernverband bestausgebildete Ernährungsfachfrauen bei Vereinen und Verbänden einsetzen; auch die AOK bindet diese Frauen ein.

(Anhaltende Unruhe)

Wir können die Menschen aber nicht zu Ökoprodukten oder Ökospeisen zwingen. Das ist letztlich auch eine Frage des Geldbeutels. Eines möchte ich klarstellen: Ökologische Nahrungsmittel bedeuten nicht zwangsläufig eine Verbesserung der Qualität. Merken Sie sich eines, Frau Rütting: Es gibt keine gesunden oder ungesunden oder verbotenen Lebensmittel. Es kommt einzig und allein auf die Menge, Auswahl und Kombination an.

(Lebhafte Zurufe von den GRÜNEN – Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Es kommt auch auf die Lebens- und Ernährungsgewohnheiten jedes Menschen an, darauf, ob er aktiv oder passiv ist. Schon vor 20 Jahren konnte man in Großküchen und Kantinen Vollwertkost auswählen.

(Anhaltende Unruhe)

Hier spreche ich aus eigener Erfahrung.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

Liebe Partei der GRÜNEN, die Küchenchefs und Ökotrophologinnen brauchen keinen Antrag von Ihnen; denn die wissen Bescheid. Es ist also nicht nötig, wie ein Wiederkäufer drei Ausschüsse mit dem Antrag zu befassen, der dreimal abgelehnt wurde. Sie sind mit Ihrem Öko-Antrag viel zu spät dran; der Zug ist schon lange abgefahren. Was Sie alles vorgetragen haben, wissen wir schon lange. Sie müssen auch nicht das Rad neu erfinden. Somit ist der Antrag abzulehnen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe von der CSU: Bravo!
– Dr. Sepp Dürr (GRÜNE): Aha, aha!)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Für die SPD hat das Wort Frau Kollegin Radermacher. Bitte, Frau Kollegin.

Karin Radermacher (SPD): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich würde wetten: Wenn Sie nur den Antragstext lesen würden, ohne den Antragsteller zu kennen, würden Sie diesem Antrag selbstverständlich zustimmen. Wer kann schon etwas dagegen haben, dass beim Landesamt für Gesundheit und Lebensmittelsicherheit landeseigene Großküchen und Kantinen und andere öffentliche Unternehmungen so, wie im Antrag gefordert, beraten werden?

Sie zeigen aber immer denselben Reflex: Der Antrag war nicht von der CSU, also muss man zunächst einmal dagegen sein.

Auch im Ausschuss ist – wie auch heute wieder – kräftig an der Sache vorbeigeredet worden. Dort wurde gesagt, dass sich kein Mensch vorschreiben lässt, was er zu essen hat; Kantinen und Großküchen können zu nichts gezwungen werden. Das steht alles nicht in diesem Antrag. Die SPD-Landtagsfraktion hat sich, nachdem die Beratung des Antrags zurückgestellt worden war, erkundigt und gefragt, ob es um neue Stellen geht oder nur um ein Projekt, das man eigentlich befürworten sollte. Wir sind dann zu dem Schluss gekommen, dass man das ohne weiteres machen kann. Deswegen ist nach wie vor unerklärlich und wird Ihr Geheimnis bleiben, warum Sie diesem Antrag nicht zustimmen können, der nur Vorstellungen enthält, die Sie auch geäußert haben. Sie sind schlecht beraten, dass Sie diesem Antrag nicht zustimmen.

Ein Kollege von Ihnen hat vorhin vollmundig gesagt, dass es an der Beratung nicht fehlt, sondern dass man das nur umsetzen muss. Der Herr Vorsitzende hat sich im Ausschuss wirklich darum bemüht, dass man diesem Antrag zustimmt und dem Ministerium und auch dem Landesamt einen Anstoß gibt, etwas zu tun, was heute immer noch nicht überflüssig ist.

(Joachim Wahnschaffe (SPD): Die sind beratungsresistent!)

Wie der Herr Vorsitzende des so wichtigen sozialpolitischen Ausschusses, der sich gewiss noch melden wird, sagte: Beratungsresistent darf man nicht sein.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, mir liegt keine Wortmeldung vor. Deshalb steht es mir jetzt auch nicht zu, dem Vorsitzenden Wahnschaffe das Wort zu erteilen. Weitere Wortmeldungen? – Frau Staatssekretärin, bitte.

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Vorsorge geht vor Reparatur. Das ist nach wie vor die Philosophie unseres Hauses.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Auch wenn unser Haus jetzt ein Zusammenschluss des früheren Ministeriums für Gesundheit, Ernährung und Verbraucherschutz und des Umweltministeriums ist, kann ich Ihnen dennoch sagen: Wir legen nach wie vor großen Wert auf gesunde Ernährung und Lebensmittelsicherheit. Wir haben Langzeitziele: die Verbesserung der Lebensqualität, Verbesserung der Arbeitsfähigkeit und Verringerung von Morbidität. Wir setzen auch auf eine ausgewogene, ernährungsphysiologisch hochwertige Ernährung. Das bedeutet Vitamine, Mineralien, Obst und Gemüse in ausreichendem Maße. Das bedeutet auch eine vernünftige Zusammenstellung von Eiweiß, Kohlehydraten und Fett.

Wir wollen einen ganzheitlichen Ansatz und wollen damit Kinder fit machen, um den Lebensalltag zu bewältigen.

(Anhaltende Unruhe)

Der Antrag will eine Umstellungsberatung für Großküchen und Kantinen und will einen möglichst hohen Anteil ökologischer Nahrungsmittel unter dem Gesichtspunkt der Regionalität. Dagegen ist gewiss nichts einzuwenden. Es ist aber sicher nicht machbar, generell das gesamte Angebot umzustellen. Das ist auch nicht notwendig; denn auch konventionelle Produkte haben ihre Qualität.

(Christine Stahl (GRÜNE): Es geht nicht um Zwangsberatung, sondern um die Beratung von Leuten, die das freiwillig wollen!)

Konventionelle Produkte können auch ernährungsphysiologisch hochwertig sein. Zu Ihrer Forderung nach einer Vermittlung von geeigneten Lieferanten und Anbietern muss ich sagen: Wir haben im Ministerium und den Ämtern für Landwirtschaft Ökotrophologinnen, die sich dafür einsetzen, die regionale Vermarktung zu fördern. Sie kümmern sich darum, vollwertige Nahrung an den richtigen Ort zu bringen und geeignete Lieferanten und Anbieter zu finden. Wir arbeiten hier Hand in Hand.

Uns ist auch wichtig, dass das Nahrungsangebot außer Haus und die Verpflegung von Klein- und Schulkindern voll- und hochwertig und ausgewogen ist. Hier setzen wir deshalb Prioritäten mit Konzepten, die von Ökotrophologinnen erstellt werden, die nach wie vor unserem Ministerium zugeordnet sind.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Frau Staatssekretärin, gestatten Sie eine Zwischenfrage der Frau Kollegin Radermacher? –

Karin Radermacher (SPD): Frau Staatssekretärin, was Sie gesagt haben, kann ich nur so interpretieren, dass Ihr Ministerium genau in diese Richtung geht. Können Sie mir erklären, wie der Antrag schaden könnte, der Sie doch in Ihrer Haltung unterstützen würde? – Also Kollegen, ich glaube, jetzt müssen Sie wirklich zustimmen.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Bitte, Frau Staatssekretärin.

Staatssekretärin Emilia Müller (Umweltministerium): Ich kann nur sagen, ich bin dagegen, dass wir hier zwangsweise etwas einführen und verordnen in einer einzigen Richtung. Hier wird nur der ökologische Landbau in einer einzigen Richtung bevorteilt.

Erste Vizepräsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank Frau Staatssekretärin.

Kolleginnen und Kollegen, es liegen mir keine weiteren Wortmeldungen vor.

(Abgeordnete Christine Stahl (GRÜNE): Dumme Nuss!)

– Also Frau Kollegin, das bitte ich zurückzunehmen, denn das ist kein parlamentarischer Ausdruck.

Die Aussprache ist geschlossen. Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen zur Abstimmung, die in namentlicher Form erfolgen soll. Der federführende Ausschuss für Umwelt und Verbraucherschutz empfiehlt die Ablehnung des Antrages.

Für die Stimmabgabe sind die entsprechend gekennzeichneten Urnen bereitgestellt: die Nein-Urne befindet sich auf der Seite der CSU-Fraktion, die Ja-Urne auf der Oppositionsseite im Bereich der Eingangstüren. Dort sind diese aufgestellt. Die Urne für Stimmenthaltungen steht auf dem Stenografentisch.

Mit der Stimmabgabe kann begonnen werden. Hierfür stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 19.11 bis 19.16 Uhr)

Die Stimmabgabe ist abgeschlossen. Das Ergebnis wird außerhalb des Plenarsaals ermittelt. Das Abstimmungsergebnis wird nicht mehr heute, sondern erst morgen bekannt gegeben.

Das ist das Signal, dass die Sitzung für heute beendet ist. Dann bis morgen.

(Schluss: 19.18 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E)** einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
(G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
(ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
(A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
(Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Ulrike Gote, Christine Stahl, Renate Ackermann u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Modellprojekt „Soforteinbehalt bei Ladendiebstahl“
Drs. 15/283, 15/907 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
„Elitenetzwerk Bayern“ - Sachstand und Finanzierung
Drs. 15/294, 15/878 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Hochschule, Forschung und Kultur	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

3. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Joachim Herrmann, Thomas Kreuzer, Peter Weinhofer u.a. und Fraktion CSU
Einführung der nachträglichen Sicherungsverwahrung auf Bundesebene
Drs. 15/315, 15/906 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Dr. Christian Magerl, Eike Hallitzky u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Bericht über die Katastrophenschutzpläne am Flughafen München
Drs. 15/316, 15/746 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Kommunale Fragen und Innere Sicherheit	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

5. Antrag der Abgeordneten Dr. Sepp Dürr, Barbara Rütting, Eike Hallitzky u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Maßnahmenkatalog zur Unterstützung der bayerischen Landwirte für die Errichtung gentechnikfreier Regionen
Drs. 15/317, 15/897 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

6. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Sepp Dürr, Ulrike Gote u.a. und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Sachgerechte Lösung für den Weiterbetrieb der kommunalen Schulen
Drs. 15/319, 15/901 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Bildung, Jugend und Sport	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer, Joachim Wahnschaffe, Johanna Werner-Muggendorf u.a. SPD
Bericht über Evaluationsergebnisse ISKA
Drs. 15/322, 15/729 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

8. Antrag der Abgeordneten Franz Schindler u.a. SPD
Anhörung zur Zukunft des Bayerischen Obersten
Landesgerichts
Drs. 15/324, 15/905 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Verfassungs-, Rechts- und Parlamentsfragen	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

9. Antrag der Abgeordneten Dr. Simone Strohmayer,
Joachim Wahnschaffe, Johanna Werner-Muggendorf
er u.a. SPD
Anhörung zu Neuerungen bei Finanzierung und
Bildung in Kindertageseinrichtungen
Drs. 15/325, 15/902 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Sozial-, Gesundheits- und Familienpolitik	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Dr. Sepp Dürr, Barbara Rütting, Eike Hallitzky u.a.
und Fraktion BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN
Keinen Gentechnik-Erprobungsanbau in Bayern!
Drs. 15/357, 15/794 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für Landwirtschaft und Forsten	CSU	SPD	GRÜ
	A	Z	Z

11. Antrag der Abgeordneten Joachim Herrmann,
Franz Josef Pschierer, Jakob Kreidl u.a. CSU
Anhörung zum Radverkehr in Bayern
Drs. 15/359, 15/909 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

12. Antrag der Abgeordneten Markus Sackmann,
Henning Kaul, Helmut Guckert u.a. CSU
Nachhaltiges Flächenmanagement
Anreize zu Erwerb und Wiedernutzung von
Altflächen
Drs. 15/448, 15/898 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	Z	Z

13. Antrag der Abgeordneten Alexander König,
Walter Nadler CSU
Sicherung des Fernverkehrs auf der Franken-
Sachsen-Magistrale
Drs. 15/529, 15/910 (E) [X]

**Antrag der CSU-Fraktion gem. § 126 Abs. 3 Satz 3
GeschO:**

**abweichendes Votum
des mitberatenden
Ausschusses
für Bundes- und Europa-
angelegenheiten**

CSU	SPD	GRÜ
Z	ENTH	Z

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Markus Sackmann, Henning Kaul, Dr. Marcel Huber u.a.
und Fraktion CSU
Verantwortungsbewusster Umgang mit Gentechnologie
in Bayern Drs. 15/536, 15/899 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für Umwelt und Verbraucherschutz	CSU	SPD	GRÜ
	Z	A	A